

**PROTOKOLL DER SITZUNG DES STUDIERENDENRATS VOM 17.09.2026, 18:15
UHR BIS 20:45 UHR**

BESCHLUSSTRAKTANDEN	
13.	26.018 Ersatzwahlen Vorstand – Ressort Studentische Organisation <i>Gewählt wurde:</i> - <i>Nicola Carugo</i>
15.	26.414 – Änderung SFR – Abschreibung von Darlehen <i>Angenommen mit Änderung</i>
16.	26.415 – Änderung SRWR – Transparenz bei der Finanzierung von SR-Wahlen <i>Angenommen mit Änderung 26.415-1</i>
17.	26.416 – Änderung UrabstR – Transparenz bei der Finanzierung von Urabstimmungskampagnen <i>Angenommen mit Änderung 26.416-1</i>
18.	26.2011 – Einheitliche Regelungen <i>Angenommen</i>
19.	26.2012 – Verabschiedung Hochschulpolitische Strategien SUB <i>Angenommen mit Änderung</i>
20.	26.2013 – Provisorische Positionen zu KI <i>Angenommen mit Änderung 26.2013-3</i>
21.	26.4005 – Interpellationsantwort Grundbeitrag <i>Angenommen</i>
22.	24.2003 – Motionsantwort Erweiterung Angebot Fitnessräume <i>Angenommen</i>
23.	25.2003 – Motionsantwort Mehr Wohnen in der SUB <i>Angenommen</i>
24.	25.2004 – Motionsantwort Verbilligung der Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft <i>Angenommen</i>
25.	25.2019 – Motionsantwort Palästina, das Völkerrecht und die Universität Bern <i>Zurückgewiesen</i>

26.	25.2023 – Motionsantwort Wegweiser Semester: Vorbereitungsjahr auf das Kompassjahr <i>Angenommen</i>
27.	25.3005 – Postulatsantwort Sicherheit in den Universitätsbibliotheken <i>Angenommen</i>
28.	25.3006 – Postulatsantwort Risiken in den Fachschaftsfinanzen <i>Angenommen</i>
29.	26.2007 – Motionsantwort Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern <i>Angenommen</i>
30.	25.2005 – Verlängerungsantrag Förderung der Gleichstellung via Fachschaftseinsitze <i>Angenommen</i>
31.	25.2006 – Verlängerungsantrag Defibrillator <i>Angenommen</i>
32.	25.2008 – Verlängerungsantrag Pflanzliche Ernährung <i>Angenommen</i>
33.	25.2016 – Verlängerungsantrag Überprüfung Gruppierungen <i>Angenommen</i>
34.	25.2020 – Verlängerungsantrag Nachhaltiger Ausbau des Outdoor-Fussballangebots im Unisport <i>Angenommen</i>
35.	26.2001 – Verlängerungsantrag Digitale Souveränität der Universität Bern <i>Angenommen</i>
36.	26.2003 – Verlängerungsantrag Anpassung Entschädigung Vorstand <i>Angenommen</i>

Motion 26.2007: «Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern» vom 23.04.2026

Motionsantwort

Der SUB-Vorstand wurde mit der Motion 26.2007 «Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern», eingereicht von Rubin Deva (Jungfreisinnige Uni Bern) am 23.04.2026, damit beauftragt, mit PubliBike AG eine Vereinbarung auszuhandeln, die allen immatrikulierten Studierenden der Universität Bern, Zugang zu einem vergünstigten PubliBike-Abo (BusinessBike-Modell) ermöglicht. Das Abo soll einen substanziell reduzierten Jahresabopreis (Zielpreis: max. CHF 50.–/Jahr), kostenlose Fahrten von mindestens 30 Minuten pro Fahrt im Netz Bern sowie Zugang über die @students.unibe.ch-E-Mail-Adresse umfassen.

Zur Vorbereitung auf das Gespräche mit der UL und VD hatte der Vorstand am 02.06.2026 ein Gespräch mit der zuständigen Person für Mobility and Logistics an der ETH Zürich. Die ETH bietet ihren Studierenden und Mitarbeitenden bereits ein PubliBike-BusinessBike-Abo zu CHF 59.– pro Jahr an, mit 60 Freiminuten pro Fahrt beim Velo und 15 Freiminuten beim E-Bike. Die Konditionierung des E-Bike-Freiminuten-Kontingents auf 15 Minuten geht dabei auf eine interne Umfrage zurück, die ergab, dass Studierende und Mitarbeitende im Schnitt 15 Minuten pro Fahrt benötigen. Da Bern noch zentraler und kompakter als Zürich ist – von Ittigen, Ostermundigen und Köniz aus benötigt Mensch mit dem E-Bike durchschnittlich 15 Minuten in die Innenstadt – sind vergleichbare Konditionen für Bern mindestens gleichwertig realistisch.

Der Vorstand hat im Anschluss an diese Abklärungen den Verwaltungsdirektor kontaktiert und darum ersucht, die Verhandlungen mit PubliBike AG aufzunehmen, um analoge Konditionen wie an der ETH Zürich für Berner Studierende zu schaffen. Als Referenzmodell dienen dabei die bereits bestehenden Vereinbarungen anderer Schweizer Hochschulen: EPFL und UNIL bieten ein Campus-Jahresabo zu CHF 50.– mit 60 Freiminuten an, die Universität

Freiburg ermöglicht über die institutionelle E-Mail-Adresse vergünstigte Fahrten, und die ETH Zürich hat ein eigenes Modell über @student.ethz.ch etabliert.

PubliBike bietet den Studierenden der Universität Bern seit Kurzem ein BusinessBike-Abo zu CHF 59.– pro Jahr an. Das Abo ist zugänglich über die @students.unibe.ch-E-Mail-Adresse und den Promocode «suberbeypubli». Die Konditionen sehen 60 Freiminuten pro Fahrt beim Velo (danach CHF 0.10/Min.) und 15 Freiminuten beim E-Bike (danach CHF 0.20/Min.) vor; die maximale Ausleihdauer beträgt 24 Stunden. Das Abo verlängert sich nicht automatisch und gilt im Netz der Region Bern zu den BusinessBike-Tarifen. Im Auftrag der AKM wurde dies dann noch im Campusmail kommuniziert.

Der am selben SR-Datum eingereichte Abänderungsantrag (26.2007-2) des Sozialdemokratischen Forums und der Jungen Grünen Uni Bern, der forderte, neben PubliBike AG auch Alumni UniBE und/oder die Universität Bern als Vertragspartner einzubeziehen, wurde im Sinne einer breiten Trägerschaft zur Kenntnis genommen. Die nun erzielte Lösung basiert auf dem BusinessBike-Modell von PubliBike AG direkt und ermöglicht es den Studierenden, das Abo eigenständig über ihre institutionelle E-Mail-Adresse zu aktivieren.

Die zentralen Forderungen der Motion, also ein substanziell reduzierter Abopreis, relevante Freiminuten sowie der Zugang über die institutionelle E-Mail-Adresse sind bereits umgesetzt. Der Vorstand sieht die Motion somit als erfüllt an. Allen immatrikulierten Studierenden der Universität Bern steht nun über die @students.unibe.ch-E-Mail-Adresse ein vergünstigtes PubliBike-BusinessBike-Abo zu CHF 59.–/Jahr zur Verfügung mit 60 Freiminuten beim Velo und 15 Freiminuten beim E-Bike pro Fahrt. Damit werden die zentralen Forderungen der Motion, substanziell reduzierter Abopreis, relevante Freiminuten und Zugang über die institutionelle E-Mail-Adresse, erfüllt. Das Angebot ist vergleichbar mit jenem der ETH Zürich und entspricht den Bedürfnissen der Berner Studierendenschaft.

Für den Vorstand

Jason Steinmann

Anwesenheitsliste	
Vorstand	Lena Vögeli, Nina Hummel, Hannah Ammann, Jason Steinmann, Yara Redling, Sidonia Christ, Linard Kaufmann, Nicola Carugo (ab Traktandum 13)
fv	Nicola Carugo (bis und mit Traktandum 12), Jannis Hanke
jf	Rubin Deva, Andri Klopfenstein, Loris Theiler, Andy Nguyen
jg	Mechthild Mus, Michael Ogi, Sandro Arnet, Moana Swain, Linda Estermann
jglp	Ruben Garbade, Finn Klopfenstein
jmub	Cheyenne Friedrich, Svenja Wullschleger
sf	Nicolas Peters, Anja Jost, Vinzenz Kurmann, Yael Steiner, David Rietzler, Lucas Gijsbers, Jill Federer, Thomas Stucki, Emilia Mösch, Oliver Padovan
Gäste	-
Entschuldigt	Alois Tristan Juillerat (jf), Noela Larisa Ramadani (jf), Steven Hauri (jf), Stella Baumann (jglp), Alexandra Leibenguth (jmub), Leira Seewer (sf), Miri Noli (sf), Gracia Schürzholz (sf)
Unentschuldigt	Matthias Schütz (jf), Sylvain Baumann (jf), Noé Jauch (jf)
1.	Begrüssung Ruben Garbade (Präsidium): Buna sera e beinvegni a la sesida. Guten Abend und willkommen zur ersten Sitzung dieses Semesters. An dieser Stelle möchte ich auch unsere Gäste begrüßen. Schön, dass ihr hier seid. Bevor ich beginne, übergebe ich Patricia das Wort. Patricia Kunz (Protokoll): Hallo zusammen auch meinerseits. Ich schreibe jeweils das Protokoll und wollte euch zu Beginn fragen, ob es Einwände gibt, wenn die Sitzung zur Vereinfachung des Protokollierens aufgezeichnet wird. Dem scheint nicht der Fall zu sein. Dann möchte ich euch auch noch kurz daran erinnern, bitte jeweils euren ganzen Namen und die Fraktionszugehörigkeit zu nennen, wenn ihr euch zu Wort meldet. Danke. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Patricia. Ebenfalls möchte ich an dieser Stelle erinnern, dass wir hier im Rat eine möglichst inklusive Sprache

	verwenden, korrekt gendern und einen angemessenen und respektvollen Umgangston miteinander pflegen und einander zuhören.
2. Beschluss	Wahl Stimmenzählenden Ruben Garbade (Präsidium): Wir brauchen zwei Stimmenzählende. Gibt es Freiwillige für diese Aufgabe? <i>Anja Jost (sf) und Cheyenne Friedrich (jmub) melden sich.</i> Wer Anja Jost (sf) und Cheyenne Friedrich (jmub) als Stimmenzählende wählen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist eindeutig, vielen Dank. Anja Jost (sf) und Cheyenne Friedrich (jmub) werden als Stimmenzählende gewählt.
3.	Feststellen der Beschlussfähigkeit Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zur Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es gibt vier Vakanzen und acht Abmeldungen. Ich bitte um Auszählung. <i>Es werden 12 und 12 Personen gezählt.</i> Das sind 24. Wir sind somit beschlussfähig.
4. Beschluss	Genehmigung der Traktandenliste (Änderung mit 2/3-Mehrheit) Ruben Garbade (Präsidium): Seit dem Versand sind keine neuen Traktanden hinzugekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Das Traktandum 26.2010 sowie die Traktanden zum Jahresabschluss wurden zurückgezogen und somit die Streichung beantragt. Zur Änderung der Traktandenliste brauchen wir eine 2/3-Mehrheit. Wir stimmen somit darüber ab. Wer die Traktandenliste ändern möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Ich bitte um Auszählung, da qualifiziertes Mehr notwendig ist. <i>Es werden 12 und 11 Stimmen gezählt.</i> Somit ist die Traktandenliste genehmigt, vielen Dank.
5. Beschluss	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.05.2026 Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zur Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.05.2026. Das Protokoll wurde im Teams hinterlegt. Ab den Beschlusstraktanden, wie ihr vielleicht festgestellt habt, fehlt uns leider die Audioaufzeichnung. Deshalb ist es dort ein bisschen zu einem Beschlussprotokoll gekommen mit einzelnen Wortmeldungen nicht vorhanden. Gibt es Wortmeldungen zum Protokoll? Scheint nicht der Fall zu sein. Wer das Protokoll genehmigen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist einstimmig, vielen Dank. Das Protokoll ist somit genehmigt. Vielen Dank Patricia fürs Verfassen.

INFORMATIONSTRAKTANDEN	
6.	Mitteilungen SR-Präsidium Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu den Mitteilungen des SR-Präsidiums. Ich habe einige Mitteilungen. Auf Ende Semesters sind Menschen aus dem Rat ausgetreten und/oder haben ihr Studium abgeschlossen. An dieser Stelle danke ich Benjamin, Léonard, Corsin, Anke, Josh, Noé, Jennifer und Eva für ihr teils langjähriges Engagement für die SUB, für den Rat und in den Kommissionen und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. <i>Der Rat applaudiert.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Auf diese Sitzung hin sind Emilia, Andy, Thomas und Alexandra in den Rat eingetreten bzw. zurückgekehrt. Ich begrüsse euch recht herzlich und wünsche euch viel Erfolg im Amt. <i>Der Rat applaudiert.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Dann, es gibt vom VSS das sogenannte Students Mind Network und die veranstalten eine Veranstaltung zu Privatleben und das Engagement in Studierendenorganisationen und Beruf und Studium. Ich werde euch den Flyer entsprechend im Teams noch hinterlegen. Es ist ein Workshop, der am 19. Oktober in Bern stattfindet. Ihr könnt euch dort dann anmelden, falls Interesse besteht. Gut, gibt es Fragen? Scheint nicht der Fall zu sein.
7.	Mitteilungen Vorstand
a.	Hannah Ammann Ruben Garbade (Präsidium): Somit kommen wir zu den Mitteilungen des VS. Hannah, hast du Anmerkungen zu deinen Mitteilungen? Hannah Ammann (VS): Ja, ich habe zwei Anmerkungen. Die erste Anmerkung wäre, dass der VS eine Arbeitsgruppe gegründet hat, um den VS zu entlasten bei der Überprüfung der Gruppierungen. Dort geht es um die Motion, wo die Gruppierungen und ihre Statuten überprüft werden. Ich möchte gerne einen Aufruf machen, dass sich doch bitte Freiwillige gerne melden sollen, gerne auch Jus Studierende, die dort bei der Überprüfung der Statuten helfen können, gerne bei mir melden. Und dann möchte ich gerne noch seitens VS über den aktuellen Stand beim Wo*mentoring informieren. Am 3. September fand ein Treffen der SUB mit den Vizerektor*innen des Vizerektorats Internationales und akademische Karrieren und des Vizerektorats Qualität und nachhaltige Entwicklung statt. Bei diesen Treffen wurde das Wo*mentoring vorgestellt und für dessen Erhalt lobbyiert. Die beiden Vizerektor*innen konnten beide

erfolgreich davon überzeugt werden, dass das Wo*mentoring ein wichtiges Programm ist und unbedingt erhalten werden muss. Vom Vizerektorat Internationales und akademische Karrieren haben wir hierfür sein ausdrückliches Commitment erhalten. Deshalb soll nun gemeinsam nach einer Lösung für eine Institutionalisierung gesucht werden und gefunden werden. Aus dem Treffen entstand die Idee eine AG zu gründen mit Vertreter*innen des VRI und des VRQ, auch die MVUB wurde angefragt. Voraussichtlich wird der Leiter der Abteilung akademische Karrieren sowie die stellvertretende Leiterin der Abteilung der Chancengleichheit in der AG vertreten sein. Ziel der AG soll es sein einen Lösungsvorschlag für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Wo*mentorings auszuarbeiten und diesem der Unileitung zu unterbreiten. Das erste Treffen der AG wird Ende September stattfinden. Ende Oktober wird ein weiteres Treffen der SUB mit den beiden Vizerektor*innen des VRI und VRQ stattfinden, um den aktuellen Stand der AG zu besprechen sowie allfällige Schwierigkeiten gemeinsam anzugehen. Beide Vizerektor*innen möchten das Wo*mentoring erhalten. Die grosse Schwierigkeit sehen sie aber aktuell in der Finanzierung des Projektes, da die Universität aufgrund der notwendigen Sparmassnahmen aktuell wenig Finanzierungsspielraum hat. Bereits jetzt wird bei anderen Projekten viel gespart. Aufgrund dieser Situation besteht die Erwartung, dass die SUB sich mittelfristig weiter an dem Projekt finanziell beteiligen muss. Dies wird auch in der AG thematisiert werden. Deshalb rechnet der VS dies bei der Budgetplanung 2027 dennoch ein, um eine allfällige Finanzierung seitens SUB zu gewährleisten. Alternative und auch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten werden in der AG ebenfalls thematisiert. Die weiteren Schritte wird der VS an der morgigen Sitzung besprechen und der VS wird den Rat über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden behalten.

Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Hannah. Gibt es Fragen oder Anmerkungen aus dem Rat?

Nicolas Peters (sf): Erstens habe ich bei der Auflistung der beteiligten Akteur*innen in dieser AG richtig gehört, dass die SUB darin nicht vertreten sein wird?

Hannah Ammann (VS): Doch, natürlich. Ich werde darin vertreten sein sowie die Koordinatorin.

Nicolas Peters (sf): Und zweitens, gibt es Schätzungen, wenn überhaupt schon, bezüglich wie stark die finanzielle mögliche Beteiligung der SUB an einer Weiterführung wäre oder ist das noch völlig offen?

	Hannah Ammann (VS): Es ist noch zu früh, um eine Schätzung abzugeben. Das erste Treffen hat noch nicht stattgefunden, wird aber in zwei Wochen der Fall sein. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? Anja Jost (sf): Ich stelle die Frage mal am Anfang. In deinen Mitteilungen wurde von einem Konventionstool gesprochen, das von einer studierenden Person entwickelt wurde. Gibt es da ein Update? Hannah Ammann (VS): Wir haben noch kein weiteres Update erhalten. Die Person wird sich wieder bei uns melden. Anja Jost (sf): Danke. Ruben Garbade (Präsidium): Weitere Fragen zum letzten? Gut, somit gehe wir weiter.
b.	Linard Kaufmann Ruben Garbade (Präsidium): Linard, hast du Anmerkungen zu deinen Mitteilungen? Linard Kaufmann (VS): Ich habe keine Anmerkungen zu meinen Mitteilungen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Anmerkungen aus dem Rat? Anja Jost (sf): Ich wollte nachfragen, da es letzte oder vorletzte Woche, glaube ich, nochmals ein Treffen mit der TaskForce Studiengebühren gab, wie es dort aussieht? Linard Kaufmann (VS): Sehr berechtigte Frage. Der aktuelle Stand der TaskForce Studiengebühren sieht ein erstes Treffen mit der momentan leitenden Person Anja vor. Diese ist danach nicht mehr Teil des VSS und ein Mitglied des VSS VS wird die TaskForce übernehmen. Das heisst, die TaskForce wird weiterhin bestehen und der Handlungshorizont der TaskForce wird auch auf die nähere Zukunft ausgeweitet, weil mensch gesehen hat, dass im Moment politisch gesehen die Hochschulpolitik und insbesondere die Studiengebühren einen sehr schweren Stand hat und man das Projekt deshalb längerfristig angehen möchte. Anja Jost (sf): Merci. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? Sandro Arnet (jg): Am 14.09. ist eine Medienmitteilung des VSS rausgegangen, die irgendwie freien Zugang zu Studienliteratur fordert und dort auch die SUB unterstützend dabei ist. Ich wollte einfach mal nachfragen, wie dort genau diese Unterstützung aussieht und wie genau geplant ist, das Thema an der Uni Bern

	anzugehen? Und vielleicht dann noch so, weshalb namhafte Studiorgas, wie der VS ETH, dort nicht dabei sind? Linard Kaufmann (VS): Im Moment sieht die Unterstützung der SUB dieser Kampagne vor allem so aus, dass wir Plakate vom VSS erhalten haben. Ich bin nicht sicher, ob diese bereits aufgehängt sind, aber wir haben sie bereits erhalten. Und sie werden, wenn sie noch nicht aufgehängt sind, innerhalb der nächsten Tage/Wochen sicher innerhalb der Universität aufgehängt. Die Frage, weshalb namhafte Studiorganisationen nicht dabei sind, kann ich persönlich nicht beantworten. Ich denke das liegt daran, dass es teils interne Differenzen gab. Nina Hummel (VS): Eine kurze Anmerkung. Ich kann es auch nicht abschliessend beantworten, aber ich weiss einfach, dass die Frist, in der sich mensch melden musste, um diese Plakate zu erhalten, war extrem kurz. Vielleicht liegt es auch einfach an der kurzen Frist. Sandro Arnet (jg): Dann vielleicht noch als Nachfrage, sind irgendwelche politischen Schritte dazu geplant abgesehen von den Plakaten? Denn das wäre ja mega etwas, das man angehen möchte. Linard Kaufmann (VS): Ich persönlich habe noch keine weiteren Schritte geplant, aber das ist ein Thema, das uns sicher in Zukunft auch beschäftigen wird und ich denke es könnte sich lohnen, wenn wir intern noch einmal darüber sprechen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen oder Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein.
c.	Nina Hummel Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Nina, hast du Anmerkungen zu deinen Mitteilungen? Nina Hummel (VS): Ich habe keine Anmerkungen zu meinen Mitteilungen. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Anmerkungen oder Fragen aus dem Rat? Nicolas Peters (sf): In Sachen Budget Verein Campusfestivals, gibt es dort bereits wieder Updates? Denn, dass dort noch mit einem Budget gerechnet wird, ist dann doch durchaus nicht so begrüßenswert. Nina Hummel (VS): Ich glaube ich habe jetzt den zweiten Teil von der Frage nicht ganz verstanden. Nicolas Peters (sf): Der Verein rechnet ja mit der letzten Version des Budgets, von der wir in der FeKo Kenntnis haben, weiterhin mit einem Verlust am Campusfestival. Hat der VS dazu seit dem letzten Update, das wir erhalten

	haben, dazu Weiteres besprochen? Weil ich glaube begrüssenswert findet das niemand. Nina Hummel (VS): Ja, wir haben heute eine weitere Budgetänderung besprochen und beschlossen. Es ging darum, den Betrag der Ticketeinnahmen noch weiter nach unten zu senken. Ergo ist das Minus noch grösser geworden. Es ist aber keine Möglichkeit, zu sagen, dass sie es nicht machen können. Sie gehen realistisch damit um, dass sie weniger Tickets verkaufen werden aufgrund dessen, ich weiss nicht alle Gründe, aber ein Grund, den sie genannt haben, war, dass sie jetzt mehr Gästelistenplätze haben. Dadurch machen sie weniger Einnahmen. Und es ist ja nicht mega zielführend, wenn wir sagen, nein, ihr dürft nicht weniger Einnahmen haben, aber wir würden das trotzdem so machen. Aber dass ein Minus budgetiert ist, finden wir auch nicht mega toll. Nicolas Peters (sf): Aber in dem Fall hat der VS nichts weiteres bezüglich dem budgetierten Minus besprochen als, dass es halt auch nicht so toll ist? Nina Hummel (VS): Wir haben einige Fragen gestellt zu dem aktuellen Stand der Bewilligungen und wie sie vorgehen würden, wenn sie diese nicht erhalten würden etc. Aber wir haben budgettechnisch nichts weiteres besprochen. Nicolas Peters (sf): Das Ding ist, mit dem Szenario droht halt, dass der Verein dann zahlungsunfähig wird. Und ich glaube, das ist doch ein Szenario, dass wir doch alle verhindern wollen. Wird der VS da noch etwas machen oder bleibt es im Moment beim Zuschauen plus minus? Nina Hummel (VS): Wir haben das angesprochen. Wir sehen gerade keine Art, wie wir das verhindern könnten. Oder auch mit einer Erhöhung der Ticketpreise etc., die ja auch schon vorgeschlagen wurde hier, sehen wir nicht, dass es dann besser werden würde, es würde einfach noch teurer werden. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein.
d.	Jason Steinmann Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Wir kommen zu den Mitteilungen von Jason. Jason, hast du Anmerkungen zu deinen Mitteilungen? Jason Steinmann (VS): Ich habe keine Anmerkungen zu meinen Mitteilungen. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Fragen oder Anmerkungen aus dem Rat? Nicolas Peters (sf): Es ist schon eine Weile her, in meinem Kopf kommt schon fast die Jurassic Park Musik. Es geht um die Mitteilungen zur Retraite. Da hatte ich schon im Juni angemerkt, dass die Traktanden, für die du verantwortlich bist, unter anderem der Jahresabschluss, keine Mitteilungen eingereicht wurden. Ich

	hatte ja danach gefragt, ob du da etwas nachträgst Das habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen, vielen Dank. Einfach, wollte man das nicht dem ganzen Rat zur Kenntnis weitergeben? Jason Steinmann (VS): Definitiv. Ich kann diese gerne noch nachreichen, es hat einfach niemand danach gefragt. Ich bin davon ausgegangen, dass nur du dich dafür interessierst. Aber ich kann die gerne auch noch dem ganzen Rat zur Verfügung stellen, wobei ich im Traktandum 9 noch über den Jahresabschluss 2024 und 2025 informieren werde und demnach die meisten Aussagen von damals schon überholt sind. Aber der Korrektheit halber kann ich das gerne noch allen zustellen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen oder Anmerkungen? Scheint nicht der Fall zu sein.
e.	Yara Redling Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Yara, hast du Anmerkungen zu deinen Mitteilungen? Yara Redling (VS): Nein, ich habe keine Anmerkungen zu meinen Mitteilungen. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Fragen oder Anmerkungen aus dem Rat? Anja Jost (sf): Ich habe mich nur gefragt, was die Anti Diebstahl Kampagne war? Yara Redling (VS): Die Anti Diebstahl Kampagne, das war etwas, das in einem Treffen zwischen der SUB und dem ZFV aufgekommen ist. Der ZFV hat eigentlich mal geplant gehabt, eine etwas grössere Kampagne zu machen, weil sie festgestellt haben, dass viel zu viele Gabeln, Messer oder Löffel in den Mensen verschwinden. Und sie haben sich jetzt schlussendlich dazu entscheiden, dass sie einfach Plakate und Visuals in den Mensen aufstellen. Nicolas Peters (sf): Bzgl. Besteck klauen haben wir gerade eine schöne Brücke. Wir haben uns ja entschieden, die Motion zurückzuziehen. Dann müsst ihr keine Motionsantwort schreiben. Können wir dennoch damit rechnen, dass es im SUB-Hüsli dann vielleicht doch mal auch Besteck gibt, falls Gruppierungen oder Fachschaften da Anlässe organisieren, dass sie es nicht selber mitschleppen müssen? Yara Redling (VS): Ja, wir haben das sehr gerne zur Kenntnis genommen und wir werden bestimmt dann mal auf einer Brockitour sehr bald Besteck besorgen. Nicolas Peters (sf): Und bitte nicht in der Mensa klauen. <i>Der Rat lacht.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen oder Anmerkungen? Scheint nicht der Fall zu sein.

f.	Sidonia Christ Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Sidonia, hast du Anmerkungen? Sidonia Christ (VS): Nein, ich habe keine Anmerkungen zu meinen Mitteilungen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Fragen oder Anmerkungen aus dem Rat? Sandro Arnet (Jg): Ich habe gelesen, dass es irgendwie dieses Starting Stronger Projekt gibt, wo die SUB irgendwie auf ein Advisory Board gehen können soll. Und da steht in den Mitteilungen drin, dass am 15.07. über eine Bewilligung eines Projektantrags und eine allfällige Finanzierung entschieden wird und danach nichts mehr. Und ich wollte nachfragen, ob es dort ein Update gibt oder ob das noch irgendwie aussteht? Sidonia Christ (VS): Bisher gibt es kein Update. Also ich habe auch nicht aktiv nachgefragt nach einem Update, aber es wurde auch nicht der Kontakt mit mir oder dem VS aufgenommen. Aber falls das Interesse besteht, könnte ich mich auch in Kontakt setzen. Sandro Arnet (Jg): Ich weiss nicht, ihr habt das besprochen. Ich kann nicht so viel daraus lesen. Nicolas Peters (sf): Ich habe mitbekommen, wir haben eine tolle neue FS, Politik und Verwaltungswissenschaften. Meine Frage ist, die hatten, ich nehme an, noch nicht Anspruch auf einen Grundbeitrag, weil die Frist ist ja schon durch. Haben diese grundsätzlich eine Möglichkeit zu Knete zu kommen? Haben die schon einen Zusatzbeitrag verlangt oder ist das noch offen? Sidonia Christ (VS): Bisher müssen noch die Statuten genehmigt werden und sie sind sie jetzt noch am Überarbeiten. Diese werden voraussichtlich auf die nächste SR-Sitzung traktandiert. Sobald diese dann genehmigt sind, können sie auch einen Zusatzbeitrag beantragen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein.
g.	Lena Vögeli Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Lena, hast du Anmerkungen zu deinen letzten Mitteilungen? Lena Vögeli (VS): Ich habe keine Anmerkungen. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Anmerkungen oder Fragen aus dem Rat? Sandro Arnet (Jg): Zuerst mal die inhaltliche Nachfrage, ich habe gelesen, du warst an einer Sitzung der Kommission für internationale Beziehungen und die

ist auch irgendwie erwähnt in der einen Motionsantwort, und ich habe da keine Verbalnote gefunden. Ist übrigens nicht die einzige Kommission, wo ich die Verbalnoten dazu nicht finden kann. Es sind noch ein paar Mitteilungen gesagt, dass man mehr in den Verbalnoten finde, in verschiedenen VS-Mitteilungen. Und ich wollte da mal nachfragen, wo es dort genau hakt?

Lena Vögeli (VS): Das ist gut möglich. Ich muss da nachschauen. Ich weiss, dass ich mitgeschrieben habe. Es gab nicht wahnsinnig viel, das für die SUB relevant ist, da sehr viele Updates von unterschiedlichen Fakultäten gekommen sind und diese einfach über aktuelle Projekte über die Forschung berichtet haben. Das Relevanteste für die SUB war der Input über Erasmus, welchen wir auch vom Vizerektorat Internationales auch sonst schon mitbekommen haben. Aber ich schaue noch nach, wo diese verschollen ist.

Sandro Arnet (jg): Vielleicht sind sie auch sonst irgendwo verschollen, das weiss ich nicht. Aber es sind auf jeden Fall nicht alle Verbalnoten aktuell.

Ruben Garbade (Präsidium): Mir sind keine Verbalnoten von Lena bekannt. Aber wir können das gerne nachschauen, ob diese alle dort sind, wo sie sein sollten.

Finn Klopfenstein (jglp): Ich habe mich leider verspätet. Dürfte man noch eine Frage stellen zu einem anderen VS-Mitglied, das bereits schon traktandisch abgehandelt ist? Ist das erlaubt?

Ruben Garbade (Präsidium): Ich glaube, es spricht nichts Grundsätzliches dagegen.

Finn Klopfenstein (jglp): Nachfrage an Linard. Ich habe gelesen auf dem letzten VS-Briefing von der letzten Sitzung, du machst ja das Monitoring für den Grossrat. Jetzt hier lese ich, du hast mit dem Grossrat gesprochen und du hast auch die Herbstsession monitort. Gibt es irgendwas Interessantes für die SUB? Ich persönlich verfolge jetzt den Grossrat nicht so aktiv. Gibt es irgendetwas studentisch Interessantes oder denkst du, es sind momentan eher andere Themen relevant?

Linard Kaufmann (VS): Ich habe jetzt vor allem beim Grossratsmonitoring persönlich nichts gesehen, was für uns als Studierende sehr relevant ist. Es wurde der Geschäftsbericht abgenommen, wie das immer gemacht wird. Aber ansonsten gibt es kein Geschäft. Ansonsten hätte ich es traktandiert und wir hätten es vorstandsintern besprochen. Danke der Nachfrage.

Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen oder Anmerkungen zu den Mitteilungen? Scheint nicht der Fall zu sein.

8.	Information Urabstimmung Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Wir kommen zu den Informationen zur Urabstimmung? Lena oder wer möchte? Linard Kaufmann (VS): Ich komme zu den Informationen zur Urabstimmung. Vielleicht kurz vorweg, der VS hat beschlossen, dass ich VS-intern den Lead übernehmen werde für die Urabstimmung. Jetzt ist es so, wir haben ja den definitiven Entscheid der ReKo erhalten bezüglich der Abstimmung. Weshalb es jetzt noch einen Monat eine eventuelle Beschwerdefrist gibt und nach Diesem Monat kann der Urabstimmungsprozess starten. Wir werden am nächsten Freitag, also morgen, werden wir besprechen, wann die ersten Sitzungstermine stattfinden werden und einfach generell das nächste Vorgehen des Urabstimmungsbüros besprechen. Zusätzlich dazu habe ich noch einen Aufruf an die jmub und die fv, die noch ein Mitglied stellen müssen/dürfen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Fragen oder Anmerkungen? Möchten die beiden Fraktionen gerade ein Mitglied stellen oder melden? Oder dies zumindest sehr zeitnah tun. Gibt es Fragen? Scheint nicht der Fall zu sein.
9.	Informationen Jahresabschluss 2024 und 2025 Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter zu den Informationen Jahresabschluss 2024 und 2025. Jason Steinmann (VS): Wir haben den Jahresabschluss von 2024 etwa Mitte August bekommen. Mir ist beim Durchlesen nicht aufgefallen, dass es einen kleinen Schreibfehler gab. Es stand nämlich „Gesamtertag“ statt „Gesamtertrag“. Dies ist leider erst bei der Jahresabschlusssitzung aufgefallen, wodurch wir dann den Jahresabschluss nochmals zurück an den Revisor schicken und nachfragen mussten, ob er diesen bitte korrigieren kann. Er war leider die Woche dann in den Ferien, weshalb wir ihn erst Ende Woche erhalten haben von seinem Büro. Diesen haben wir dann im VS nochmals besprochen und beschlossen ihn zu genehmigen. Dies wurde getan. Er kam heute auch an die FiKo mit allen Dokumenten. Leider war dies zu knapp für die SR-Sitzung heute. Es wäre nicht das Ziel gewesen vom VS, dass wir ihn nochmals im Nachversand verschicken könnten. Der Jahresabschluss 2025 ist auch in den Startlöchern, der wartet nur noch auf die Schlussbuchung vom Jahresabschluss 2024, kann aber erst an den SR gelangen, wenn der Revisor die Annahme vom Jahresabschluss 2024 hat. Das heisst, der Jahresabschluss 2024 kommt bei der nächsten SR-Sitzung und der Jahresabschluss 2025 dann hoffentlich bei

	der übernächsten SR-Sitzung, aber dies müsste dann meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger übernehmen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Fragen? Nicolas Peters (sf): Ich bin in der FiKo, ich habe den Versand erhalten. Ich sehe keinen Kommentar dazu, keine weiteren Erklärungen. Ist das korrekt so oder ist der Kommentar zum Jahresabschluss 2024 noch in Arbeit? Jason Steinmann (VS): Ich habe es in der FiKo Mail geschrieben. Nicolas Peters (sf): Achso, kommt dann, vor einer Stunde. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen oder Anmerkungen zum Jahresabschluss? Scheint nicht der Fall zu sein.
10.	Mitarbeitenden-Spiegel (TV) Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Der Mitarbeitenden-Spiegel liegt vorne auf. Bei Fragen steht der VS gerne zur Verfügung.
11.	Mitteilungen VSS Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu den Mitteilungen des VSS. Linard, hast du Mitteilungen aus dem VSS? Linard Kaufmann (VS): Ich habe eine kleine Mitteilung aus dem VSS. Ich wollte noch darauf hinweisen, dass die Delegiertenversammlung des VSS am Wochenende des 7. und 8. Novembers in Basel stattfinden wird. Ich werde auch in den nächsten Tage oder in der nächsten Woche die Einladung, die mich jetzt offiziell erreicht hat, an die betroffenen Personen weiterleiten. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Fragen? Sandro Arnet (jg): Ich habe eine Frage. Ich habe mal noch etwas munkeln gehört, von irgendeiner Vernehmlassung, die im VSS stattfindet zu irgendeinem Reglement. Und ich wollte dort noch nachfragen, was dort los ist, oder ob die VSS-Delegation dort noch irgendwie informiert wird? Linard Kaufmann (VS): Genau, es gibt eine Anpassung für ein Kommunikationsreglement vom VSS. Das wurde an mich gesendet. Ich habe dort auch bereits Kommentare und Weiteres verfasst. Ich höre heraus, dass Interesse der VSS-Delegation besteht, dort ebenfalls Kommentare zu verfassen. Falls dieses Interesse besteht, kann ich das Dokument noch weitersenden. Ich denke die Abgabefrist ist in einer Woche plus minus. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein.
12.	Mitteilungen Kommissionen, Fraktionen und Mitglieder des Rates

	Ruben Garbade (Präsidium): Somit kommen wir zu den Mitteilungen Kommissionen, Fraktionen und Mitgliedern des Rates.
a.	SUB-Kommissionen
i.	Finanzkommission Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der FiKo? <i>Keine Mitteilungen.</i>
ii.	Geschäftsprüfungskommission Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der GPK? Jill Federer (sf, GPK): Die GPK hat mit allen VS-Mitgliedern Gespräche geführt. Durch die Neukonstellation gab es einige Hürden bzgl. der Arbeitsaufteilung, sodass Mitglieder ihr Arbeitspensum deutlich überstiegen haben. Zu Beginn wurde ein Grossteil der Aufgaben nur von wenigen Personen getragen. Die Arbeitszeiten der einzelnen VS-Mitglieder haben sich zwar mittlerweile angenähert, durch die Ferien gab es aber nicht wenig Abwesenheiten, die dieses Bild wieder verzerrten. Grundsätzlich ist es notwendig, dass alle VS-Mitglieder aus ihrem Gärtchen ausbrechen können, um eine gute Übersicht über alle Geschäfte und Ressorts der SUB zu haben. Es braucht eine Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und eine verbesserte Dynamik. Die GPK wird die Situation mit scharfem Auge beobachten und Massnahmen erarbeiten, um diese Probleme zu adressieren. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank.
iii.	Hochschulpolitische Kommission Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu den Mitteilungen der HoPoKo. Gibt es Mitteilungen aus der HoPoKo? <i>Keine Mitteilungen.</i>
iv.	Kommunikationskommission: Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der KomKom? <i>Keine Mitteilungen.</i>
v.	Nachhaltigkeitskommission Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der NaHaKo? <i>Keine Mitteilungen.</i>
vi.	Rechtskommission Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der SumSum? <i>Keine Mitteilungen.</i>
vii.	Sozialfondskommission Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der SoFoKo?

	<i>Keine Mitteilungen.</i>
viii.	SUB-KULTUR Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus der SUB-KULTUR? Nina Hummel (VS, SUB-KULTUR): Für die SUB-Kultur oder einfach, weil es am ehesten hier hin passt. Die SUB hat eine Bar am Campusfestival. Das ist schon mega bald und es hat sich bisher ein recht kleines Grüppli aus dem VS gemeldet, das gerne dort dabei wäre, und die SUB-KULTUR wird hoffentlich dort dabei sein, da die Mitglieder in der SUB-KULTUR aber sehr sporadisch in der Zahl sind, wäre es mega, mega cool, wenn einige von euch dort mithelfen könnten. Wenn wir das schon nicht mehr alleine durchführen müssen, wäre es mega cool, wenn wir es wenigstens schaffen würden eine Bar zu hosten. Es müsste alles relativ zügig gehen. Ich bin nicht das Präsidium der SUB-KULTUR, aber es muss sich auch niemensch dazu verpflichtet fühlen in der SUB-KULTUR zu bleiben, wenn das ein Hindernis sein sollte. Es wäre einfach mega cool, wenn ein paar von euch Lust hätten und ihr dürft euch sehr, sehr gerne sehr, sehr bald bei mir melden. Ich hoffe es findet sich ein Grüppchen zusammen. Und es gibt gratis Tickets für das Campusfestival, das ist der grosse Punkt. Ruben Garbade (Präsidium): Das sind natürlich sehr schöne Neuigkeiten. Nicolas Peters (sf): Ich mache gerne eine Schicht. Einfach gerne die Anreise- und Schlafzeiten respektieren, da die VSS DV in Basel am gleichen Wochenende ist. Finn Klopfenstein (jglp): Vielleicht kurz eine Frage. Wird das zentral von der SUB-KULTUR organisiert oder ist das so ein Zwischenspiel zwischen SUB-KULTUR und VS? Nina Hummel (VS): Angefragt wurden wir im VS oder ich, weil ich die Kontaktperson von den Campusfestival Menschen bin. Eigentlich sollte es die SUB-KULTUR, aber die SUB-KULTUR weigert sich sehr fest ein Präsidium zu haben, deshalb wird sehr selten etwas zentral von der SUB-KULTUR organisiert. Deswegen ist es vielleicht ein Zwischending. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank.
ix.	Vorstandswahlkommission Ruben Garbade (Präsidium): Dann gehen wir weiter zu den Mitteilungen der VWK. <i>Keine Mitteilungen.</i>
x.	Wohnkommission

	Ruben Garbade (Präsidium): Die WoKo, Sandro? Sandro Arnet (Jg, WoKo): Genau, die SWIM Bewerbung ist eingereicht und wir hören hoffentlich bald mal von der Stadt, ob wir da berücksichtigt werden oder nicht, aber es geht weiter mit diesem Wohnprojekt. Und ich weiss nicht, ob ihr die Kommissionsliste schon angeschaut habt. Ich habe es vorhin auch noch in den Interfraktionschat geschickt. Wir wären auch mega froh, wenn noch Menschen in die WoKo kommen würden. Es hat noch drei Sitze frei. Gerade auf dieser Ratsseite ist die Vertretung gerade nicht so gut, aber es ist offen für alle Fraktionen und es wäre mega schön, wenn sich bei der Wahl in die WoKo noch ein paar Hände strecken würden nachher. Merci. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Sandro.
b.	Nicht ständige und universitäre Kommissionen Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Mitteilungen aus nicht ständigen und universitären Kommissionen? <i>Keine Mitteilungen.</i>
c.	Fraktionen – SF, JF, JGLP, JG, JMUB, FV Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen aus Fraktionen? Anja Jost (sf, HoPoKo): Kann ich noch eine Mitteilung für die HoPoKo machen? Ruben Garbade (Präsidium): Kannst du schon, ja. Anja Jost (sf, HoPoKo): Falls ihr die Traktanden gelesen habt, wird heute die hochschulpolitische Strategie hoffentlich angenommen. Es ist sehr toll. Es stehen da auch sehr viele tolle Dinge drin, die es jetzt gilt umzusetzen. Deshalb wären wir tatsächlich auch sehr froh um weitere Unterstützung danach bei den Kommissionswahlen unbedingt. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Mitteilungen aus den universitären Kommissionen oder anderen Kommissionen? Scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Mitteilungen aus Fraktionen? <i>Keine Mitteilungen.</i>
d.	Mitglieder des Rates Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Mitteilungen von Mitgliedern des Rates oder Fraktionen? Scheint nicht der Fall zu sein.
Wahlen	
13.	26.018 – Ersatzwahlen Vorstand – Ressort Studentische Organisation

Ruben Garbade (Präsidium): Somit kommen wir schon zum grössten Traktandum dieses Abends, den VS-Wahlen. Braucht ihr eine WC Pause vorher? Nicht? Gut, dann machen wir vorwärts. Liebe Freunde, heute ist der Tag voller Veränderungen, denn heute verlässt uns Lena aus dem SUB VS, mit Titel in Univerwaltungssprache, die geschäftsführende Direktorin der SUB. Lena wurde am 14. März 2024 in den VS gewählt und verlässt somit den SUB VS nach mehr als zweieinhalb Jahren in diesem Amt, wohl auch dem Umstand zu verdanken, dass sie, im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Gremiums wusste, dass es nach zwei Jahren eine Prämie gibt. Zur zeitlichen Einordnung für die Jüngeren im Rat, ihre Wahl war knapp vor meiner Präsidiumszeit, und gleich lange her wie es die ständige Rechtskommission in diesem Rat gibt. Lena übernahm sodann im Frühjahr 2024 die damaligen Ressorts Kultur und Dienstleistungen, beide gibt es nicht mehr so wirklich. Im Ressort Kultur übernahm sie das Campusfestival und durfte ein neues Konzept ausarbeiten, wie uns alte SR-Mitteilungen zu berichten wissen. Ebenfalls ins Ressort Kultur fiel das 100 Jahre SUB-Jubiläum. Ein Jahr später, im April 2025, an welchem sie und der VS ein gelungenes Jubiläum organisierten. Doch Lena verblieb nicht lange im Ressort Kultur und Dienstleistungen. Bereits nach wenigen Monaten im Vorstand übernahm sie nach dem Rücktritt von Josh das Ressort Personal, welches sie bis zuletzt mit Bravour führte und eine gute Ruhe und vor allem Kontinuität in dieses wichtige Ressort brachte. Im Zuge der Neuordnung im VS übernahm sie als Zweit-Ressort erst den Hochschulzugang und später die Lehre. Aber auch sprang Lena oft ein, als es notwendig war Menschen zu entlasten oder Aufgaben zu übernehmen, so zum Beispiel in der Taskforce Finanzen. Lenas Zuverlässigkeit, ihr Einblick in viele Ressorts, sowie die Bereitschaft viele allgemeine VS-Aufgaben zu übernehmen – von Reden schreiben, zu Gesprächen und Traktandenlisten – führte das dazu, dass sie sie enorm viel weiss über die SUB und ihre Abläufe, ihre Nachfolger*innen haben grosse Fusstapfen zu füllen. Lena hatte in diesen zwei ein halb Jahren einen hohen Verschleiss an Mit-VS, wenn ich mich nicht verzählt habe, überlebte sie sage und schreibe 14 andere VS-Mitglieder. Lena war und ist keine begeisterte Jasserin – im Gegensatz zu einigen dieser 14 – eventuell liegt da auch ihr Geheimrezept zum Überleben von 2.5 Jahren im SUB VS. Ich muss ehrlich sagen, zu Beginn hätten manche das nicht gedacht. Wir haben Lena in fast stiller Wahl gewählt. Ein Ratsmitglied fragte mich nach der ersten Sitzung, ob dieses VS-Mitglied denn etwas tut, denn ebenso still, wie gewählt wurde, war

sie zu beginn. Meine Antwort war, ja, da kommt schon noch was – zuversichtlich bauend auf einer Empfehlung eines anderen Ratsmitglieds. Lena wurde von der stillen Person im VS zur manchmal fiesen Person, denn wenn Lena etwas nicht tun wollte konnte sie ganz schön anstrengend sein. Gleichiges, wenn ich etwas tun oder nicht tun wollte und sie mich vom Gegenteil überzeugen versuchte. So etwa bei den Kommissionswahlen, Campusaccounts, Weisungen geben gegenüber Mitarbeitenden oder bei dezenten Hinweisen an VS-Sitzungen, dass ich nichts zu sagen hätte. Wenn man das VS-Zimmer, ja das war früher mal Arbeitsort, oder eben heute das Seki betritt, konnte man oft zwei Observationen machen. Zum einen musste man Lena suchen, denn ihre Sitzposition bei Genervtheit ähnelte einem Shrimp, der sich unter die Tischplatte verkroch. Zum zweiten konnte es sein, dass man Lena hässeln hörte über dies und jenes – und man wusste manchmal nicht direkt, ob es über die SUB war oder mit ihrem zweiten grossen Engagement verbunden war – der Pfadi. Lena traf man oft auch alleine im Hüsli an, insbesondere in Zeiten der vorlesungsfreien Zeit. Die Frage via Signal «bisch du hüt im hüsli?» war oft eine rhetorischen Frage. Lena ist für mich eine geschätzte Kollegin für Wein, Kaffee- und Glacekonsum in der SUB. Allzu oft konspirierten wir dabei über die SUB und ihre Menschen. Das erwähnte Hässeln war etwas, was Lena gut konnte, vor allem mit Glace oder Getränk – ich werde es scho es bitzli vermissee! Ich hoffe sehr, dass du manchmal für ein Glace oder eben auch ein Kaffee oder Wein bei uns im Hüsli vorbeischaust. Liebe Lena, persönlich und im Namen des Rates danke ich dir von Herzen für deine Arbeit im SUB VS und wünsche dir für die Zukunft weiterhin alles Gute!

Der Rat applaudiert.

Ruben Garbade (Präsidium): Dann kommen wir zu 26.018, Ersatzwahlen VS Ressort Studentische Organisation. Wir kommen zu den Gesprächen mit den Kandidierenden. An dieser Stelle erinnere ich euch an die Leitlinien.

Die Leitlinien werden verlesen. Die Kandidierenden und die Gäste werden aus dem Raum gebeten. Das Präsidium erläutert den Ablauf der VS Wahlen und wiederholt die Leitlinien des Wahlverfahrens.

Ruben Garbade (Präsidium): Zu Beginn erlaube ich mir noch ein paar Worte zu den Bewerbungen zu verlieren. Wir hatten sechs Bewerbungen erhalten. Die VWK und der VS haben beschlossen davon vier Menschen einzuladen. Zu den Gesprächen sind zwei Personen erschienen. Von diesen zwei ist eine Person heute da. Eine weitere Person ist heute nicht da, aber sie hat sich vor allem auf

	das Ressort Hochschulzugang beworben, das im Oktober ausgeschrieben ist, und wird sich wohl im Oktober dann vorstellen kommen. Soweit zu den Anzahl Bewerbungen. <i>Die kandidierenden Personen werden nacheinander hineingebeten und stellen sich vor.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Wünscht der Rat eine Debatte ohne oder mit Kandidierenden? Nicolas Peters (sf): Verständnisfrage. Kandidiert die andere Person jetzt noch oder ist die Kandidatur verschoben auf den Oktober? Ruben Garbade (Präsidium): Das scheint mir eben auch nicht ganz klar. Sie ist nicht hier, um sich vorzustellen und sie hat sehr grosses Interesse bekundet am Oktober. Besteht Diskussionsbedarf mit oder ohne kandidierende Person? Tatsächlich scheint das nicht der Fall zu sein. Gibt es Empfehlungen? <i>Der VS äussert sich. Die VWK äussert sich.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Somit kommen wir zur Wahl. Wählbar sind alle SUB-Mitglieder. Ihr erhaltet nachher einen Stimmzettel. Ihr könnt einen Namen pro Wahlzettel aufschreiben. Ich bitte euch jeweils den vollen Namen aufzuschreiben, weil es durchaus hier namensverwandte Personen in diesem Rat gibt und es dann doch eindeutig sein sollte, wen wir hier wählen. Wahlzettel mit mehreren Namen oder mit unwählbaren Personen oder Wahlzettel, die mit sonstigen Bemerkungen versehen sind, sind ungültig. Ich bitte die Stimmenzählenden nach vorne zu kommen. <i>Die Wahlzettel werden verteilt. Es wird eine geheime Wahl durchgeführt.</i> Beschluss Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zum Ergebnis der Wahl. Nicola, ich gratuliere dir zur Wahl. Nicola Carugo (VS): Merci vielmals. <i>Der Rat applaudiert.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Nimmst du die Wahl an? Nicola Carugo (VS): Definitiv. Ruben Garbade (Präsidium): Sehr schön, vielen Dank. Dann kannst du gleich nach vorne kommen und wir machen noch 10 Minuten Pause. <i>10 Minuten Pause.</i>
14.	Kommissionswahlen
a.	Ständige Kommissionen
i.	Festkommission (1 fv, 2 SR)

	Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen mit gelichteten Reihen zu den Kommissionswahlen. Ich suche gleich die Liste heraus und blende sie ein. Als Hinweis, bitte stellt euch nur für Kommissionen auf, wenn ihr auch vorhabt entsprechende Kommissionssitzungen zu besuchen. Es bringt relativ wenig, wenn ihr das Quorum erhöht und nie zu einer Sitzung auftaucht. Ebenfalls für Delegationen und universitäre Kommissionen, stellt euch nur auf, wenn ihr auch für einige Zeit bleibt, denn der Senat muss euch teilweise bestätigen und das wird erst im Oktober passieren. Es wäre ja dann blöd und schade, wenn ihr bereits im Dezember schon wieder weg wollt. Genau, wir haben freie Sitze in der FeKo. Gibt es Kandidaturen für die FeKo? Nicolas Peters (sf): Ich kann noch werben. Laut Leistungsvertrag mit dem Verein Campusfestival haben alle Mitglieder der FeKo Anrecht auf Gratistickets. Das ist ein Anreiz, nicht Bestechung. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Kandidaturen für die FeKo nach diesem sehr überzeugenden Votum? Schade, scheint nicht der Fall zu sein.
ii.	Finanzkommission (1 jglp, 1 fv) Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter zu der FiKo. Es gibt einen freien Sitz der jglp Fraktion. Jannis Hanke (fv): Da Nicola nicht mehr in der fv ist, möchte ich beantragen seinen Sitz zu übernehmen? Ruben Garbade (Präsidium): Sicher, das habe ich gerade übersehen. Gut, gibt es weitere Kandidaturen aus der jglp oder aus der fv? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Jannis Hanke (fv) in stiller Wahl gewählt.
Beschluss	
iii.	Geschäftsprüfungskommission (1 SR) Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zur GPK. Dort wird auch der Sitz von Nicola frei. Svenja Wullschleger (jmub): Ich schlage Cheyenne Frierich (jmub) für die GPK vor. Linda Estermann (jg): Ich nominiere Mechthild Mus (jg). Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Wir haben zwei Kandidaturen. Gibt es weitere Kandidaturen auf diesen freien Sitz? Gibt es Anträge zum Wahlmodus? Somit stimmen wir per Hand erheben ab. Ich bitte zuerst um Auszählung. Ich bitte alle Stimmberechtigten die Stimmkarte zu erheben. <i>Es werden 10 und 12 Personen gezählt.</i> Somit sind wir 22 und immer noch beschlussfähig. Vielen Dank. Wer Cheyenne Friedrich (jmub) in die GPK wählen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. <i>Es werden 6 und 1 Stimmen</i>

Beschluss	gezählt. Wer Mechthild Mus (jg) wählen möchte. <i>Es werden 3 und 9 Stimmen gezählt. Somit ist Mechthild Mus (jg) mit 12 Stimmen gewählt.</i> Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
iv.	Hochschulpolitische Kommission (1 jmub, 1 fv, 1 jglp, 11 SUB/SR/VS) Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. In der HoPoKo hat es einige freie Sitze. Linda Estermann (jg): Ich nominiere Lena Vögeli (SUB). Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Kandidaturen? Anja Jost (sf): Ich nominiere Jascha Gysin (SUB). Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Kandidaturen? Jill Federer (sf): Ich nominiere Oliver Padovan (sf). Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Kandidaturen für die HoPoKo? Beschluss Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit sind Lena Vögeli (SUB), Jascha Gysin (SUB) und Oliver Padovan (sf) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. Beschluss Beschluss <i>Der Rat applaudiert.</i>
v.	Kommunikationskommission (1 jglp, 1 jf, 1 fv) Ruben Garbade (Präsidium): Somit kommen wir zur KomKom. Es gibt drei freie Sitze. Gibt es Kandidaturen? Vinzenz Kurmann (sf): Ich würde noch gerne eine Bemerkung zur HoPoKo machen. Ruben Garbade (Präsidium): Ja, gerne. Vinzenz Kurmann (sf): Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass, obwohl es meiner politischen Ausrichtung entspricht, das Gremium pluralistisch ausgestaltet werden sollte und ich möchte das einfach klarstellen. Vielen Dank. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Das würde durchaus dann auch bedingen, dass es von anderen Menschen Kandidaturen gibt. Gut, in der KomKom gibt es drei freie Sitze. Gibt es Kandidaturen? Nicolas Peters (sf): Das sf stellt alleine drei von fünf Sitze. Es wurde auch schon Kommunismuskommission genannt. Und ich sage, sobald das Geschäft über den bsz Vertrag gemacht ist, bin ich dort raus und dann braucht es jemanden, denn mit weniger als fünf ist die Kommission nicht funktionsfähig. Es wäre also wichtige Aufgabe der Fraktionen, dort teilzunehmen. Es kann nicht sein, dass das Überleben einer Kommission einzig am sf hängt. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Kandidaturen?

Beschluss	Vinzenz Kurmann (sf): Ich möchte auch noch erwähnen, dass das Fraktionssitze sind. Das heisst, die Kommission geht kaputt, wenn niemand von den Anderen kommt. Finn Klopfenstein (jglp): Ich würde sonst kandidieren. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Finn. Gibt es weitere Kandidaturen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Finn Klopfenstein (jglp) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
vi.	Nachhaltigkeitskommission (1 jmub, 1 jf, 9 SUB/SR/VS) Ruben Garbade (Präsidium): In der Nachhaltigkeitskommission haben wir ebenfalls ganz viele blaue Felder. Linda Estermann (jg): Ich stelle Mechthild Mus (jg) auf. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Kandidaturen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Mechthild Mus (jg) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
vii.	Rechtskommission (1 jg, 1 fv) Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zur Rechtskommission. Dort gibt es zwei freie Sitze, einen der jg und einen der fv. Mechthild Mus (jg): Ich nominiere Linda Estermann (jg). Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Kandidaturen oder Nominationen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Linda Estermann (jg) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
viii.	SUB-KULTUR (1 fv, 1 jf, 1 jg, 1 jmub, 11 SUB/SR/VS) Ruben Garbade (Präsidium): In der SUB-KULTUR, vorher genannt, berühmt berüchtigt, gibt es ganz, ganz viele freie Sitze. Nina Hummel (VS): Und ein freies Präsidium. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Kandidaturen? Böse Zungen behaupten es sei einmal ein Saufverein gewesen. Finn Klopfenstein (jglp): Welche Kommission ist das? Ruben Garbade (Präsidium): Du bist schon drin. Nicolas Peters (sf): Müssen wir Leute aus dem Wallis mobilisieren? Ruben Garbade (Präsidium): Es sind mir keine Leute aus dem Wallis im Rat bekannt, aber vielleicht findest du ja einzelne in der SUB. Es sind durchaus alle SUB-Mitglieder mit passivem Wahlrecht wählbar.

	<i>Keine Kandidaturen.</i>
ix.	Vorstandswahlkommission (1 fv) Ruben Garbade (Präsidium): Somit kommen wir zur VWK. Dort gibt es einen freien Sitz der fv. Ich möchte auch noch gleich ankündigen, ich beabsichtige die VWK in naher Zukunft zu verlassen. Somit könnte man sich darauf einstellen dort ein Präsidium zu übernehmen, vermutlich nach Oktober. Jannis Hanke (fv): Ich würde der VWK beitreten. Ruben Garbade (Präsidium): Sehr schön, gibt es weitere Nominationen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Jannis Hanke (fv) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
x.	Wohnkommission (3 SR) Ruben Garbade (Präsidium): Dann kommen wir zur WoKo. Wie Sandro bereits erwähnt hat, sucht auch diese Kommission händierend nach Mitgliedern. Gibt es Kandidaturen? Cheyenne Friedrich (jmub): Ich würde mich zur Verfügung stellen. Ruben Garbade (Präsidium): Sehr schön. Jill Federer (sf): Ich nominiere Oliver Padovan (sf). Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit sind Cheyenne Friedrich (jmub) und Oliver Padovan (sf) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
b.	Universitäre Kommissionen
i.	Archivkommission (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu den universitären Kommissionen. In der Archivkommission gibt es einen freien SUB Sitz. Gibt es Menschen, die an verstaubten Kellern interessiert sind? Scheint nicht der Fall zu sein.
ii.	Delegation Kommission für Gleichstellung (1 SUB Ersatz) Ruben Garbade (Präsidium): In der Delegation Kommission für Gleichstellung gibt es einen freien Ersatzsitz. <i>Keine Kandidaturen.</i>
iii.	Digitalisierungskommission (1 VS) Ruben Garbade (Präsidium): In der Digitalisierungskommission gibt es einen freien Sitz. Jason Steinmann (VS): Ich nominiere Sidonia für den Sitz in der DigiK.

Beschluss	Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Nominationen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Sidonia Christ (VS) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
iv.	Evaluationsgremium Prix Lux (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): Im Evaluationsgremium Prix Lux gibt es einen freien SUB Sitz. Gibt es Kandidaturen? <i>Keine Kandidaturen.</i>
v.	Forum Universität und Gesellschaft (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): Im Forum Universität und Gesellschaft gibt es einen freien SUB Sitz. Nicolas Peters (sf): Ich kandidiere. Ruben Garbade (Präsidium): Sehr schön Gibt es weitere Kandidaturen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Nicolas Peters (sf) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
vi.	Sozialfondskommission (1 SR) Nicolas Peters (sf): Ich glaube wir haben zuvor die SoFoKo übergangen. Ich habe meinen Rücktritt morgen per 12:00 Uhr angekündigt. Daher könnten wir durchaus eine Nachfolge wählen. Ich würde Emilia Mösch (sf) als Nachfolge vorschlagen. Ruben Garbade (Präsidium): Per morgen 12:00 Uhr stimmt, das hast du mir tatsächlich geschrieben. Nicolas Peters (sf): Genau, weil morgen um 9:00 Uhr ist noch eine Sitzung und die würde ich noch wahrnehmen. Ruben Garbade (Präsidium): Gut, wir kommen zur SoFoKo. Emilia, du kandidierst. Gibt es weitere Kandidaturen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Emilia Mösch (sf) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
vii.	Kerngruppe Wissenschaftlichkeit (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): In der Kerngruppe Wissenschaftlichkeit gibt es einen freien Sitz, weil Lena tritt zurück. Jason Steinmann (VS): Ich nominiere Sidonia für den freien Sitz. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Sidonia Christ (VS) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl.

	<i>Der Rat applaudiert.</i>
viii.	Kommission für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (1 SUB Ersatz) Ruben Garbade (Präsidium): In der Kommission für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gibt es einen freien Ersatzsitz. Kandidaturen? <i>Keine Kandidaturen.</i>
ix.	Kommission für internationale Beziehungen (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): In der Kommission für internationale Beziehungen gibt es einen freien Sitz. Jason Steinmann (VS): Ich nominiere Sidonia für den freien Sitz. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Sidonia Christ (VS) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
x.	Kommission für Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): In der Kommission für Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung gibt es einen freien Sitz. Jason Steinmann (VS): Ich nominiere Sidonia für den freien Sitz. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Sidonia Christ (VS) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
xi.	Mensakommission (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): In der Mensakommission gibt es einen freien Sitz. Jason Steinmann (VS): Ich nominiere Linard für den freien Sitz. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Beschluss Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Linard Kaufmann (VS) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
xii.	Umweltforschungspreiskommission (1 SUB) Ruben Garbade (Präsidium): In der Umweltforschungspreiskommission gibt es einen freien Sitz. Dieser Sitz ist sehr günstig, denn man muss potenziell nie an eine Sitzung gehen, denn diese Kommission führt keine Sitzungen mehr durch. Sie überlegt sich sogar, ob sie sich selbst noch braucht. Ich fände es dennoch wichtig, dass die SUB diesen Sitz besetzt. Finn Klopfenstein (jglp): Ich würde mich sonst zur Kandidatur vorschlagen.

Beschluss	Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Finn Klopfenstein (jglp) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
c.	Delegationen
i.	Senat (1 SUB, gewohnheitsmässig VS) Ruben Garbade (Präsidium): In der Delegation Senat wird ein VS Sitz frei. Jason Steinmann (VS): Ich nominiere Sidonia für den freien Sitz. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Sidonia Christ (VS) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i>
ii.	VSS-Ersatzdelegation (1 VS Ersatz, 3 SUB Ersatz) Ruben Garbade (Präsidium): In der VSS-Ersatzdelegation gibt es einige freie Sitze. Man kann während des Campusfestivals nach Basel fliehen. Gibt es Kandidaturen? Mechthild Mus (jg): Ich habe noch etwas zu vorher. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es Kandidaturen für die Ersatzdelegation? Jill Federer (sf): Ich nominiere Oliver Padovan (sf). Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Kandidaturen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist Oliver Padovan (sf) in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere zur Wahl. <i>Der Rat applaudiert.</i> Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Kandidaturen für nicht genannte Kommissionen?
Beschlusstraktanden	
15.	26.414 – Änderung SFR – Abschreibung von Darlehen Ruben Garbade (Präsidium): Somit gehen wir weiter. Wir kommen zu 26.414, Änderung SFR, Abschreibung von Darlehen. Möchten die Antragstellenden etwas dazu sagen? Jason Steinmann (VS): Wir haben den Abänderungsantrag gelesen und ihn als sehr gut empfunden und würden uns dafür aussprechen, dass dieser

Beschluss Beschluss	angenommen wird. Und wir würden uns natürlich freuen, wenn das Geschäft als Ganzes auch angenommen werden würde. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Es gibt einen Abänderungsantrag. Möchte die SumSum etwas dazu sagen? Svenja Wullschleger (jmub, SumSum): Für uns war aus der ursprünglichen Formulierung nicht ersichtlich, dass die Bedingungen kumulativ erfüllt sein müssen. Wir haben den Artikel dementsprechend umformuliert. Und, das ist eher etwas Formales, aber wir fanden es schöner so, da der Artikel eigentlich für Fälle geschaffen wurde, in denen Darlehensbezüger*innen nicht mehr auffindbar sind, haben wir diese Bedingung an die erste Stelle geschoben. Ansonsten unterstützen wir diesen Antrag. Ruben Garbade (Präsidium): Gibt es weitere Wortmeldungen zum Änderungsantrag oder zum ursprünglichen Antrag? Somit stimmen wir darüber ab. Wer den Änderungsantrag annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist eindeutig, vielen Dank. Der Abänderungsantrag wird angenommen. Wer den abgeänderten Hauptantrag annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist eindeutig, vielen Dank. Der Hauptantrag angenommen.
16.	26.415 – Änderung SRWR – Transparenz bei der Finanzierung von SR-Wahlen Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 26.415, Änderung SRWR, Transparenz bei der Finanzierung von SR-Wahlen. Hier haben wir einige Abänderungsanträge. Möchten die Antragsstellenden etwas zu diesem Antrag sagen? Linda Estermann (jg): Ich sage jetzt gerade zu beiden Anträgen, der, der danach kommt auch, zusammen etwas. Es geht eigentlich darum, dass man bei Wahl- und Abstimmungskampagnen analog zum Kanton und wie es sonst auch auf Bundesebene teilweise gehandhabt wird, darum, dass die Finanzierung davon transparent sein soll. Interessenbindungen sollen transparent aufgezeigt werden. Wir sind uns bewusst, dass das mit einem gewissen Aufwand verbunden. Deshalb gibt es diese Grenze von CHF 400.00. Alles, was darunter ist, fällt weg. Wenn ihr irgendwie Bedenken habt damit, dass es mit zu viel Aufwand verbunden ist oder was auch immer, es ist erst ab einem Betrag von CHF 400.00 und es gibt im Kanton ganz viele Blätter, die wir eigentlich downloaden können und 1:1 als Vorlage benutzen können für uns.

	Ruben Garbade (Präsidium): Wir haben einen Abänderungsantrag 1 und 2. Wir fangen bei 1 der SumSum an. Svenja Wullschleger (jmub, SumSum): Art. 19a definiert eine rückwirkende Periode von 12 Monaten. Da diese 12 Monate erst mit Inkrafttreten anfangen zu laufen, braucht es Übergangsbestimmungen, weil eine rückwirkende Anwendung wäre im Hinblick auf die Rechtssicherheit nicht wünschenswert. Deshalb haben wir einen Artikel zu den Übergangsbestimmungen hinzugefügt. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Nicolas? Nicolas Peters (sf): Kann ich schon zu meinem sprechen? Ruben Garbade (Präsidium): Ja, sicher. Nicolas Peters (sf): Ich schlage vor, dass wir die Regelung leicht anpassen. Nämlich so, dass natürliche und juristische Personen, die da involviert sind, um mich da präzise auszudrücken, offenlegen müssen, sobald sie einfach mehr aufwenden, als das, was das Wahlbüro an Beitrag spricht. Das ist einen Artikel weiter oben festgelegt. Das heisst, die natürlichen und juristischen Personen, die nur den SUB-Beitrag benutzen, haben keinen bürokratischen Aufwand, lediglich die, die zusätzlich Geld haben oder auftreiben können. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesen zwei Traktanden? Finn Klopfenstein (jglp): Grundsätzlich begrüsse ich die Idee mehr Transparenz in solche Wahlen etc. einzuführen. Ich erachte jedoch die Regelung als eher eine symbolische Änderung des Reglements. Meines Wissens nach gab es noch keine grösseren Wahlen, in denen solche Gelder irgendwie relevant waren. Und es setzt grundsätzlich einfach einen höheren bürokratischen Anspruch daran, wenn man sich überhaupt Gelder anschafft, dass man die dann auch noch melden und alles dokumentieren soll. Grundsätzlich finde ich die Idee aber durchaus sinnvoll. Nicolas Peters (sf, Wahlbüro): Ich schätze den Aufwand, den wir im Wahlbüro haben werden, nicht allzu hoch ein. Und ich glaube, es liegt auch im Interesse aller Fraktionen im Wahlbüro, dass das so einfach wie möglich machbar sein wird. Ich glaube wir wollen uns nicht selber unnötig zusätzliche Steine in den Weg legen. Ruben Garbade (Präsidium): Ich begrüsse keine zusätzlichen weiteren Steine. Nicolas Peters (sf): Es braucht immer gute Zitate. Linda Estermann (jg): Vielen Dank für deine Wortmeldung Finn. Ich finde es ein bisschen widersprüchlich, dass du zum Einen gesagt hast, solche Beiträge
--	---

	haben wir gar nicht, und dann zum Anderen sagst, es ist ein erhöhter bürokratischer Aufwand, weil wenn es keine solchen Beiträge gibt, dann gibt es den Aufwand für euch ja nicht. Genau deshalb haben wir diese Grenze festgelegt. Und zum Abänderungsantrag bezüglich dem Wahlbüro. Ich persönlich finde es wichtig, dass wir als SR Gremium einen fixen Betrag festlegen, bin aber offen über den Betrag zu diskutieren. Ich frage mich, wenn es jetzt einfach das Wahlbüro ist, das diesen Betrag festlegt, ob es nicht einfach eine Verschiebung des Diskurses ist und das Problem an einen anderen Punkt verschiebt. Nicolas Peters (sf): Letztendlich, was das Wahlbüro festsetzt muss ins Budget passen. Dementsprechend hat der Rat dann eigentlich wieder da letzte Wort. Wenn das Wahlbüro findet, dass jede Liste einen unsinnig hohen Beitrag haben kann, dann wird der Rat das auch wieder stoppen können. Ruben Garbade (Präsidium): Wenn ich mich nicht täusche, ist ja Art. 15 Abs. 3 der Betrag, den die SUB den einzelnen Listen spricht und nicht ein Betrag, den das Wahlbüro willkürlich festsetzen kann. Finn Klopfenstein (jglp): Ich bin ja tatsächlich lernfähig. In dem Sinne würde ich mich eher dem originalen Antrag anschliessen, da ich diesen Deckel ab CHF 400.00 durchaus sinnvoll finde. Ich verstehe natürlich, dass man eher eine striktere Linie fahren möchte und sagt, das rein vom Wahlbüro Festgelegte ist das okay. Ich fände daher aber den ursprünglichen Antrag deutlich sinnvoller. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicolas Peters (sf): Noch eine Anmerkung meinerseits. Bei Art. 19b ist ein Tippfehler in der Marginalie. Das könnte man noch anpassen zur Schönheit des ASS beiträgend. Ruben Garbade (Präsidium): Patricia wird das sicher aufnehmen und umsetzen. Somit kommen wir zur Abstimmung. Zuerst über den Änderungsantrag 26.415-2. Wer 25.415-2 annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Wer dagegen ist. Ich glaube das ist eindeutig. Der Änderungsantrag 26.415-2 ist somit abgelehnt. Wir kommen zum Änderungsantrag 26.415-1. Wer diesen Änderungsantrag annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Wer ihn ablehnt. Das ist eindeutig, vielen Dank. Der Änderungsantrag 26.415-1 wird angenommen. Wir kommen zur Schlussabstimmung zum geänderten 26.415. Wer den Hauptantrag annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist die Mehrheit, vielen Dank. Der geänderte Hauptantrag wird angenommen.
Beschluss	
Beschluss	
Beschluss	

SUB 

Beschluss Beschluss	ausgearbeitet ist. Es gibt noch einen Abänderungsantrag, der wird gerade noch geschickt wird, sobald er fertig erstellt wird. Viel mehr dazu gibt es nicht zu sagen. Ruben Garbade (Präsidium): Zum Glück sage ich immer, dass Abänderungsanträge frühzeitig eingereicht werden müssen. Anja Jost (sf, HoPoKo): Es mussten noch gewisse Rücksprachen gehalten werden, die leider erst jetzt erfolgen konnten. Sorry, ich habe ihn jetzt abgeschickt. Der Abänderungsantrag präzisiert einfach in der einen Spalte und einem Abschnitt einen Satz um etwa drei Wörter. Ruben Garbade (Präsidium): So, dann haben wir ihn gleich hier. Er ist auch auf dem Teams. Möchtest du noch etwas zu diesem Antrag spezifisch sagen oder gibt es weitere Wortmeldungen? Ich gebe euch kurz zwei Minuten. Gibt es Wortmeldungen? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit stimmen wir über den Abänderungsantrag 26.2012-1 ab. Wer ihn annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist eindeutig. Der Abänderungsantrag wird angenommen. Somit kommen wir zum abgeänderten Hauptantrag. Wer den abgeänderten Hauptantrag genehmigen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist ebenfalls eindeutig, vielen Dank. Der abgeänderte Hauptantrag wird angenommen.
20.	26.2013 – Provisorische Positionen zu KI Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 26.2013, provisorische Positionen zu KI. Ich wurde hier regelrecht eingedeckt mit Abänderungsanträgen. Wir haben zum einen 26.2013-1. Nicolas Peters (sf). Der ist zurück gezogen zugunsten von 26.2013-3. Ruben Garbade (Präsidium): Gut. Dann haben wir 26.2013-2. Oder möchtest du als Antragsstellender etwas zum Originalantrag sagen? Nicolas Peters (sf): Gerne, ja. Vielleicht ein paar allgemeine Worte dazu. Wir kommen nicht darum herum über das Thema zu sprechen. Ich habe die Positionspapiere der SUB angeschaut, da findet sich noch nichts wirklich dazu. Wer die VS-Protokolle im Sommer aufmerksam gelesen hat, wird feststellen, dass der VS durchaus schon zu dem Thema Fragen bekommen hat und Rückmeldungen gegeben hat, ohne dass wir dazu irgendeine Form von Position hätten. Deswegen jetzt mal hier eine halbe A4-Seite schnelle Position. Wir werden auch nicht darum herum kommen, dass wir das Thema KI wahrscheinlich in einem eigenen Positionspapier genauer ausformulieren müssen. Da ist wahrscheinlich auch noch etwas ideentechnische Arbeit zu

leisten dann. Denn die Aufgabe von Positionsfindung sollte eigentlich nicht beim SUB VS liegen, zumindest nicht dauerhaft, denn da haben wir dann doch ein gewisses Problem mit der Gewaltentrennung. Das wäre das, zu meinem Antrag.

Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Dann haben wir einen Abänderungsantrag von Cheyenne. Der möchte etwas streichen. Cheyenne, möchtest du etwas zu diesem Änderungsantrag sagen?

Cheyenne Friedrich (jmub): Der Änderungsantrag beruht auf diversen Gesprächen von FSen, die das Wort „restriktiv“ nicht sonderlich gut finden. Und auch von Leuten, die mit KI bewandert sind, die auch das Wort „restriktiv“ etwas als störend empfinden. Und halt auch aus der Sicht der DigiK, weil dort sehr viele Äntrage über KI/mit KI behandelt werden und sehr viel Forschung zu KI und allem betrieben wird. Restriktiv sendet halt ein bisschen ein negatives Zeichen, deswegen möchten wir es umformulieren, nämlich positiver mit dem Wort „verantwortungsbewusst“. Das hat den gleichen Effekt, aber klingt positiver anstatt negativ.

Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Dann haben wir noch den zweiten Abänderungsantrag.

Nicolas Peters (sf): Ich würde gerne noch antworten. Ich möchte mich doch gegen den Antrag aussprechen, den Cheyenne et. al. gestellt haben. Verantwortungsvoll und restriktiv bedeutet längstens nicht dasselbe. Ich finde das gerade aus der Perspektive als Germanistikstudent doch etwas peinlich, die beiden Wörter gleichzusetzen. Zudem restriktiv heisst nicht verbieten. In Punkt zwei wird dann auch genau ausgeführt, auf welche Schwierigkeiten und Risiken hingewiesen werden soll. Es heisst nicht, dass wir und für ein absolutes Verbot einsetzen sollen als SUB, sondern für einen Umgang, der nicht einfach mit offenen Armen gegenüber jeglichem Einsatz von KI kommt.

Cheyenne Friedrich (jmub): Ich möchte nur kurz darauf antworten, dass im Antrag die Bedeutung der beiden Wörter aufgeschrieben wurde und sie keineswegs als gleich gesetzt beschrieben wurden, einfach nur so zur Klarstellung.

Nicolas Peters (sf): Im Votum gerade.

Cheyenne Friedrich (jmub): Im Votum gerade wurde auch nicht gesagt, dass die Wörter dieselben sind, sondern dass ihre Auswirkungen die Ähnlichen sind.

Jannis Hanke (fv): Ich möchte Cheyenne zustimmen und den Änderungsantrag auch unterstützen, da ich es nicht für sinnvoll halte grundsätzlich zu sagen

Beschluss	restriktiv, da das sehr klar gegen KI ist und es durchaus Anwendungsbereiche gibt, wo sie sinnvoll sein können. Thomas Stucki (sf): Die Formulierung „restriktive Anwendung“ schliesst die Anwendung gegenüber einem breiten Publikum nicht aus, das einerseits. Das Andere ist, der Wunsch nach positiver Formulierung kann bestehen, aber wir wollen ja bewusst mit unserem Antrag eine Haltung kommunizieren und wir möchten oder wünschen uns eine Haltung, die eben restriktiv ist. Und es ist beschränkend, ja. Dieses Wort hat diese Wirkung. Deshalb danke für die Aufarbeitung. Aber das ist ja auch das Ziel einer jeder Richtlinie, Leitlinie, eines Reglements, dass man eben von möglichem Verhalten auf das gewünschte Verhalten beschränkt. Deshalb spreche ich mich gegen den Abänderungsantrag aus. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen oder möchten die Antragsstellenden des zweiten Abänderungsantrags etwas sagen? Anja Jost (sf): Genau, kurzer Moment. Wir fanden es einfach wichtig im Abschnitt zwei folgende Punkte zu ergänzen, dass wir die Verstärkung von Diskriminierung und Stereotypen als eine weitere Gefahr respektive einen weiteren Grund für einen kritischen Umgang mit KI sehen. Ebenfalls war es uns wichtig, dass der VS auch einen gewissen Handlungsspielraum hat, wie genau er KI im internen Umgang der SUB einsetzen möchte. Deshalb haben wir da die Punkte vier und fünf ersetzt durch eine Formulierung, die dem VS erlaubt eine kleine kurze Richtlinie auszuarbeiten selbstbestimmt, die er dann dem Rat vorstellt. Ganz neu ergänzen möchten wir, dass eine AG gegründet wird, die die definitive Position der SUB zum Thema KI erarbeitet. Das Thema wird nicht weggehen in der nächsten Zeit und ich denke es ist wichtig, dass die SUB da klare und auch fundierte Positionen dazu hat, die nicht auf die Schnelle beschlossen werden können. Ich denke es macht Sinn, wenn das möglichst zeitnah geschieht, weil das doch ein sehr aktuelles Thema ist. Das wäre der letzte Abschnitt. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag, zum anderen Abänderungsantrag oder zum Hauptantrag? Sind wir abstimmungsreif? Es scheint fast, als gäbe es keine Wortmeldungen. Somit stimmen wir zuerst über den Abänderungsantrag 26.2013-2 von Cheyenne ab. Wer diesen annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. <i>Es werden 6 und 1 Stimmen gezählt.</i> Wer diesen ablehnt. Ich glaube das ist eindeutig. Der Abänderungsantrag 26.2013-2 ist abgelehnt. Wir kommen
------------------	---

Beschluss	zum Abänderungsantrag 26.2013-3, den Anja vorgestellt hat. Wer diesen annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Wer ihn ablehnt. Wer sich enthält. Somit ist der Abänderungsantrag 26.2013-3 angenommen. Wir kommen zum geänderten Hauptantrag. Wer diesen annehmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Wer ihn ablehnt. Wer sich enthält. Somit ist der geänderte Hauptantrag angenommen. Es wird eine AG eingesetzt gemäss diesem Antrag. Diese AG wird von Patricia einen Teamskanal erhalten und Menschen, die dieser AG beitreten möchte, können dies dann bei Patricia melden. Alle SUB Mitglieder können einer AG beitreten. Diese Menschen müssen nicht gewählt werden.
Beschluss	
Ratsbuch	
21.	26.4005 – Interpellationsantwort Grundbeitrag Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen somit zum Ratsbuch. 26.4005, Interpellationsantwort Grundbeitrag. Möchte der VS etwas dazu sagen? Scheint nicht der Fall zu sein. Die Interpellanten haben mir nicht geantwortet auf mein Mail von gestern und sind heute auch nicht hier. Ich werde eine etwaige Antwort dem Rat kommunizieren. Anja Jost (sf): Ich möchte mich einfach nur bedanken für die sehr ausführliche und schön gestaltete Interpellationsantwort. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Anja. Mechthild Mus (jg): Ich habe einfach eine Frage. Habt ihr das Gefühl, es wäre sinnvoll, dass man eine Frist einführt oder meint ihr, das geht? Frage an den VS. Sidonia Christ (VS): Wir haben im VS nicht besprochen, ob wir eine grundsätzliche Frist als notwendig erachten würden. Deshalb ist das jetzt nicht die VS-Meinung. Aber grundsätzlich ist ja die gestaffelte Auszahlung das, was dazu führt, dass eben die Anträge zeitnah bearbeitet werden können. Und da dies ja auch dieses Jahr gut geklappt hat und bei einer guten Weiterführung davon gibt es, glaube ich, keinen Handlungsbedarf diesbezüglich. Aber falls in den nächsten Jahren die Beträge z.B. wieder verspätet ausbezahlt werden würden, dann wäre das vielleicht etwas, das man besprechen könnte. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen?
Beschluss	Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Interpellationsantwort genehmigt.

22.	24.2003 – Motionsantwort Erweiterung Angebot Fitnessräume Ruben Garbade (Präsidium): 24.2003, Motionsantwort Erweiterung Angebot Fitnessräume. Will der VS etwas zu dieser Antwort sagen? Scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Scheint nicht der Fall zu sein? Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Motionsantwort so genehmigt.
Beschluss	
23.	25.2003 – Motionsantwort Mehr Wohnen in der SUB Ruben Garbade (Präsidium): 25.2003, Motionsantwort Mehr Wohnen in der SUB. Möchte der VS etwas zu dieser Antwort sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Ich würde sonst im Namen der jglp bzw. den Antragsstellenden, zu denen ich gehörte, mich für die Antwort bedanken. Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Motionsantwort so genehmigt.
Beschluss	
24.	25.2004 – Motionsantwort Verbilligung der Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2004, Motionsantwort Verbilligung der Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft. Möchte der VS etwas zu dieser Antwort sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Motionsantwort genehmigt.
Beschluss	
25.	25.2019 – Motionsantwort Palästina, das Völkerrecht und die Universität Bern Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2019, Motionsantwort Paästina, das Völkerrecht und die Universität Bern. Möchte der VS etwas zu dieser Antwort sagen? Gibt es Wortmeldungen zu dieser Antwort? Sandro Arnet (jg): Wir haben es besprochen und finden, dass die Motionsantwort ein bisschen gar fest das Framing der UL übernimmt. Wenn die UL gesagt hat, etwas war in der Diskussion gut, dann steht in der Motionsantwort ja, die Diskussion war gut. Und vielleicht hat uns da ein bisschen ein kritischer Umgang damit gefehlt, weil es ja durchaus im Interesse der Uni ist, sich dort gut darzustellen. Und aus diesem Grund möchten wir eigentlich, dass diese Motion noch nicht beantwortet wird. Wir würden die Annahme der Motionsantwort bestreiten und fänden es gut, wenn die SUB sich weiterhin für eine Positionierung bei diesem Thema einsetzt, weil das Thema einfach noch nicht beendet ist. Nicolas Peters (sf): Ich bin auch nicht wahnsinnig zufrieden damit. Ich muss zugeben, ich habe mir die Frage gestellt, ob es sinnvoll ist, die Motionsantwort zu versenken oder schaffen wir damit nicht einfach administrativen Leerlauf,

	weil wir, glaube ich, von der Uni an sich nicht eine Meinungsänderung hören werden, höchstens vielleicht eine besser formulierte kritischere Motionsantwort. Das ist ein bisschen das Dilemma. Ich habe auch ein bisschen aus der Antwort so herausgelesen, die Motion forderte ja ein proaktives Bekenntnis zum Völkerrecht und in der Antwort wird das jetzt so als politische Stellungnahme an sich geframet, obwohl das Völkerrecht auch durch das internationale Recht eigentlich Konsens ist und an der Uni auch so gelernt wird. Deswegen, dass sich die Uni nicht einmal dazu bekennt hat, nicht irgendwie kritisieren zu können, erachte ich doch irgendwie als nicht zufrieden stellend. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Ich weise kurz auf Art. 80 Abs. 5 GSR hin. Der SR kann eine vorgelegte Motionsantwort ganz oder teilweise an den VS oder an eine Kommission zur Überprüfung und/oder Änderung bis zur nächsten Ratssitzung zurückweisen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Thomas Stucki (sf): Ich kann zwar nicht sagen, dass ich grosse Erwartungen an die UL hatte, diese wurden aber trotzdem untertroffen. Gerade bei Punkt 4 finde ich die Begründung, dass einige Kooperationen dezentral über die Fakultät laufen und deswegen von ihrer Seite nicht überprüft werden konnten, etwas gar schwach. Gibt es hierzu noch weitere Hintergründe? Yara Redling (VS): Ich werde das sehr gerne noch einmal nachschauen. Ich habe selbst die Motionsantwort nicht verfasst, werde mich aber schriftlich noch dazu äussern. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Die Annahme wird bestritten, habe ich gehört. Jill Federer (VS): Ich möchte nur kurz nachfragen, wer im VS zuständig ist für die AG Israel und Palästina? Nina Hummel (VS): Niemensch. Hannah Ammann (VS): Wir haben mal gedacht, dass das Ressort Lehre daran teilnehmen wird. Ich hätte überbrückungsweise daran teilgenommen. An der einen Sitzung, die stattfand, konnte ich leider nicht teilnehmen. Seither ist nie mehr eine Sitzungseinladung verschickt worden. Ruben Garbade (Präsidium): Die jg Fraktion sagte, sie bestreitet die Annahme. Möchte die Fraktion eine Rückweisung oder bloss die Ablehnung? Mechthild Mus (jg): Also eine Verlängerung? Ruben Garbade (Präsidium): Rückweisung wäre, der VS traktandiert die Motionsantwort nochmal auf die nächste Ratssitzung? Sandro Arnet (jg): Können wir auch eine Verlängerung beantragen?
--	---

Beschluss	Ruben Garbade (Präsidium): Ja. Sandro Arnet (jg): Dann wäre das der Weg. Ruben Garbade (Präsidium): Gut, du möchtest eine Rückweisung. Somit stimmen wir darüber ab. Wer die Motionsantwort ablehnen und somit zurückweisen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte jetzt. Das ist eindeutig. Die Motionsantwort wird somit zurückgewiesen.
26.	25.2023 – Motionsantwort Wegweiser Semester: Vorbereitungsjahr auf das Kompassjahr Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2003, Motionsantwort Wegweiser Semester Vorbereitungsjahr auf das Kompassjahr. Möchte der VS etwas zu dieser Antwort sagen? Scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Jannis Hanke (fv): Ich wollte einfach anmerken, es steht hier, dass es bereits jetzt hohe Abschluss- und Übergangsquoten dazu gibt. Und ich wollte darauf hinweisen, dass es sinnvoll wäre, noch einmal zu evaluieren, wie dann tatsächlich der Studienerfolg der Teilnehmer in 2-3 Jahren aussieht. Jason Steinmann (VS): Ich bin mit der Leiterin von dem Kompassprogramm zusammen gesessen und wir haben auch gesagt, es würde Sinn machen, dies zu evaluieren. Das Problem ist einfach, dass die Erstteilnehmenden jetzt dann erst bald abschliessen werden. Also die ersten Evaluationen könnte man erst nach dem Frühjahrssemester 2027 machen, aber die werden selbstverständlich natürlich gemacht. Anja Jost (sf): Ich habe eine Anmerkung resp. eine Frage. Ich denke, es könnte fest daran liegen, dass diese Motion von einigen Personen weitergegeben wurde, aber ich glaube, zumindest nach meinem Verständnis, und da gerne Korrektur durch andere Mitglieder des Rates, die bei der Annahme der Motion dabei waren. Ich glaube, es ging bei der Option eigentlich primär darum, eben gerade diese Personen abzuholen, die sich nicht qualifizieren für ein Kompassjahr qualifizieren, also auch nicht im Erfolg der Abschliessenden des Kompassjahrs aufgeführt sind. Du hast ja schön geschrieben, dass eben die Erfolgsquote der Kompasssteilnehmenden ja sehr hoch ist, es wahnsinnig gut läuft und ein Ausbau da sehr begrüßenswert wäre. Es ging uns aber in der Motion tatsächlich darum, dass mehr qualifizierte Bewerber*innen durch so ein Wegweiser Semester aufgestellt werden können. Mit den Zahlen, die ich jetzt gerade nicht auswendig weiss, aber so gross gibt es doch einen Haufen Bewerbungen, die abgelehnt werden unter anderem durch fehlende

Beschluss	Sprachqualifikationen oder anderweitige in dem Sinne behebbarer Punkte. Ich bin nicht für eine Zurückweisung dieser Motion, aber ich wollte das hier einfach mal anmerken, dass eigentlich der Schwerpunkt der Motion darauf gelegen hätte und ich das auch immer noch ein wichtiges Thema fände, das vielleicht in einer anderen Form wieder aufgenommen werden könnte. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wird die Annahme bestritten? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Motionsantwort so genehmigt.
27.	25.3005 – Postulatsantwort Sicherheit in den Universitätsbibliotheken Ruben Garbade (Präsidium): Somit kommen wir 25.2003, Postulatsantwort Sicherheit in den Universitätsbibliotheken. Möchte der VS etwas zu dieser Antwort sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Sandro Arnet (jg): Ich möchte einfach nur Danke sagen. Es ist eine mega ausführliche Antwort. Sie ist mega gut geschrieben. Merci. Anja Jost (sf): Ich wollte anmerken, dass mein Kommentar zur Interpellationsantwort von vorhin eigentlich auf diese Interpellationsantwort gemeint war. Ich habe die eventuell verwechselt. Das einfach hier zum richtig stellen. Hannah Ammann (VS): Vielen Dank. Ich hätte das aber alles auch nicht ohne die Antwort meiner Vorgängerin machen können. Nicolas Peters (sf): Auch danke meinerseits. Es gibt eine etwas unschöne Formulierung im Abschnitt zur Uni Fribourg, wo obdachlose Menschen irgendwie als Sicherheitsrisiko grundsätzlich geframet werden. Ich glaube nicht, dass das mit Absicht passiert ist, aber vielleicht findet man da noch eine etwas schönere Formulierung. Ich fand das jetzt nicht gerade gelungen. Hannah Amman (VS): Ich habe jeweils direkt die Auskünfte der Universitäten widergegeben. Das ist natürlich nicht mein eigenes Framing. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Postulatsantwort so genehmigt.
28.	25.3006 – Postulatsantwort Risiken in den Fachschaftsfinanzen Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.3006, Postulatsantwort Risiken in den Fachschaftsfinanzen. Möchte der VS etwas sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Sandro Arnet (jg): Es steht ja irgendwie drin, dass der VS eine Reglementsänderung diesbezüglich unterstützen würde. Wird das irgendwie konkret angestrebt? Wird da geschaut, dass die SumSum etwas macht oder arbeitet der VS selber etwas aus? Was sind da die konkreten Pläne diesbezüglich?

Beschluss	Sidonia Christ (VS): Der VS hat nicht vor einen Antrag für eine Ausarbeitung einer Änderung zu stellen, würde einen solchen Antrag jedoch unterstützen. Hannah Amman (VS): Die Exekutive kann ja nicht in die Aufgabe der Gesetzgebung der Legislative eingreifen. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn dort das Fachschaftsreglement überprüft und angepasst werden könnte. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicolas Peters (sf, FiKo): Vielleicht als Hinweis, die FiKo hat an der letzten Sitzung gebrainstormt. Ich nehme an die FiKo und die SumSum werden da irgendetwas zusammenbasteln, dass dann da das Problem behebt. Ruben Garbade (Präsidium): Sehr schön, dann kann sich ja eine weitere AG konstituieren. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wird die Annahme bestritten? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit wird die Postulatsantwort so beschlossen.
29.	26.2007 – Motionsantwort Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 26.2007, Motionsantwort Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern. Möchte der VS etwas sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Scheint nicht der Fall zu sein. Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Motionsantwort genehmigt und wir können dann hoffentlich bald lange ins Apéro und mit dem PubliBike heimfahren.
30.	25.2005 – Verlängerungsantrag Förderung der Gleichstellung via Fachschaftseinsitze Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2005, Verlängerungsantrag Förderung der Gleichstellung via Fachschaftseinsitze. Möchte der VS etwas sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Wird die Annahme bestritten? Beschluss Somit ist die Verlängerung so beschlossen.
31.	25.2006 – Verlängerungsantrag Defibrillator Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2006, Verlängerungsantrag Defibrillator. Möchte der VS etwas sagen? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Anja Jost (sf): Ich hätte eine Frage. Es wurde im Verlängerungsantrag etwas geschrieben, dass die Fachstelle keinen Bedarf für zusätzliche Beschilderung sieht, weil dies in den Brandschutzplänen aufgeführt ist. Ich wollte da einfach kurz nachfragen, weshalb die Fachstelle für Sicherheit da das Gefühl hat, dass das eine ausreichende Beschilderung ist, wenn das in den Brandschutzplänen

Beschluss	vermerkt ist? Ob es da noch mehr Kontext dazu gibt oder ob das einfach die Aussage war? Yara Redling (VS): Die Fachstelle für Sicherheit war der Meinung, dass jede Person, die an einer Universität ist, fähig sein sollte so einen Plan lesen zu können und dies auch intuitiv macht, wenn mensch in ein Gebäude reinläuft. Und aus diesen Gründen sind sie der Überzeugung, dass dies ausreichend ist. Anja Jost (sf): Dankeschön. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Dann lege ich euch allen die Lektüre dieses Plans am Eingang oben zu Herzen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wird die Annahme bestritten? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Verlängerung so beschlossen.
32.	25.2008 – Verlängerungsantrag Pflanzliche Ernährung Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2008, Verlängerungsantrag Pflanzliche Ernährung. Gibt es Wortmeldungen aus dem VS? Aus dem Rat? Nicolas Peters (sf): Eine Nachfrage meinerseits. Die Verlängerung ist jetzt bis Dezember beantragt. Die Urabstimmung wird ja wahrscheinlich gegen Ende des möglichen Fensters stattfinden. Das heisst, auch erst Ende November und dann ist am 10. Dezember wieder SR. Das heisst, wir werden wahrscheinlich in eine weitere Verlängerung hineinlaufen, nehme ich schwer an. Das wäre der erste Punkt, plant der VS das auch? Zweiter Punkt, der Verlängerungsantrag erwähnt jetzt nicht, was im Urantrag drin war, nämlich auch eine Öffentlichkeitskampagne dazu zu planen. Und drittens das Verhältnis von der Motion, die ja nicht Gegenstand einer Urabstimmung ist und das auch gemäss unserem Recht nicht sein kann. Wie sieht der VS die Umsetzbarkeit der Motion? Nach Positionspapier wäre die Motion ja sowieso umsetzbar, nachdem das ja aktuell in Kraft ist. Deshalb stellt sich mir schon Frage, warum hat man da eigentlich nicht schon loslegen können? Yara Redling (VS): Zu deiner ersten Frage. Ich gehe schon schwer davon aus, dass ein weiterer Verlängerungsantrag eintrudeln wird gegen Ende dieses Semesters. Die zweite Frage, könntest du die bitte noch wiederholen? Nicolas Peters (sf): Ich weiss es auch nicht mehr. Ich hatte jetzt 12 Stunden lang Seminar und Sitzungen. Ruben Garbade (Präsidium): Nicolas wollte gerne wissen, warum der VS noch keine Kampagne gemacht hat, oder ob er eine Kampagne plant. Nicolas Peters (sf): Ja genau, der Stand der Kampagne.

Beschluss	Yara Redling (VS): Wir haben noch keine Öffentlichkeitskampagne geplant bis Stand jetzt. Im VS war eine sehr grosse Uneinigkeit, wie viel wir machen dürfen, weil ja noch alles mit der Urabstimmung im Raum steht. Nicolas Peters (sf): Gab es einen dritten Punkt? Ah, das Verhältnis vom Positionspapier und der Motion. Denn egal, wie das Referendum ausgeht, die Motion ist ja rechtsgültig. Hat der VS sich da etwas überlegt oder ist das etwas, das man sich dann im Dezember überlegen muss? Yara Redling (VS): Wir haben aufgrund des Kollegialitätsprinzips dies so gehandhabt, dass wir zur Motion noch nicht sehr viele Schritte machen können. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Sandro Arnet (jg): Einfach vielleicht auch als Mensch, der im Stiftungsrat Mensabetriebe sitzt. Ich glaube, es ist nicht so mega hilfreich, wenn wir jetzt diesen Antrag im Stiftungsrat Mensabetriebe so früh stellen, bevor dass da irgendeine Abstimmung erfolgt ist, weil ich glaube das Ziel der Motion wäre ja durchaus, dass dieser Antrag durchkommt. Ich denke nicht, dass ein Antrag im Stiftungsrat Mensabetriebe wahnsinnig viel Aussichten hat. Aber die Aussichten sind noch schlechter, wenn die Stiftungsratsmitglieder wissen, dass es bald eine Abstimmung dazu geben wird. Und vielleicht hätte der Antrag bessere Chancen, wenn eine Abstimmung dementsprechend gewonnen würde und das könnte doch der Forderung etwas mehr Nachdruck verleihen. Aus diesem Grund macht es durchaus Sinn die Abstimmung dort abzuwarten. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Sandro für diese Konkretisierung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wird die Annahme der Verlängerung bestritten? Scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Verlängerung so beschlossen.
33. Beschluss	25.2016 – Verlängerungsantrag Überprüfung Gruppierungen Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2016, Verlängerungsantrag Überprüfung Gruppierungen. Möchte der VS etwas sagen? Gibt es Anmerkungen aus dem Rat? Wird die Verlängerung bestritten? Somit ist die Verlängerung so beschlossen.
34. Beschluss	25.2020 – Verlängerungsantrag Nachhaltiger Ausbau des Outdoor-Fussballangebots im Unisport Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 25.2020, Verlängerungsantrag Nachhaltiger Ausbau des Outdoor-Fussballangebots im Unisport. Möchte der VS etwas sagen zu diesem Antrag? Gibt es Wortmeldungen? Wird die Verlängerung bestritten? Somit ist die Verlängerung so beschlossen.

35.	26.2001 – Verlängerungsantrag Digitale Souveränität der Universität Bern Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 26.2001, Verlängerungsantrag Digitale Souveränität der Universität Bern. Möchte der VS etwas sagen zu diesem Antrag? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Verlängerung so beschlossen.
Beschluss	
36.	26.2003 – Verlängerungsantrag Anpassung Entschädigung Vorstand Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu 26.2003, Verlängerungsantrag Anpassung Entschädigung Vorstand. Gibt es Wortmeldungen? Nicolas Peters (sf): Vielleicht doch ein kurzes Update, weil das Geschäft jetzt irgendwie ein halbes Jahr in der FiKo hängig ist. Es ist quasi abgeschlossen das Geschäft. Wir warten noch auf rechtliche Rückmeldungen von der SumSum und es sollte dann für die Budgetdebatte parat sein, dass wir das Geschäft dann auch abschliessen können.
Beschluss	Ruben Garbade (Präsidium): Wird die Annahme bestritten? Somit ist die Verlängerung so beschlossen.

Sonstiges	
37.	Diverse Mitteilungen / Varia Ruben Garbade (Präsidium): Wir kommen zu diverse Mitteilungen / Varia.
a.	Nächste Sitzungen: 15. Oktober 2026, 5. November 2026, 10. Dezember 2026 Ruben Garbade (Präsidium): Die nächste Sitzung ist am 15. Oktober, das ist schon bald. Bitte meldet euch jeweils frühzeitig ab, wenn ihr nicht dabei sein könnt. Und ja, ich sehe drei Varias. Vinzenz Kurmann (sf): Einfach eine allgemeine Frage, als jemand, der für das sf die Aufgabe hat, die Webseite zu managen. Ich habe mal einen Blick auf die SUB Webseite geworfen und mich gefragt, warum existiert eigentlich kein Mitgliederverzeichnis des Rates? Ruben Garbade (Präsidium): Das ist eine gute Frage. Es ist tatsächlich etwas, das schon länger bei mir auf der To-Do-Liste steht. Ich hatte mal eines angefangen auf der alten Webseite. Ist etwas, was in Arbeit wäre. Vinzenz Kurmann (sf): Vielen Dank. Nicolas Peters (sf): Erstens, am Tag vor dem nächsten SR, Mittwoch, 14. Oktober, veranstaltet das sf voraussichtlich eine Veranstaltung zu Bildungsgerechtigkeit und Bildungsungleichheit im HG abends um 18:30 Uhr, wenn ich

	es richtig im Kopf habe. Es sind alle, die interessiert sind, herzlich eingeladen. Dann muss ich nochmal ganz kurz zurückkommen auf die Mitteilungen des VS. Es wurde bereits im Mai angemerkt. Der Informationsgehalt gewisser Textabschnitte ist dann vielleicht doch durchaus fraglich. „Ich habe Mitteilungen geschrieben, ich habe diese Terminumfrage ausgefüllt, ich habe mich dort eingeloggt...“. Ich glaube, man könnte das noch etwas bündiger machen, ohne dass der grundsätzliche Informationsgehalt Schaden nimmt. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank. Finn Klopfenstein (jglp): Man hat mich leider vorhin übersehen. Das ist aber auch gar nicht wichtig. Ich bin ja auch Teil einer universitären Gruppierung, wer hätte es gedacht. Wir haben unter anderem einen Kegelstand. Wenn jemand teilnehmen möchte, kommt rum. Mit Mann und Frau und allem dazwischen. Ruben Garbade (Präsidium): Vielen Dank Finn. Gibt es weitere Wortmeldungen? Somit sind wir am Ende angelangt in Rekordzeit. <i>Der Rat applaudiert.</i>
b.	Apéro!

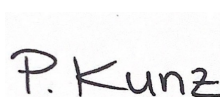
Bern, 27.09.2026



Ruben Garbade

Präsident des Studierenden-
rats der SUB

Bern, 27.09.2026



Patricia Kunz

Ratssekretärin des Studierenden-
rats der SUB

Titel: Änderung SFR - Abschreibung von Darlehen

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.414

Eingereicht für die Sitzung vom 17/09/2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu

Autor*in:

Vorstand

Name(n) und Gruppierung(en):

Jason Steinmann (Geschäftsführer SoFoKo)

Antrag:

Dem Sozialfondsreglement (SFR) wird folgender Artikel hinzugefügt:

Art. 21a

1 Die geschäftsführende Person kann der SoFoKo einen Abschreibungsantrag vorlegen. Die Kommission entscheidet über die Anträge.

2 Abgeschrieben werden können Darlehensschulden unter den folgenden Bedingungen:

- a. die Rückzahlungsfrist nach Art. 18 Abs. 1 sowie Art. 21 verstrichen ist und das Darlehen nach Art. 20 Abs. 2 gekündigt worden ist,
- b. eine allfällige Stundung nach Art. 21 Abs. 3 verstrichen ist,
- c. wenn die Darlehensbezüger*innen nicht mehr auffindbar, betreibbar sind.

Begründung:

Einige Darlehensbezüger*innen sind nicht mehr auffind- oder kontaktierbar. Aufgrund dessen erachte ich es als sinnvoll, dass die SoFoKo befugt wird diese "Geisterfälle" abzuschreiben.

Beilage(n):

-

Titel: Abänderungsantrag Änderung SFR

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.414-1

Eingereicht für die Sitzung vom 17. September 2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag (zu 26.414 Änderung SFR – Abschreibung Darlehen)

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☒ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Svenja Wullschleger, SumSum

Antrag:

Art. 21a Abs. 2 soll wie folgt angepasst werden:

2 Abgeschrieben werden können Darlehensschulden, wenn folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

- a. Wenn die Darlehensbezüger*innen nicht mehr auffindbar und betreibbar sind,
- b. Die Rückzahlungsfrist nach Art. 18 Abs. 1 sowie Art. 21 verstrichen ist und das Darlehen nach Art. 20 Abs. 2 gekündigt worden ist und
- c. Eine allfällige Stundung nach Art. 21 Abs. 3 verstrichen ist.

Begründung:

Aus der im Vorstandsantrag vorgeschlagenen Formulierung geht nicht klar hervor, dass die Bedingungen kumulativ erfüllt sein müssen. Da Sinn und Zweck des Artikels die Anwendung in Fällen von Unauffindbarkeit der Darlehensbezüger*innen ist, erachten wir es als sinnvoll und der Verständlichkeit dienend, dies als erste Bedingung aufzulisten.

Beilage(n):

-

Titel: Transparenz bei der Finanzierung von SR-Wahlen

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.415

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☒ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

- ☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Junge Grüne

Antrag:

Das Reglement über die Wahl des Studierendenrates (SRWR)¹ wird wie folgt ergänzt:

3a. Abschnitt: Transparenz bei der Finanzierung von Wahlkampagnen (neu)

Offenlegungspflicht bei
der Finanzierung von
Wahlkampagnen

Art. 19a (neu)

¹ Natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die als politische Akteur*innen im Hinblick auf eine SR-Wahl eine Kampagne führen, haben deren Finanzierung offenzulegen, wenn sie mehr als CHF 400.– aufwenden.

² Sie erfüllen diese Pflicht, indem sie dem Wahlbüro folgende Informationen melden:

- a. bis spätestens zur Frist nach Artikel 9 Absatz 1:
1. ihre budgetierten Einnahmen;

¹ [ASS 2.2](#)

2. sowie monetäre und nichtmonetäre Zuwendungen, die in den letzten zwölf Monaten vor dem Wahltag erfolgt oder zugesichert worden sind und den Wert von CHF 200.– pro Zuwender*in und Kampagne überschreiten.
- b. bis am Wahltag spätestens um 12.00 Uhr:
 1. Kampagnen oder Zuwendungen, die neu offenlegungspflichtig sind;
 2. sowie die Erhöhung von bereits offenlegungspflichtigen Zuwendungen.
- c. bis spätestens zur Traktandierungsfrist der konstituierenden Sitzung nach Artikel 1 i.V.m. Artikel 14 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Studierendenrates² das Total der Einnahmen.

³ Führen mehrere Personen oder Personengesellschaften eine gemeinsame Kampagne, so müssen sie die budgetierten Einnahmen, die Zuwendungen und das Total der Einnahmen gemeinsam melden. Ihre Aufwendungen und die ihnen gewährten monetären und nichtmonetären Zuwendungen sind zusammenzurechnen. Davon ausgenommen sind Listenverbindungen nach Artikel 10.

Modalitäten
Offenlegungspflicht

der **Art. 19b (neu)**

¹ Bei der Meldung der monetären und nichtmonetären Zuwendungen sind insbesondere der Wert und das Datum der Zuwendung sowie der Name, der Vorname und die Wohnsitzgemeinde oder die Firma und der Sitz der / des Urheber*in der Zuwendung anzugeben.

² Als Urheber*in der Zuwendung gilt die natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, welche die Zuwendung ursprünglich erbracht hat, um den / die politische Akteur*in zu unterstützen.

³ Die weiteren Modalitäten zur Meldung und Veröffentlichung der Informationen werden durch das Wahlbüro festgelegt und publiziert.

Plausibilisierung
Veröffentlichung
gemeldeten
Informationen

und
der

Art. 19c (neu)

¹ Das Wahlbüro plausibilisiert die gemeldeten Informationen und macht die politischen Akteur*innen auf fehlende oder offensichtlich fehlerhafte Informationen aufmerksam.

² [ASS 2.1](#)

² Die gemeldeten Informationen werden so schnell wie möglich auf der SUB-Webseite publiziert.

³ Das Wahlbüro legt die gemeldeten Informationen in einem Bericht dem SR zur Kenntnis vor.

Verbot von anonymen
Zuwendungen

Art. 19d (neu)

¹ Den politischen Akteur*innen ist die Annahme von anonymen monetären und nichtmonetären Zuwendungen untersagt. Davon ausgenommen sind Zuwendungen im Rahmen von Aktionen und Veranstaltungen von maximal CHF 50.– pro Person.

² wer eine anonyme Zuwendung nach Absatz 1 erhält, muss

- a. die Herkunftsangaben gemäss Artikel 19b Absatz 1 ermitteln;
- b. oder die Zuwendung wenn möglich zurückerstatten. Ist eine Rückerstattung nicht möglich oder nicht zumutbar, muss die Zuwendung dem Wahlbüro gemeldet und abgeliefert werden.

Begründung:

Auf nationaler Ebene, im Kanton Bern sowie in der Stadt Bern ist eine Offenlegungspflicht bei der Finanzierung von politischen Kampagnen bereits Praxis. Da studentische Hochschulpolitik in einem besonderen Masse von freiwilligem Engagement getragen ist und gerade weil Studierende im Durchschnitt über wenig monetäre Mittel verfügen, ist die Offenlegung der Finanzierung von SR-Wahlkampagnen von besonderem Interesse.

Vorliegende Änderung verfolgt einen zurückhaltenden Ansatz und führt nur eine ertragsseitige Offenlegungspflicht nach dem Vorbild der Regelung auf kantonaler Ebene ein. Der Freibetrag liegt bei CHF 400.– pro Kampagne, was dem doppelten Beitrag der SUB an die einzelnen Listen entspricht.

Beilage(n):

-

Titel: Änderungsantrag - Transparenz

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.415-1

Eingereicht für die Sitzung vom 17.9.26

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag (zu 26.415)

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☒ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

SumSum

Antrag:

Dem SRWR ist folgender Artikel zu ergänzen:

Art 25 Übergangsbestimmungen *[neu]*

Die Periode von zwölf Monaten nach Art. 19a Abs. 2 lit. A ziff. 2, beginnt mit dem Datum des Inkrafttretens von Art. 19a.

Begründung:

Als Beitrag zur Rechtssicherheit beantrag die SumSum Übergangsbestimmungen.

Beilage(n):

Titel: Mehr Transparenz

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt):

Eingereicht für die Sitzung vom 17/09/2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag (zu 26.415)

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Nicolas Peters (SF)

Antrag:

Die Parl. Int. wird wie folgt abgeändert:

Art. 19a

¹ Natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die als politische Akteur*innen im Hinblick auf eine SR-Wahl eine Kampagne führen, haben deren Finanzierung offenzulegen, wenn sie mehr als ~~CHF 400.-~~ **den vom Wahlbüro festgelegten Betrag gemäss Artikel 15 Absatz 3** aufwenden.

Art. 19c

² Die gemeldeten Informationen **sowie der Beitrag gemäss Artikel 15 Absatz 3** werden so schnell wie möglich auf der SUB-Webseite publiziert.

Begründung:

Mit diesem Ansatz hätten wir eine Regelung, bei der Akteur*innen, welche mehr aus den Listenbeitrag des Wahlbüro aufwenden, diese offenlegen müssen.

Beilage(n):

Titel: Transparenz bei der Finanzierung von Urabstimmungskampagnen

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.416

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☒ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

- ☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Junge Grüne

Antrag:

Das Urabstimmungsreglement (UrabstR)¹ wird wie folgt ergänzt:

5a. Abschnitt: Transparenz bei der Finanzierung von Urabstimmungskampagnen (*neu*)

Offenlegungspflicht bei der Finanzierung von Urabstimmungskampagnen

Art. 17a (*neu*)

¹ Natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die als politische Akteur*innen im Hinblick auf eine Urabstimmung eine Kampagne führen, haben deren Finanzierung offenzulegen, wenn sie mehr als CHF 400.– aufwenden.

² Sie erfüllen diese Pflicht, indem sie dem Urabstimmungsbüro folgende Informationen melden:

- a. bis am Abstimmungstag spätestens um 12.00 Uhr:
1. ihre budgetierten Einnahmen;

¹ [ASS 1.02](#)

2. sowie monetäre und nichtmonetäre Zuwendungen, die in den letzten zwölf Monaten vor dem Abstimmungstag erfolgt oder zugesichert worden sind und den Wert von CHF 200.– pro Zuwender*in und Kampagne überschreiten.

b. innert zehn Tagen nach dem Abstimmungstag das Total der Einnahmen.

³ Führen mehrere Personen oder Personengesellschaften eine gemeinsame Kampagne, so müssen sie die budgetierten Einnahmen, die Zuwendungen und das Total der Einnahmen gemeinsam melden. Ihre Aufwendungen und die ihnen gewährten monetären und nichtmonetären Zuwendungen sind zusammenzurechnen.

Modalitäten
Offenlegungspflicht

der **Art. 17b (neu)**

¹ Bei der Meldung der monetären und nichtmonetären Zuwendungen sind insbesondere der Wert und das Datum der Zuwendung sowie der Name, der Vorname und die Wohnsitzgemeinde oder die Firma und der Sitz der / des Urheber*in der Zuwendung anzugeben.

² Als Urheber*in der Zuwendung gilt die natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, welche die Zuwendung ursprünglich erbracht hat, um den / die politische Akteur*in zu unterstützen.

³ Die weiteren Modalitäten zur Meldung und Veröffentlichung der Informationen werden durch das Urabstimmungsbüro festgelegt und publiziert.

Plausibilisierung und
Veröffentlichung der
gemeldeten Informationen

Art. 17c (neu)

¹ Das Urabstimmungsbüro plausibilisiert die gemeldeten Informationen und macht die politischen Akteur*innen auf fehlende oder offensichtlich fehlerhafte Informationen aufmerksam.

² Die gemeldeten Informationen werden so schnell wie möglich auf der SUB-Webseite publiziert.

³ Das Urabstimmungsbüro legt die gemeldeten Informationen in einem Bericht dem SR zur Kenntnis vor.

Verbot von anonymen
Zuwendungen

Art. 17d (neu)

¹ Den politischen Akteur*innen ist die Annahme von anonymen monetären und nichtmonetären Zuwendungen untersagt. Davon

ausgenommen sind Zuwendungen im Rahmen von Aktionen und Veranstaltungen von maximal CHF 50.– pro Person.

² wer eine anonyme Zuwendung nach Absatz 1 erhält, muss

- a. die Herkunftsangaben gemäss Artikel 17b Absatz 1 ermitteln;
- b. oder die Zuwendung wenn möglich zurückerstatten. Ist eine Rückerstattung nicht möglich oder nicht zumutbar, muss die Zuwendung dem Urabstimmungsbüro gemeldet und abgeliefert werden.

Begründung:

Auf nationaler Ebene, im Kanton Bern sowie in der Stadt Bern ist eine Offenlegungspflicht bei der Finanzierung von politischen Kampagnen bereits Praxis. Da studentische Hochschulpolitik in einem besonderen Masse von freiwilligem Engagement getragen ist und gerade weil Studierende im Durchschnitt über wenig monetäre Mittel verfügen, ist die Offenlegung der Finanzierung von Urabstimmungskampagnen von besonderem Interesse.

Vorliegende Änderung verfolgt einen zurückhaltenden Ansatz und führt nur eine ertragsseitige Offenlegungspflicht nach dem Vorbild der Regelung auf kantonaler Ebene ein.

Beilage(n):

-

Titel: Änderungsantrag - Transparenz

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.416-1

Eingereicht für die Sitzung vom 17.9.26

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag (zu 26.416)

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☒ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

SumSum

Antrag:

Dem Urabstimmungsreglement ist folgender Artikel zu ergänzen:

Art 38 Übergangsbestimmungen *[neu]*

Die Periode von zwölf Monaten nach Art. 17a Abs. 2 lit. A ziff. 2, beginnt mit dem Datum des Inkrafttretens von Art. 17a.

Begründung:

Als Beitrag zur Rechtssicherheit beantrag die SumSum Übergangsbestimmungen.

Beilage(n):

Titel: Einheitliche Regelungen

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2011

Eingereicht für die Sitzung vom 17/09/2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☒ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☒ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Wahlbüro (Nicolas, Ruben, Sandro, Anja, Cheyenne, Rubin, Nicola)

Antrag:

Die SumSum wird beauftragt, die Regelungen hinsichtlich Geschlechtsidentitäten sowie darauf bezogene Quoten in den Statuten und sämtlichen Reglementen der SUB zu prüfen und dem Rat einen Vorschlag zu deren Vereinheitlichung vorzulegen.

Begründung:

Bei der Vorbereitung der Wahlen ist das Wahlbüro zum Schluss gekommen, dass einheitliche Regelungen von Vorteil wären. Aktuell sind zum Beispiel die Definitionen für die Zusammensetzung des VS und die Zusammensetzung der Wahllisten nicht dieselben.

Beilage(n):

Apéro.

Titel: Verabschiedung Hochschulpolitische Strategien SUB

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2012

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☒ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag

Autor*in:

- ☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☒ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en): HoPoKo

Antrag:

Die Hochschulpolitische Strategie ist für die SUB verbindlich und wird umgesetzt.

Begründung:

In den letzten Monaten hat die HoPoKo zuerst in Eigeninitiative und dann auch formal durch den SR beauftragt eine hochschulpolitische Strategie erarbeitet. Diese soll ein längerfristiges Arbeiten an hochschulpolitischen Anliegen ermöglichen und als Wegleitung für eine Vielzahl an Themen gelten. Ebenso soll sie dabei helfen das hochschulpolitische Engagement der SUB messbarer und ein Einstieg in solches niederschwelliger zu machen.

Beilage(n):

- Hochschulpolitische Strategie

Hochschulpolitische Strategie SUB

In diesem Dokument werden die hochschulpolitischen Ziele der Studierendenschaft der Universität Bern (SUB) für den Zeitraum von 2026 bis 2030 definiert. Die Ziele sind in die drei Bereiche Flexibilisierung des Studiums, Studienkosten und Stipendien unterteilt und wurden im FS26 durch die Hochschulpolitische Kommission (HoPoKo) erarbeitet.

Die HoPoKo erarbeitet basierend auf dieser Strategie jeweils bis Anfang April Jahresziele für das Folgejahr. Diese werden mit dem Vorstand abgesprochen und, soweit die Zuständigkeit für die Umsetzung beim Vorstand liegt, in dessen Jahresziele integriert. Ziel wäre es, die Strategie fortlaufend anzupassen, auszubauen und auch über das Jahr 2030 weiterzuführen.

Zur Verständlichkeit des Dokuments:

Über- und Einzelziele sind **fett** formatiert, während entsprechende Unterziele nachfolgend in regulärer Schrift stehen. Sie sind in der Spalte *(Unter-)Ziel* zu finden. Sollte sich aus der Formulierung eines Ziels selbst nicht ergeben, wer für die Erarbeitung und/oder Umsetzung die Verantwortung trägt, so ist dies unter *Mittel/Verantwortlichkeit* festgeschrieben. Ebenso finden sich dort mögliche Mittel zur Erreichung eines Ziels, diese sind nicht als abschliessend zu verstehen. In der Spalte *Zeitraum* ist angegeben, bis wann ein Ziel erreicht sein sollte, respektive dessen Umsetzung erfolgen soll. Zuletzt steht unter *Messbarkeitskriterium* mögliche Erzeugnisse, Kommunikationswege, etc. die mit der Umsetzung eines Ziels entstehen/genutzt werden und als objektivierbare Kriterien den aktuellen Stand eines Ziels aufzeigen sollen.

Inhalt

1. Allgemeine Ziele	3
2. Flexibilisierung des Studiums.....	6
2.1. Podcasts.....	6
2.2. Leistungskontrollen.....	8
2.3. Studienzeitverlängerung & Härtefallgesuche.....	9
2.4. Absenzenregelung.....	11
2.5. Campus Credits.....	14
3. Studienkosten.....	16
3.1. Studiengebühren	17
3.2. Versteckte Zusatzkosten	19
4. Stipendien	23
4.1. Mehr Anspruch	23
4.2. Mehr echte Unterstützung	27
4.3. Weniger Verschuldung	29

1. Allgemeine Ziele

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Die hochschulpolitische Strategie wird laufend ergänzt und den aktuellen Begebenheiten angepasst und es findet eine regelmässige Berichterstattung über sie statt.	Die HoPoKo passt die hochschulpolitische Strategie der aktuellen hochschulpolitischen Landschaft an. Die HoPoKo kommuniziert regelmässig über den Stand der Strategie an den Studierendenrat.	Fortlaufend	Die updatete Strategie wird dem Studierendenrat jeweils in der April Sitzung vorgestellt, ebenso eine Ausführung über den Stand der einzelnen Ziele. Dazwischen erfolgt eine Berichterstattung an den Rat punktuell bei der Umsetzung von Projekten oder grossen Änderungen an der Strategie.
Die SUB pflegt ein aktives Monitoring der hochschulpolitischen Landschaft.	Der VS betreibt ein wöchentliches Monitoring der hochschulpolitischen Landschaft.	Fortlaufend	Excel-Liste mit den bedeutsamen Ereignissen wird geführt. An den HoPoKo Sitzung findet jeweils eine kurze Berichterstattung statt
Der Vorstand pflegt eine aktive und konstruktive Zusammenarbeit mit der*dem	Pro Semester ein BKD-Treffen (VS)	Fortlaufend	Verbalnote an die HoPoKo nach den BKD-Treffen
	Regelmässigen Kontakt etablieren (VS)	Fortlaufend	

Vorsteher*in der BKD (Bildungs- und Kulturdirektion).	Die BKD für gut recherchierte und begründete Anliegen auch ausserhalb der BKD-Treffen kontaktieren (VS)	Fortlaufend	Anliegen in Absprache mit der HoPoKo definieren und dokumentieren
Die SUB ist im Parlament des Kantons Bern fest vernetzt.			
Der Vorstand pflegt einen engen Austausch mit zwei bis fünf Politiker*innen aus dem Grossen Rat, bevorzugt aus der Bildungskommission.	- Kontaktierung von ehemaligen SUB-Mitgliedern (VS) - Netzwerke von SR-Fraktionen und VS (VS) - Networking-Events (VS) - Excel-/Kontaktliste (VS) - Regelmässiger Kontakt / bilaterale Gespräche (VS)	Mai 2027 - fortlaufend	Berichterstattung an die HoPoKo
Die SUB kann in Zusammenarbeit mit Politiker*innen konkrete Anliegen in den Grossen Rat einbringen.	- Partner*innen-Lobbying (VS) - Entwürfe für Vorstösse (VS und HoPoKo) - Hintergrundgespräche (VS)	2027–2028	Einreichung von Vorstössen, welche durch die SUB initiiert wurden
Die SUB verfügt über ein stabiles politisches Netzwerk über mehrere (Jung-)Parteien hinweg.	Kontakte zu Politiker*innen fortlaufend pflegen, auch bei Wechseln im Grossen Rat durch Rücktritte/Wahlen (VS)	2028–2029	
Der Vorstand bindet die Öffentlichkeit und Partner*innen strategisch ein.	Zusammenarbeit mit VSS, Sozialbereich, Hochschulakteur*innen und weiteren Partnerinnen; Medienarbeit bei Bedarf	Fortlaufend	

Der Vorstand etabliert intern Prozesse für proaktive Öffentlichkeitsarbeit.	- Medienarbeit (VS) - Kampagnen (VS) - Offene Briefe (VS)	2027–2028	Proaktive Öffentlichkeitsarbeit findet statt
---	---	-----------	--

2. Flexibilisierung des Studiums

Die SUB setzt sich für ein flexibleres Studium ein, weil das die Vereinbarkeit des Studiums mit weiteren Verpflichtungen wie Lohnarbeit, Care-Arbeit oder freiwilligen Engagements verbessert. Zudem können Studierende entlastet werden, die beispielsweise wegen psychischen und/oder chronischen Krankheiten, Behinderungen oder Neurodivergenzen auf mehr Flexibilität angewiesen sind. Eine Flexibilisierung des Studiums erhöht deshalb die Zugänglichkeit des Studiums, fördert die Chancengleichheit und ermöglicht den Studierenden, das Studium besser an ihre individuellen Bedürfnisse und ihr Lerntempo anzupassen.

Zu vielen der in diesem Kapitel angeschnittenen Themen (z.B. Leistungskontrollen) hat die SUB weitergehende Positionen, der Fokus liegt in dieser Strategie jeweils auf den Zielen und Forderungen mit Bezug zur Flexibilisierung des Studiums.

2.1. Podcasts

Podcast bezeichnen Aufzeichnungen von Lehrveranstaltungen, die (im Gegensatz zu Livestreams) im Nachhinein bereitgestellt werden. Sie stehen mindestens bis zur Leistungskontrolle der jeweiligen Veranstaltung auf ILIAS oder Switchcast zur Verfügung. Die Präsenzlehre wird dadurch nicht ersetzt, sondern entlastet: Frontale Wissensvermittlung wird flexibel zugänglich und die didaktische Vertiefung verlagert sich konsequent in interaktive Formate (Übungen, Seminare, etc.).

Die Position der SUB zu Podcasts ist im [Positionspapier «Gute Lehre»](#) festgehalten.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Für alle Vorlesungen sind Podcasts verfügbar.		2030	Podcasts in allen Vorlesungen mit über 100 Studierenden bis 2028 Podcast in allen Vorlesungen mit über 50 Studierenden

			(= Schwelle gemäss Positionspapier) bis 2029
Die HoPoKo kennt die aktuelle Situation und den Handlungsbedarf beim Thema Podcasts.	Umfrage der AG Flexibilisierung auswerten (HoPoKo)	HS26	Auswertung liegt vor
	Regelungen und Leitlinien auf den verschiedenen Ebenen zusammenstellen (HoPoKo mit Fachschaften)	HS26	Übersicht liegt vor
	Regelungen und Situation mit anderen Universitäten vergleichen (HoPoKo)	HS26	Übersicht liegt vor
Die SUB lobbyiert bei der Universität für mehr Podcasts und informiert öffentlich und insb. die Studierenden über das Thema.	Kurzes Argumentarium (ca. eine Seite) mit Positionen und Begründungen zusammenstellen (HoPoKo)	FS27	Argumentarium liegt vor
	Gespräche mit der Universitätsleitung führen (VS)	FS27	Verbalnoten an die HoPoKo
	Mit den Fachschaften und Studiengangsleitungen zusammenarbeiten (VS)	Fortlaufend	
	Studierende informieren, Thema präsentieren (VS)	Fortlaufend	
In allen Vorlesungssälen ist die nötige Infrastruktur für Podcastaufnahmen vorhanden und funktionsfähig.	Lage in Gesprächen mit der Unileitung abklären und verbindliche Zusicherungen verlangen (VS)	2029	

2.2. Leistungskontrollen

Die Daten der Leistungskontrollen (LK) werden teilweise erst spät im Semester angekündigt und die Abmeldefristen enden mehrere Wochen bis Monate vor den LKs. Bei den Studierenden führt das zu Planungsunsicherheit und Stress.

Die Position der SUB zu Leistungskontrollen ist im [Positionspapier «Gute Lehre»](#) festgehalten.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Leistungskontrollen werden frühzeitig angekündigt und können von den Studierenden flexibler wahrgenommen werden.			
Der Vorstand erarbeitet in Zusammenarbeit mit der HoPoKo eine fächerübergreifende Informationssammlung zu LKs, Fristen, Terminen, Flexibilitäten und schon bestehenden Schwerpunkten.	- Kontakt mit Fachschaften, und Dekanaten aufnehmen - Argumentarien zu Studienplans- und RSL-Änderungen erarbeiten	2027	Informationssammlung liegt vor
Es finden keine LKs mehr an Wochenenden statt oder es werden zugängliche Alternativlösungen angeboten.	- Einzelfallbehandlung von Dozierenden durch den VS - 'Best Practice'-Papers an Fakultäten	2028	Reglementarische Festlegung
Die Daten der LKs werden, wo möglich, spätestens in der zweiten	- Einzelfallbehandlung von Dozierenden durch den VS	2029	Reglementarische Festlegung

Woche des Semesters veröffentlicht.	- 'Best Practice'-Papers an Fakultäten		
Unbegründete Abmeldungen von LKs sind bis mindestens zwei Wochen vor dem Termin möglich.	- Einzelfallbehandlung von Dozierenden durch den VS - 'Best Practice'-Papers an Fakultäten	2029	Reglementarische Festlegung
Bei unmittelbarem Ausschluss aus dem Studium nach zwei ungenügenden Noten ist ein dritter Prüfungsversuch möglich.	- Kontakt mit Dekanaten und Instituten durch den VS	2030	Reglementarische Festlegung

2.3. Studienzeitverlängerung & Härtefallgesuche

Lohn -, Freiwilligen – und/oder (unbezahlte) Care-Arbeit neben dem Studium, (chronische) Krankheiten, Behinderungen und Neurodivergenzen können alle dazu führen, dass ein Studium nicht in Regelstudienzeit absolviert werden kann. Ein möglichst einfacher Prozess zur Studienzeitverlängerung und bei Härtefallgesuchen entlastet die Studierenden.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Der Prozess der Studienzeitverlängerung, sowie für ein Härtefallgesuch ist für die			

Studierenden mit möglichst wenig Hürden verbunden.			
Der Vorstand etabliert ein jährliches Monitoring der Studienzeitverlängerungs- und Härtefallgesuche und erfasst dabei insbesondere die Ablehnungsgründe.	Gespräche mit der Unileitung führen und Kontakt zu Dekanaten und Fakultäten aufnehmen, dabei Datenschutz beachten (VS)	Bis 2027	Monitoring wird durchgeführt
Der Vorstand klärt ab, inwiefern eine grundsätzliche Verlängerung der maximalen Studienzeit (ohne Gesuch) möglich und erstrebenswert wäre.	Mit Unileitung austauschen (VS) <i>Beachten, dass Verlängerung der Regelstudienzeit auch Nachteile für Studierende bewirken könnte (wenn Veranstaltungen nicht häufig genug stattfinden)</i>	Bis 2027	Informationssammlung liegt vor
Der Vorstand verschafft sich einen Überblick über die zentralen Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten im Prozess der Studienzeitverlängerungen und bei den Härtefallgesuchen in den verschiedenen Fakultäten.	Fragen dazu in die SUB-Umfrage aufnehmen (VS)	2029	Fragen sind in der SUB-Umfrage
	Fokusgruppengespräche führen (VS, HoPoKo)	2029	Dokumentation liegt vor
	Gespräche mit Fachschaften führen (VS, HoPoKo)	2029	
	Dokument mit allen Erkenntnissen ausarbeiten (VS, HoPoKo)	2029	Dokument liegt vor
	Seite mit Links und Tipps auf der SUB-Webseite zur Verfügung stellen (VS)	2027	Webseite liegt vor und wird laufend aktualisiert

Die SUB bietet Hilfestellungen zu Studienzeitverlängerungen und Härtefallgesuchen an.	Ansprechperson für Fragen zur Thematik innerhalb der SUB festlegen, Übersichtsdokument erstellen (VS)	2027	Verantwortlichkeit festgelegt und kommuniziert
Die SUB setzt sich im Austausch mit der Universität dafür ein, dass Hürden bei Studienzeitverlängerungen und Härtefallgesuchen abgebaut und weitere Schwierigkeiten behoben werden.	Gespräche mit Dekan*innen, UL und weiteren im Prozess involvierten Personen führen und mögliche Lösungsansätze besprechen (VS)	2029	Protokolle der geführten Gespräche liegen vor, Positionen werden festgehalten

2.4. Absenzenregelung

Eine Ausweitung und Vereinheitlichung der Absenzenregelungen bei Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht sorgt dafür, dass diese den vielfältigen ausseruniversitären Lebensrealitäten der Studierenden gerecht werden. Eine bessere Vereinbarkeit von Studium mit anderen Verpflichtungen wie Lohn –, Freiwilligen – und (unbezahlte) Care-Arbeit wird so gefördert.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Für Absenzen gelten überall folgende Entschuldigungsgründe: • Krankheit • Schwangerschaft • Unfall • Militär			

• Zivildienst • Tod naher Angehöriger • Akute Pflegebedürftigkeit & Betreuungsbedürftigkeit von Kindern und weiteren Angehörigen Ebenso sollte in jedem Studiengang die Möglichkeit bestehen, für freiwilliges Engagement im universitären Kontext für ausgewählte Formate entschuldigt zu werden.			
Die SUB veröffentlicht ein Positionspapier zu Vereinbarkeit.	- Positionspapier fertigstellen (VS, HoPoKo) - Positionspapier im SR einbringen - Inhalte des Positionspapier nach aussen kommunizieren (VS)	2027	Positionspapier ist veröffentlicht
Die SUB erstellt eine Übersicht mit der aktuellen Lage der Absenzenregelungen und den dafür verantwortlichen Personen oder Instanzen für alle Studiengänge.	- Gespräche mit Delegierten der Fachschaften, Personen aus Studiendekanaten führen (VS, HoPoKo) - Informationen zusammentragen und übersichtlich festhalten (VS, HoPoKo)	2028	Übersicht liegt vor

Die SUB tauscht sich regelmässig mit den Fachschaften zum Thema Absenzen aus.	- Delegierte aus allen Fachschaften werden zum regelmässigen Austausch eingeladen (VS, HoPoKo)	Ab 2027	Protokolle dieses Austausches liegen vor
Der Vorstand tauscht sich regelmässig mit der Abteilung für Chancengleichheit (AfC) zum Thema Absenzen aus.	- Positionen der AfC abklären - Wenn möglich Unterstützung durch die AfC erhalten - Mögliche Wege zu einer Vereinheitlichung/Ausweitung der Absenzenregeln abklären	Ab 2028	Verbalnoten der Gespräche liegen vor
Die SUB setzt sich gegenüber der Universitätsleitung für die Ausarbeitung von Richtlinien und Empfehlungen zum Thema Absenzen ein.	- Vorschlag für Richtlinien ausarbeiten (VS, HoPoKo) - Argumentarium ausarbeiten (VS, HoPoKo) - Bei der UL lobbyieren und dabei wenn möglich mit der AfC zusammenarbeiten (VS)	Ab 2028	Argumentarium liegt vor
Die SUB sucht über die Fachschaften gezielt den Austausch mit den Dekan*innen und Lehrverantwortlichen.	- Gemeinsam mit dem Delegierten der FS und gestützt auf bestehende Argumentarien eine Lobbyingstrategie ausarbeiten (VS, HoPoKo)	Ab 2028	Lobbyingstrategie liegt vor

	- Delegierte der FS bei ihrer Lobbyingarbeit unterstützen und begleiten (VS)		
--	--	--	--

2.5. Campus Credits

Die Vereinbarkeit von Studium und ehrenamtlichen Engagements, beispielsweise in Fachschaften, Gruppierungen oder universitären Kommissionen wird mit Campus Credits gefördert und bestärkt die Wichtigkeit von studentischer Beteiligung an der universitären Selbstverwaltung.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Für ehrenamtliches Engagement von mindestens 30 Stunden pro Semester kann von den Fakultäten ein ECTS-Punkt vergeben und die Leistung als freiwillige Leistung im Diplom ausgewiesen werden.			
Die SUB erarbeitet ein Argumentarium zum Thema Campuscredits.	- Argumentarium erarbeiten (VS)	FS27	- Argumentarium liegt vor - Katalog liegt vor

	- Katalog mit den anerkennungsfähigen Formen des studentischen Engagements erstellen		
Der Vorstand erarbeitet ein Pilotprojekt zur Einführung der Campuscredits und startet dieses an einer Fakultät.		HS27	Projektplan liegt vor
Der Vorstand arbeitet beim Thema Campuscredits mit der Mittelbauvereinigung (MVUB) zusammen.	Synergien mit der MVUB nutzen und gemeinsame Ziele voranbringen (VS)	Fortlaufend	
Der Vorstand macht Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Campuscredits.	Social-Media-Kampagne mit Fokus auf Erklärung des Konzepts Campuscredits und der geplanten Umsetzung an der Universität Bern (VS)	Fortlaufend	

3. Studienkosten

Viele Studierende leben in finanziell schwierigen Situationen. Ihr monatliches Medianeinkommen lag 2024 bei nur 2282 Franken¹ und damit unter der Armutsgrenze in der Schweiz². Etwa jede*r sechste Studierende hat grosse bis sehr grosse finanzielle Schwierigkeiten. Dieser Anteil ist bei Studierenden mit Migrationshintergrund nochmal deutlich höher und hängt auch stark von der finanziellen Situation der Eltern ab.

Um sich das Studium finanzieren zu können gehen 72% der Studierenden neben dem Studium einer Lohnarbeit nach, die Pensen haben dabei in den letzten Jahren tendenziell zugenommen. Das führt zu weniger Zeit für das Studium, einer längeren Studiedauer, Stress und Doppelbelastung. Auch zeigt sich, dass finanzielle Schwierigkeiten die psychische Gesundheit der Studierenden negativ beeinflusst.³

Die SUB befasst sich deshalb grundsätzlich mit der finanziellen Situation der Studierenden, einerseits um Studierenden in finanziellen Schwierigkeiten zu entlasten, andererseits um die Chancengleichheit zu verbessern. Der Zugang zum Studium darf nicht von reichen Eltern abhängen.

In dieser Strategie fokussieren wir auf Studiengebühren und versteckte Zusatzkosten, weil das Kosten sind, die direkt durch das Studium verursacht werden. Andere Themen wie Miete, Mobilität, Vereinbarkeit etc. werden von der SUB in anderen Gefässen bearbeitet.

¹ Bundesamt für Statistik (BFS), 2025. Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen. Hauptbericht der Erhebung 2024 zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden.

² Bundesamt für Statistik (BFS), 2025. Armut. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/armut-deprivation/armut.html>

³ Bundesamt für Statistik (BFS), 2025. Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen.

3.1. Studiengebühren

Die Studiengebühren machen für Studierenden in der Schweiz im Schnitt 8% der monatlichen Ausgaben aus⁴, schon das ist viel und jede Erhöhung belastet die Studierenden stark. Die SUB fordert grundsätzlich die Abschaffung der Studiengebühren. Entsprechend setzt sie sich gegen weitere Erhöhungen bzw. für Senkungen der Studiengebühren ein.

Die Position der SUB zu Studiengebühren ist im [Positionspapier «Studiengebühren»](#) festgehalten.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Die SUB verhindert (oder vermindert) eine Erhöhung der Studiengebühren im Rahmen der Umsetzung des EP 27 im Kanton Bern.			
Der Vorstand vernetzt sich schweizweit mit anderen Universitäten.	In Taskforce Studiengebühren des VSS einbringen (VS)	Bis Ende 2026	Updates aus der Taskforce an die HoPoKo
Der Vorstand führt ein Monitoring zur Erhöhung der Studiengebühren durch.	Parlamentarische Prozesse und mediale Debatten verfolgen und sinnvoll dokumentieren (VS)	Fortlaufend	Einmal pro Woche macht Ressort Äusseres (VS) Monitoring

⁴ Bundesamt für Statistik (BFS), 2025. Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen.

Die SUB lobbyiert im Grossen Rat gegen bzw. für eine verringerte Erhöhung der Studiengebühren.	- Kontakt zu Grossrät*innen aufnehmen und Netzwerk aufbauen/wiederherstellen (VS und HoPoKo) - Einreichen von Interpellationen mit Grossrät*innen (VS) - Kontakt zu Reto Müller (Bildungs- und Kulturdirektor) aufnehmen (VS) - Lobbyingstrategie mit der Universität abgleichen und koordinieren (VS)	HS26	Berichterstattung an die HoPoKo
Die SUB macht Öffentlichkeitsarbeit und eine Kampagne gegen die Erhöhung der Studiengebühren im Kanton Bern.	- Kampagne machen (AG Studienkosten HoPoKo) - Universität dazu bringen, unsere Kampagne zu unterstützen und uns Plattformen zur Verfügung zu stellen (VS)	HS26	Kampagne im HS26 findet statt
Die SUB mobilisiert die Studierenden zu einer Kundgebung während der Beratung im Grossen Rat.	Kundgebung zur Parlamentsdebatte im Grossen Rat im Winter 2026 organisieren und dafür mobilisieren (HoPoKo und VS)	Winter 2026	Kampagne und Kundgebung finden statt
Die SUB setzt sich langfristig gegen Erhöhungen der Studiengebühren und für deren	<i>Hier generell nach EP 27 weiterdenken, aktuell ist es noch schwierig, konkrete Schritte festzulegen.</i>	Ab 2027	

Senkungen bzw. Abschaffung ein.			
Die SUB führt das Lobbying im Grossen Rat kontinuierlich fort.			
Die HoPoKo überarbeitet das Positionspapier Studiengebühren.			
Die SUB setzt sich dafür ein, dass die Belastung durch Studiengebühren an der Universität besser abgedeckt wird.			
Die SUB informiert sich über Möglichkeiten zum Erlassen oder Übernehmen der Studiengebühren durch die Universität.	- rechtliche Situation etc. abklären (HoPoKo)	Bis Sommer 2027	
Die SoFoKo führt ein Monitoring der Sozialfonds-Ausgaben durch und erhöht ggf. die Maximalbeiträge oder passt die Reglemente anderwertig an.		Bis Sommer 2027	

3.2. Versteckte Zusatzkosten

Versteckte Zusatzkosten sind direkt durch das Studium verursachte Kosten, ausgenommen der Studiengebühren. Das können etwa Prüfungsgebühren, Kosten für Exkursionen oder Übungen (auch Reisekosten), Ausgaben für Lehrmittel, Bücher und Skripte oder sonstiges spezielles Material sein. Auch unbezahlte Praktika werden hier eingeschlossen. Viele



dieser Kosten kommen für die Studierenden unerwartet und belasten sie in einer oft schon angespannten finanziellen Lage. Die SUB setzt sich grundsätzlich für die Abschaffung aller versteckten Zusatzkosten ein. Mittelfristig sollen Zusatzkosten transparent kommuniziert und bei Bedarf erlassen werden.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Zusatzkosten und Hilfsmöglichkeiten werden transparent kommuniziert.			
Zusatzkosten werden im KSL bei den jeweiligen Veranstaltungen einheitlich deklariert.	- Austausch mit der Abteilung VSL (Verwaltungssysteme Lehre) und weiteren Instanzen suchen (VS)	Bis FS27	Deklaration im KSL wird eingeführt
Möglichkeiten für Reduktion oder Erlass von Kosten werden transparent kommuniziert.	- Austausch mit Fachschaften und/oder Studiengangsleitungen (VS) - Übersicht auf der SUB-Webseite (MA)	HS27	Übersicht auf SUB-Webseite besteht
Die SUB kennt die Belastung durch Zusatzkosten in den verschiedenen Studiengängen und ihre Handlungsmöglichkeiten.			

Die HoPoKo identifiziert die Belastung durch Zusatzkosten in den verschiedenen Studiengängen.	- Belastung und Handlungsbedarf in den verschiedenen Studiengängen ermitteln (Mechthild) - Handlungsspielraum der SUB ermitteln (HoPoKo)	HS26	Umfrage ist fertig ausgewertet
Der Vorstand findet die Begründung für Zusatzkosten von der Universität heraus.	- Begründung der Universität für Prüfungsgebühren herausfinden (VS) - abklären, ob Sprachkurse, soweit sie Pflichtmodule in einem Studiengang sind, immer gratis sind (VS) - rechtliche Situation bezüglich günstigeren/kostenlosen Lehrmitteln abklären (auch direkte Weitergabe von Lehrmitteln durch Dozierende und höhere Hörer*innenscheine) (VS)	FS27	Dokumentation und Berichterstattung an die HoPoKo
Die SUB sensibilisiert für das Thema versteckte Zusatzkosten.			
Die SUB spricht die Problematik im Kontakt mit der Universität an.	In jedem Gespräch mit der Universität beenden wir unsere Voten mit dem Satz: «Im Übrigen sind wir der Meinung, dass versteckte Zusatzkosten ein Problem darstellen.» (alle)	Immer	

Die SUB setzt sich in Zusammenarbeit mit Fachschaften für die Senkung/Abschaffung oder bessere Möglichkeiten für Übernahme von konkreten Kosten ein.	Gemeinsam mit den Fachschaften konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeiten und diese umsetzen (HoPoKo)	FS27	Zusammenarbeit mit den Fachschaften findet statt
---	---	------	--

4. Stipendien

Bei den Stipendien stellt die SUB insbesondere drei Hauptforderungen:

1. Mehr Anspruch
2. Mehr echte Unterstützung
3. Weniger Verschuldung

Zu diesen Unterthemen verfolgt die SUB bis 2030 diverse Ziele und Unterziele in der bernischen Stipendienpolitik. Parallel dazu setzt sich die SUB im VSS für eine nationale Vereinheitlichung und Überarbeitung des Stipendienwesens ein. Dabei soll sich diese Strategie vorerst bewusst auf den Kanton Bern fokussieren. Langfristig ist eine Überarbeitung des Stipendienwesens in der gesamten Schweiz notwendig. Dies liegt jedoch in der Zuständigkeit des VSS, in dem sich die SUB weiterhin dafür einsetzen soll, dass dies priorisiert wird.

4.1. Mehr Anspruch

Der Zugang zu Stipendien im Kanton Bern ist nach wie vor von restriktiven Kriterien geprägt, die Studierende unabhängig davon, ob tatsächlich Bedarf besteht, faktisch von finanzieller Unterstützung ausschliessen. Hinzu kommen massive Hürden im Bewerbungsprozess. Mit der Forderung “Mehr Anspruch” verfolgt die SUB daher das Ziel, die Zugangskriterien auszuweiten, den Bewerbungsprozess niederschwelliger zu gestalten und das Wissen der Studierenden über ihre Unterstützungsmöglichkeiten zu verbessern.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Die Zugangskriterien werden ausgeweitet.			Bis 2030 liegen für alle genannten Unterziele schriftliche Ergebnisse vor und sind gegenüber dem Kanton

			offiziell eingebracht und umgesetzt worden.
Der Vorstand prüft, inwiefern Studierende, welche eine Erstausbildung abgeschlossen haben davon betroffen sind, dass ihre Erziehungsberechtigten nicht mehr beitragspflichtig sind, diese jedoch bei der Entscheidung über den Anspruch von Stipendien berücksichtigt werden. Falls Änderungsbedarf vorhanden ist, setzt er sich dafür ein, dass dieser Widerspruch aufgehoben wird.	- Recherche (VS) - Umfrage (VS/MA) - Lobbying (VS)	Mai 2027	Bis Mai 2027 liegt ein Bericht vor, der die betroffene Gruppe quantifiziert und mindestens eine konkrete Forderung zur Anpassung der Beitragspflicht enthält.
Bis 2028 prüft der Vorstand, welche weiteren atypischen Bildungswege und Zugangskriterien in Bern ungenügend erfasst sind.	- Austausch mit Betroffenen (VS) - Umfrage (VS) - Dokumente des Kantons / BKD (VS) - Vergleich andere Kantone (VS)	2027-2028	Bis Ende 2028 liegt eine systematische Übersicht über mindestens drei identifizierte atypische Bildungswege/Zugangshürden vor, inklusive Vergleich mit mindestens drei anderen Kantonen und Dokumentation von mindestens zwei Austauschformaten mit Betroffenen.

Bis 2029 erarbeitet der Vorstand mit Unterstützung der HoPoKo ein Reformpaket, das mehrere Zugangshürden systematisch adressiert und dem Kanton so vorgelegt werden kann.	- Bündelung der Forderungen (siehe Ziel vorher) (VS & HoPoKo) - Parl. Vorstoss mit Partner*innen (VS & HoPoKo)	2028-2029	Bis Ende 2029 liegt ein schriftliches Reformpaket mit mindestens fünf konkreten Massnahmen vor, das nachweislich dem Kanton übermittelt wurde.
Die Forderungen des Reformpakets sind vom Vorstand in den Grossen Rat eingebracht worden.	- Lobbying (VS) - Medienarbeit (VS) - Demoaktionen (VS & HoPoKo)	Ab 2029	Innerhalb von drei Jahren ab 2029 wurden mindestens zwei der vorgeschlagenen Reformmassnahmen im Grossen Rat behandelt.
Der Bewerbungsprozess ist niederschwelliger gestaltet.			Bis 2030 sind mindestens drei identifizierte Hürden reduziert oder beseitigt, was sich in angepassten offiziellen Vorgaben widerspiegelt.
Alle für die Bewerbung erforderlichen Dokumente sind in einfacher Sprache, sowie mehrsprachig erhältlich.	- Lobbying BKD-Treffen (VS) - Lobbying Partner*innen (VS) - Aktives Einbringen eines Geschäfts (VS)	FS27	Bis zum Beginn des HS27 liegen mindestens 95% der Pflichtdokumente in einfacher Sprache und mehreren weiteren Sprachen vor. Sind für sämtliche notwendigen Dokumente auf der Webseite des Kantons Bern verfügbar.

Der Vorstand erstellt eine Analyse, wo Problematiken zum Zugang des Bewerbungsprozesses liegen.	- Recherche (VS) - Umfrage (VS)	Mai 2027	Bis Mai 2027 liegt ein Analysebericht vor, der mindestens fünf konkrete Problemfelder des Bewerbungsprozesses benennt.
Der Vorstand erstellt mit Unterstützung der HoPoKo einen Katalog mit Verfahrensverbesserungen.	- Basierend auf der vorhergehenden Recherche. (VS & HoPoKo)	Dezember 2027	Bis Dezember 2027 liegt ein Massnahmenkatalog mit mindestens fünf konkreten Verfahrensverbesserungen vor.
Der Vorstand verfolgt mindestens zwei Vereinfachungen politisch mit Nachdruck.	- Lobbying (VS) - Schriftliche Eingaben (VS) - Zusammenarbeit mit Partner*innen (VS)	Ende 2028	Bis Ende 2028 wurden mindestens zwei konkrete Vereinfachungen durch je mindestens einen schriftlichen Vorstoss eingebracht und im Parlament oder bei der BKD behandelt.
Anspruchsberechtigte Studierende kennen ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten.			Die SUB informiert auf diversen Kanälen (z.B. Instagram, Webseite, Campusmail, Pinnwand SUB-Hüsli, bsz) über Stipendien.
Der Vorstand analysiert, welche Informationslücken derzeit bestehen.	- Recherche (VS) - Umfrage (VS)	Ende 2026	Bis Ende 2026 liegt eine Analyse vor, die mindestens fünf zentrale Informationslücken identifiziert.

Der Vorstand baut die Informationsformate bezüglich Stipendien aus.	- Publikationen auf diversen Kanälen (VS)	FS27	Bis Ende FS27 wurden mindestens zwei neue Informationsformate eingeführt, welche mindestens einmal durchgeführt wurden.
Der Vorstand informiert regelmässig auf diversen Kanälen über die Stipendien.	- Webseite (VS) - Social Media (VS) - CampusMail (VS) - Vorlesungen (VS) - TdS / Infotage (VS)	Ab HS27	Ab HS27 erfolgen pro Semester mindestens ein Beitrag auf Social Media, im Campusmail und eine aktualisierte Informationsseite auf der Webseite.

4.2. Mehr echte Unterstützung

Damit Stipendien ihre Funktion als wirksames Instrument der Chancengleichheit erfüllen können, müssen sie nicht nur zugänglich, sondern auch wirksam und verlässlich sein. Aktuell wird die Höhe der Beiträge im Kanton Bern nicht regelmässig an die Teuerung und die realen Lebenshaltungskosten angepasst, wodurch Stipendien real an Kaufkraft verlieren. Gleichzeitig Sorgen lange und undurchsichtige Bearbeitungsfristen dafür, dass Studierende ihre Finanzen nicht verlässlich planen können. Mit der Forderung «Mehr echte Unterstützung» setzt sich die SUB deshalb dafür ein, dass die Beiträge rechtzeitig und planbar ausbezahlt werden und die Lebenshaltungskosten auch wirklich decken.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Die Stipendien werden regelmässig an die Teuerung und			Innerhalb von drei Jahren wird mindestens einmal eine

realen Lebenshaltungskosten angepasst, damit die Beiträge nicht weiter an Kaufkraft verlieren.			Anpassung der Beiträge vorgenommen, die mindestens der kumulierten Teuerung seit der letzten Anpassung entspricht.
Die BKD passt die Normwertetabelle an die Teuerung an.	Lobbying bei der BKD (BKD-Treffen) (VS)	Mai 2027	Bis Ende 2027 liegt eine aktualisierte Normwertetabelle vor, in der die Beiträge im Durchschnitt mindestens der Teuerungsrate seit der letzten Anpassung entsprechen.
Anschlussforderung (siehe System danach)	Erarbeitung einer konkreten Forderung, welche langfristig Veränderungen bringt. (VS & HoPoKo)	Mai 2028	Bis Mai 2028 liegt eine schriftliche Systemforderung vor, die ein automatisches Anpassungsmodell beschreibt und mindestens einmal mit BKD/Kanton besprochen wurde.
Es wird ein System implementiert, nach dem sich die Beiträge automatisch der Teuerung anpassen.	- Einbringung der Forderung ins Parlament Umsetzung (VS) - Partner*innenlobbying bei „unseren“ Politiker*innen (VS) - Geschäft durch Partner*in in Grossen Rat bringen (VS)	Mai 2029	Bis 2030 ist ein System beschlossen, dass die Beiträge regelmässig anhand des Teuerungsindex automatisch anpasst.

	- Lobbying im Grossen Rat (VS) - Öffentlichkeitskampagne (VS)		
Die Auszahlungen erfolgen rechtzeitig und planbar.			90% der Gesuche werden innerhalb einer definierten Frist entschieden und ausbezahlt.
Der Vorstand sammelt Daten zur Dauer von Verfahren und Auszahlung.	- Recherche (VS) - Umfrage (VS)	Ende 2026	Bis Ende 2026 liegt ein Datenset und Bericht vor, der durchschnittliche Bearbeitungs- und Auszahlungszeiten dokumentiert.
Der Vorstand analysiert die Ursachen für Verzögerungen und erarbeitet in Zusammenarbeit mit der HoPoKo Verbesserungsvorschläge.	- Basierend gesammelten Daten und vgl. andere Kantone (VS & HoPoKo)	FS27	Bis im August 2027 liegt ein Bericht mit mindestens fünf identifizierten Ursachen von Verzögerungen und mindestens fünf konkreten Verbesserungsvorschlägen vor.
Der Vorstand bringt die konkreten Verbesserungsvorschläge in den entsprechenden Gremien ein.	- Netzwerk (VS) - Lobbying (VS)	FS28	Bis Ende 2028 wurden die Verbesserungsvorschläge mindestens in einem offiziellen Gremium eingebracht.

4.3. Weniger Verschuldung

Ein wesentlicher Teil der bernischen Studienfinanzierung wird nicht als Stipendium, sondern als rückzahlbares Darlehen ausgerichtet, wodurch Studierende ihr Studium mit Schulden abschliessen. Dies erhöht den finanziellen Druck während und nach dem Studium und kann sich abschreckend auswirken. Verschärft wird die Situation durch einen zu



tiefen Freibetrag für Erwerbseinkommen- Wer neben dem Studium arbeitet, um die eigene Verschuldung zu begrenzen, wird bei der Stipendienberechnung dafür faktisch bestraft. Mit der Forderung »weniger Verschuldung« will die SUB deshalb den Anteil rückzahlbarer Darlehen zugunsten echter Stipendien senken und den Freibetrag für Erwerbstätigkeit anpassen.

(Unter-)Ziel	Mittel / Verantwortlichkeit	Zeitraum	Messbarkeitskriterium
Der Darlehensanteil wird gesenkt und es werden vorwiegend Stipendien vergeben.			Innerhalb von 5 Jahren sinkt der Darlehensanteil des Kantons Bern um mindestens 20% und der Anteil reiner Stipendien steigt entsprechend.
Die HoPoKo in Zusammenarbeit mit dem Vorstand erarbeitet ein Positionspapier zum Stipendienwesen	Positionspapier erarbeiten Positionspapier Stipendien VSS als Grundlage (HoPoKo & VS)	Mai 2027 – Mai 2028	Bis Mai 2028 wird ein Positionspapier zur Reduktion der Darlehen(-sanateile) im SR verabschiedet.
Der Vorstand bringt konkrete Reformforderungen basierend auf dem Positionspapier politisch ein.	- Lobbying (VS) - Monitoring (VS) - Medienarbeit (VS)	Mai 2028 – Mai 2029	Bis Mai 2029 wurden mindestens zwei konkrete Forderungen aus dem Positionspapier in Form von parlamentarischen Vorstössen oder formellen Eingaben eingebracht und mindestens einmal öffentlich kommuniziert.

Erwerbstätigkeit von Empfänger*innen von Stipendien wird gefördert.			Bis Ende 2028 wurde der Freibetrag mindestens einmal um einen Betrag angepasst, der die durchschnittliche studentische Erwerbstätigkeit realistisch abbildet.
Der Vorstand setzt sich für eine Erhöhung des Freibetrags von Einkommen gegenüber der BKD ein. Sie arbeitet auf eine Anpassung der Normwerttabelle der BKD hin.	- BKD Sitzungen (VS) - Offener Brief an den Regierungsrat (VS) - Lobbying im Regierungsrat (VS) - Medienarbeit (VS)	Mai 2027 – Mai 2028	Bis Ende 2028 wurde der Freibetrag mindestens einmal um einen Betrag angepasst, der die durchschnittliche studentische Erwerbstätigkeit realistisch abbildet.

Titel: Abänderungsantrag zu Verabschiedung Hochschulpolitische Strategie SUB

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2012-1

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag (zu 26.2012)

Autor*in:

☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Mechthild Mus, Anja Jost, Linda Estermann

Antrag:

Die Hochschulpolitische Strategie wird im Abschnitt 4.1. "Mehr Anspruch" auf Seite 27 oben in der zweiten Spalte folgendermassen ergänzt:

- Publikationen auf diversen Kanälen, z.B. Campusmail, Instagram, Webseite (VS)
(neu ist "z.B. Campusmail, Instagram, Webseite")

Begründung:

Präzisierung

Beilage(n):

Titel: Provisorische Positionen zu KI

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2013

Eingereicht für die Sitzung vom 17/09/2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☒ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Nicolas Peters (SF)

Antrag:

Der SUB-Vorstand setzt sich nach aussen:

1. für einen restriktiven Einsatz generativer KI ein,
2. für einen kritischen Umgang mit KI in der Lehre und Forschung, insbesondere hinsichtlich der Gefahr des «Deskilling», deren ökologischen Fussabdruck und deren urheber*innenrechtlich bedenkliche Situation, ein,
3. und grundsätzlich gegen die Erschwerung von Prüfungsleistungen aufgrund von KI ein.

Des weiteren stellt der Vorstand sicher, dass:

4. grundsätzlich weder Vorstandintern noch von Mitarbeitenden generative KI verwendet wird.
5. er selbst über Ausnahmen zu deren internen Gebrauch befindet, diese Entscheidungen transparent trifft und daraus Entstandenes entsprechend gekennzeichnet wird.

Begründung:

Die KI-Welle (oder Bubble) macht auch vor der SUB noch der Universität Bern halt. In einem ersten Schritt sind wir daher in der Situation, Stellung nehmen zu müssen. Der Vorstand war bereits im Sommer damit konfrontiert (siehe u. A. VS-Protokoll vom 14. August 2026). Nun sollte die Positionierung der SUB idealerweise nicht dauerhaft von der Exekutive vorgenommen werden, sondern durch die Legislative geschehen. Die wesentlichen Positionen der Motion

stützen sich auf die beigelegten Unterlagen (begründete Abänderungsanträge sind willkommen, besser wir haben eine Position als keine). Auf Dauer erachte ich allerdings, dass die SUB entweder ein eigenes Positionspapier dazu erarbeiten sollte oder in einem oder mehreren bestehenden integriert werden muss.

Beilagen:

Gerlich, M. (2025). AI Tools in Society: Impacts on Cognitive Offloading and the Future of Critical Thinking. *Societies*, 15(1), 6. <https://doi.org/10.3390/soc15010006>

Gröger, J., Behrens, F., Gailhofer, P., & Hilbert, I. (2025). *Umweltauswirkungen künstlicher Intelligenz*. Öko-Institut Consult GmbH. <https://www.greenpeace.de/publikationen/20250514-greenpeace-studie-umweltauswirkungen-ki.pdf>

SUISA. (2024, 11. März). *Künstliche Intelligenz: Die SUISA setzt sich für eine faire Vergütung ihrer Mitglieder ein* [Medienmitteilung]. https://blog.suisa.ch/wp-content/uploads/2024/03/2403_Medienmitteilung_SUISA_Opt-out_KI_DE.pdf

Titel: Abänderungsantrag zu Provisorische Positionen zu KI

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2013-2

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag (zu Provisorische Positionen zu KI)

Autor*in:

☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Cheyenne Friedrich (JMUB), Ruben Garbade (jglp), Fachschaftsvertretung, Jungfreisinnige (JF)

Antrag:

Punkt 1. Wird abgeändert zu

«Für einen verantwortungsbewussten Einsatz generativer KI ein»

Begründung:

Das Wort restriktiv bedeutet einschränkend, beschränkend oder streng. Es beschreibt Maßnahmen, Regeln oder Aussagen, die Spielräume verkleinern oder Rechte begrenzen. Die SUB sollte sich nicht dafür einsetzen Rechte zu begrenzen. Ausserdem scheint diese Wortwahl dem Ziel der Motion nicht gerecht zu werden.

Verantwortungsbewusst bedeutet, dass sich eine Person ihrer Verantwortung bewusst ist und bereit ist, für ihr Handeln sowie dessen Konsequenzen einzustehen.

Die wichtigsten Merkmale:

Folgenabschätzung: Man überlegt im Vorfeld, welche Auswirkungen das eigene Tun oder Unterlassen auf andere hat.

Zuverlässigkeit: Man hält Absprachen ein und übernimmt Aufgaben gewissenhaft.

Einstehen für Fehler: Man trägt die Konsequenzen, wenn etwas schiefgeht, anstatt die Schuld von sich zu weisen.

Dies sind Merkmale für die sich die SUB einsetzen sollte.

Beilage(n):

Titel: Abänderungsantrag Motion

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2013-3

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☒ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☒ Abänderungsantrag

Autor*in:

☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en): Anja Jost, Mechthild Mus, Nicolas Peters

Antrag:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

2. für einen kritischen Umgang mit KI in der Lehre und Forschung, insbesondere hinsichtlich der Gefahren des «Deskilling» und der Verstärkung von Diskriminierung und Stereotypen, deren ökologischen Fussabdruck und deren urheber*innenrechtlich bedenkliche Situation, ein,

Punkte 4 und 5 werden ersetzt durch:

Der Vorstand erarbeitet Richtlinien zum internen Umgang mit KI in der SUB und legt diese dem SR zur Konsultation vor.

Neu:

Der Vorstand gründet bis zum SR vom 15.10.2026 eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von definitiven Positionen der SUB zu KI. Die Arbeitsgruppe kann zusammengesetzt werden aus Mitgliedern des Rates, des Vorstandes, sowie weiteren SUB-Mitgliedern.

Begründung:

Beilage(n):

Bern, den 03.09.2026

Interpellation 26.4005: «Auszahlung der Grundbeiträge» vom 16.06.2026

Interpellationsantwort

Der Vorstand nimmt Stellung zur Interpellation 26.4005, die von der Fachschaft Slavistik am 16.06.2026 eingereicht wurde. Darin wird die Problematik der zeitlich stark variierenden Auszahlungen der Grundbeiträge in den vergangenen Jahren thematisiert, was insbesondere bei kleineren Fachschaften zu finanziellen Engpässen führe und Fachschaftsmitglieder dazu zwingt, Gelder privat vorzustrecken. Die Interpellation stellt die Fragen, ob es (a) verbindlich festgelegte Fristen für die Überweisung gäbe und (b) welche Instrumente den Fachschaften bei Verzögerungen zur Verfügung stehen würden.

Zu Frage (a) bezüglich der verbindlichen Fristen: Eine Prüfung der aktuellen rechtlichen Grundlagen zeigt auf, dass die Voraussetzungen seitens Fachschaften für den Erhalt der Grundbeiträge klar geregelt sind. Im Fachschaftsreglement ist beispielsweise unter anderem die Offenlegung der Jahresrechnung und des Vermögens der Fachschaften vorgegeben. Es existiert jedoch in den aktuellen Reglementen keine explizite, verbindliche Frist, bis wann der SUB-Vorstand die Auszahlung nach Einreichung der Unterlagen zwingend vornehmen muss oder wie lange die Bearbeitung der Anträge maximal dauern darf.

Der Vorstand bedauert die späten Auszahlungszeitpunkte in den Jahren 2024 und 2025 sehr. Diese Verzögerungen lassen sich primär darauf zurückführen, dass in der Vergangenheit alle Anträge für Grundbeiträge gesammelt zum gleichen Zeitpunkt bearbeitet und ausgezahlt wurden. Dies führte aufgrund der grossen Menge an Anträgen temporär zu administrativen Engpässen und folglich

längeren Bearbeitungszeiten. Um dem entgegenzuwirken, wurde auf ein gestaffeltes System umgestellt, bei dem eingehende Anträge laufend bearbeitet werden. Fachschaften, die ihren Antrag frühzeitig einreichen, können so mit einer entsprechend zeitnahen Bearbeitung und Auszahlung rechnen.

Für das laufende Jahr 2026 konnte die Bearbeitung der Grundbeiträge mit der gestaffelten Auszahlung bereits deutlich effizienter abgewickelt werden. Alle Gesuche von Fachschaften, die ihre Unterlagen fristgerecht und vollständig eingereicht haben, wurden bereits im Frühlingssemester geprüft und zur Auszahlung freigegeben. Auch alle weiteren, über den Sommer eingegangenen Anträge konnten rasch erledigt werden. Durch das gestaffelte Vorgehen haben sich die Wartezeiten für die Fachschaften verkürzt. Dass einige Fachschaften ihre Grundbeiträge aktuell noch nicht erhalten haben, liegt ausschliesslich daran, dass ihre entsprechenden Anträge beim Vorstand noch ausstehend sind.

Dem SUB-Vorstand ist es ein grosses Anliegen, die Fachschaften bestmöglich zu unterstützen und niemenschem diese wichtige finanzielle Basis vorzuenthalten. Aus diesem Grund wurden mehrfach Erinnerungen versendet und die offizielle Einreichfrist für die Anträge der Grundbeiträge kulant verlängert. Damit eine möglichst zeitnahe Auszahlung der Grundbeiträge auch in Zukunft gelingt, ist der Vorstand jedoch auf eine gute Zusammenarbeit und die zeitnahe, korrekte Einreichung der Unterlagen durch die Fachschaften angewiesen.

Zu Frage (b) bezüglich der Instrumente für die Fachschaften: Der Vorstand nimmt das Bedürfnis nach mehr Planungssicherheit zur Kenntnis. Zudem ermutigt der Vorstand alle Fachschaften, die Möglichkeit von Zusatzbeiträgen aktiver zu nutzen. Für die Finanzierung von spezifischen Projekten oder Fachschaftsevents können jederzeit entsprechende Anträge gestellt werden. Wir hoffen, dass wir Fachschaften damit unterstützen können, sodass Fachschaftsmitglieder für Anlässe keine privaten finanziellen Mittel mehr vorstrecken müssen.

Für den Vorstand

Sidonia Christ

Motion: «Erweiterung Angebot Fitnessräume» vom 14.03.2024

Motionsantwort

Der SUB-Vorstand wurde mit der Motion «Erweiterung Angebot Fitnessräume», eingereicht von Joel Reichenbach (Jungfreisinnige Uni Bern) am 14.03.2024, damit beauftragt, sich für eine Erweiterung des Angebots der universitären Fitnessräume einzusetzen. Als mögliche Massnahmen wurden eine Aufstockung der Geräte im Fitnessraum vonRoll sowie der Einsatz eines dritten Fitnessraumstandortes genannt.

Der Vorstand hat beim Universitätssport Bern nachgefragt, wie die aktuelle Auslastung der Fitnessräume im ZSSw und vonRoll aussieht und ob Studierende aufgrund von Überfüllung abgewiesen werden müssen. Die Antwort war eindeutig: Abweisungen kommen keine vor, da sich die Auslastung von selbst regulieren würde. Spitzenwerte werden insbesondere zu Beginn der Woche in den Abendstunden zwischen 17.30 und 20.30 Uhr verzeichnet, wo im ZSSw teilweise über 70 Personen gleichzeitig trainieren. Während diesen Stosszeiten wird in der Regel eine Fitnessraumbetreuung eingesetzt. Die Betreuung prüft den Bestand an Personen, welche sich zurzeit im Gym aufhalten. Eine strukturelle Überlastung, die ein dringendes Eingreifen erfordern würde, liegt gemäss Universitätssport jedoch nicht vor.

Bezüglich der Geräteerweiterung im Fitnessraum vonRoll hat der Universitätssport bestätigt, dass das Angebot laufend ausgebaut werde, soweit der Platz dies zulässt. Zuletzt wurden u.a. ein Ski-Ergometer, ein SensoPro und ein Gesäss-Gerät eingeführt. Für das laufende Jahr sei eine umfassende Auffrischung geplant, da die bestehenden Geräte nach 10 respektive 12 Betriebsjahren ersetzt werden würden. Dabei stehen der Freihantelbereich im ZSSw sowie neue Geräte im vonRoll im Zentrum. Eine Langhantel im vonRoll werde aus Platzgründen jedoch weiterhin nicht möglich sein.

Als wichtigen Schritt hat der Universitätssport letztes Jahr zudem die sogenannte «Active Avenue» eingeweiht: einen Aussenbereich mit Boulder-, Streetworkout- und Power-Rack-Möglichkeiten. Seit diesem Jahr ist auch freies Training am Power Rack möglich; ergänzt wird das Angebot durch geleitete Trainings und Einführungskurse im Powerlifting. Diese Erweiterung des Aussenangebots stellt eine relevante Entlastung der Innenräume dar.

Was den Einsatz für einen dritten Fitnessraumstandort betrifft, sucht der Universitätssport bereits aktiv nach geeigneter Infrastruktur, insbesondere im Bereich Länggasse/Weyermannshaus.

Der Vorstand sieht die Motion als erfüllt an. Der Universitätssport erweitert das Geräteangebot laufend im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten und plant für das laufende Jahr eine umfassende Geräteauffrischung. Eine strukturelle Überlastung der bestehenden Fitnessräume liege gemäss Unileitung nicht vor. Das neue Aussenangebot der «Active Avenue» ergänzt das Innenangebot substanziell. Das Bestreben, einen weiteren Standort zu finden, wird vom Universitätssport aktiv vorangetrieben und von der SUB unterstützt. Die zentralen Anliegen der Motion werden damit bereits aufgegriffen und umgesetzt.

Für den Vorstand

Jason Steinmann

Bern, den 06.09.2026

Motionsantwort betreffend die Motion 25.2003: «Mehr Wohnen in der SUB» vom 06.03.2025

Der Vorstand und die Wohnkommission wurden mit der Motion «Mehr Wohnen in der SUB», eingereicht von der JGLP-Fraktion am 06.03.2025, beauftragt.

Die Wohnkommission sowie der Vorstand danken den Motionär*innen und beantworten die einzelnen Punkte der Motion wie folgt:

zu Punkt 1:

Die Wohnkommission hat den Projektplan SWIM aktualisiert und dem Studierendenrat an der Sitzung vom 23.04.2026 im Rahmen des Geschäfts 26.9010 «Bericht Projektplan SWIM» zur Kenntnisnahme vorgelegt. Dadurch erhielt der Rat einen Überblick über den aktuellen Projektstand. Die aktualisierten Kostenaufstellungen können erst nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens des Projekts vorgelegt werden, da gewisse Kennzahlen erst beim Abschluss eines Baurechtsvertrags fix sein werden. Aus heutiger Sicht ergibt sich jedoch kein Anpassungsbedarf hinsichtlich des festgelegten Ziels, bis ins Jahr 2030 Mittel in der Höhe von CHF 300'000.– für das Projekt SWIM bereitzustellen.

zu Punkt 2:

Eine vertragliche Zusicherung der BG Aare, wo immer möglich nachhaltige und regionale Baustoffe zu bevorzugen, kann formal erst erfolgen, sobald der Baustein M11 durch die Stadt Bern an die BG Aare vergeben worden ist. Vor diesem Vergabeentscheid besteht keine rechtliche Grundlage, entsprechende Zusicherungen einzufordern. Das Anliegen der Motion ist jedoch bereits heute inhaltlich in den Bewerbungsunterlagen unter dem Abschnitt der ökologischen Nachhaltigkeit verankert. Damit ist die Grundlage für eine spätere, verbindliche Verpflichtung der BG Aare bereits gelegt.

zu Punkt 3:

Die Wohnkommission hat sich im Rahmen der Erarbeitung des aktualisierten Projektplans SWIM eingehend mit der Frage befasst, ob und wie parallel zum Projekt SWIM weitere Optionen zum Erwerb oder Betrieb von Liegenschaften verfolgt werden sollen. Sie ist dabei zum Schluss gekommen, in der aktuellen Phase die Ressourcen und Kapazitäten auf das Projekt mit der BG Aare zu konzentrieren und dieses entsprechend zu priorisieren (siehe Seite 3 des «Projektplan SWIM»). Im Falle, dass der Bewerbungsprozess für den Baustein M11 negativ ausfallen wird, werden sich Wohnkommission wie auch Vorstand um Alternativen umsehen. Gemeinsam mit BG Aare wurde schon das Gaswerkareal als Alternative in Betracht gezogen, was aber noch nicht weiterverfolgt wurde.

zu Punkt 4:

Wie bereits unter Punkt 3 ausgeführt, liegt der aktuelle Schwerpunkt der Wohnkommission auf dem Projekt SWIM mit der BG Aare. Im Rahmen des Projekts wird jedoch bereits jetzt eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Lily Küng sowie mit den Studierendenorganisationen der bernischen Hochschulen geprüft.

Die Wohnkommission hat Schritte zu sämtlichen Forderungen bereits aufgegleist, und die vier zentralen Anliegen der Motion lassen sich grösstenteils mit den heute bestehenden Grundlagen beantworten.

Für den Vorstand und die Wohnkommission

Yara Redling

Bern, den 01.09.2026

Motion 25.2004: «Verbilligung der Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft» vom 03.04.2025

Motionsantwort

Der SUB-Vorstand wurde mit der Motion 25.2004 «Verbilligung der Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft», eingereicht von Alexandra Leibenguth (JMUB) und dem Abänderungsantrag 25.2004-2 «Verbilligung der Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft», beauftragt sich dafür einzusetzen, die Kosten für die Sprachkurse des Instituts für Sprachwissenschaft zu senken. Ziel ist es, die Kurskosten für Französisch und Italienisch auf CHF 100.– und die Kurskosten für die weiteren Sprachen auf CHF 250.– zu reduzieren.

Jegliche Sprachkurse an der Universität Bern werden nicht zentral organisiert, sondern werden durch das Sprachenzentrum und das Institut für Sprachwissenschaft geführt. Das Sprachenzentrum bietet zurzeit zwei Kurse an; Deutsch als Fremdsprache und Academic English, welche zwischen CHF 75 – 100.– kosten.

Das Institut für Sprachwissenschaft bietet zehn Kurse an (Arabisch, Berndeutsch, Französisch Konversationskurs, Französisch Vertiefungskurs, Georgisch, Italienisch, Japanisch, Neugriechisch, Russisch und Spanisch). Die Kurskosten sind je nach Anzahl Kurslektionen unterschiedlich und betragen CHF 1100.– oder CHF 550.–, wobei Studierende eine Ermässigung von 50% erhalten.

Die Unterschiede in den Kurskosten zwischen den beiden Stellen resultieren aus unterschiedlichen Subventionen seitens Universität. Während das Sprachenzentrum vollständig finanziell von der Universität getragen wird, muss das Institut für Sprachwissenschaft für die Kurse selbst aufkommen und erhält keine finanzielle Unterstützung der Universität oder der Fakultät.

Im Zuge dieser Motion hat sich der Vorstand mit beiden Stellen ausgetauscht und insbesondere die hohen Kurskosten sowie deren Zustandekommen thematisiert.

Die Kurskosten des Instituts für Sprachwissenschaft müssen die Löhne der Dozierenden, die Arbeitgeber*innenbeiträge und die Kosten der Kursadministration decken. Das Institut für Sprachwissenschaft ist sich über die hohen Kurskosten bewusst, ist jedoch aufgrund fehlender finanzieller Mittel darauf angewiesen, ihre Kurse selbsttragend anzubieten. Daher ist eine Reduktion der Kurskosten seitens Instituts für Sprachwissenschaft zurzeit nicht möglich.

Das Institut für Sprachwissenschaft hat zum Ziel, die Kurskosten ihrer Sprachkurse langfristig zu senken und steht dazu in Kontakt mit dem Generalsekretariat der Universität. Diesbezüglich wurde bereits eine Bedarfsanalyse der Sprachkurse durchgeführt, um die aktuelle Auslastung und Nachfrage der Kurse zu bestimmen.

Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation der Universität sowie den bestehenden Sparmassnahmen gestaltet sich eine finanzielle Unterstützung seitens Universität als herausfordernder und langwieriger Prozess. Auch die Beiträge der Universität an das Sprachenzentrum wurden gekürzt, wodurch dieses nicht mehr vollumfänglich durch die Universität subventioniert wird. Somit ist das Sprachenzentrum nun auch auf externe Einnahmen angewiesen.

Der Vorstand sieht in der aktuellen finanziellen Situation keinen grossen Spielraum für eine Reduktion der Kurskosten. Die Thematik wird aber vom Vorstand laufend beobachtet und die Anliegen bei Austauschen mit den Verantwortlichen der Universität und des Instituts für Sprachwissenschaft einbringen.

Aufgrund der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten werden die Kurse nicht zentral auf der Website der Universität aufgeführt. Die Angebote des Sprachenzentrums sind aber auf der Website des Instituts für Sprachwissenschaft ersichtlich und es wird gegenseitig auf die Angebote aufmerksam gemacht.

Der Vorstand sieht die Motion in absehbarer Zukunft nicht als umsetzbar an, wird dieses Anliegen jedoch weiter auch ausserhalb der Motion vertreten.

Für den Vorstand

Lena Vögeli und Nina Hummel

Bern, den 03.09.2026

**Motion 25.2019 «Palästina, das Völkerrecht und die Universität Bern»
vom 28.08.2025**

Der Vorstand wurde mit der Motion 25.2019 «Palästina, das Völkerrecht und die Universität Bern», eingereicht vom Sozialdemokratischen Forum (SF), beauftragt, untenstehende Forderungen an die Universitätsleitung zu stellen.

Für die Umsetzung dieser Motion hatte der Vorstand am 16.10.2025 eine Sitzung mit der Rektorin und dem Generalsekretariat und hat die Forderungen der Motion zudem an der Sitzung mit der Universitätsleitung vom 25.11.2025 traktandiert.

Zu Forderung 1:

Die Motion fordert, dass sich die Universitätsleitung öffentlich für die Einhaltung des Völkerrechts positioniert und eine aktive Auseinandersetzung fördert. Diese Forderung wurde in beiden Sitzungen mit der Universitätsleitung eingebracht und besprochen. Die Universitätsleitung vertritt die Haltung, dass sich die Universitätsleitung und damit auch die Universität nur zu Themen äussert, welche direkt die Universität Bern betreffen. Jegliche weiteren Positionierungen sieht die Universitätsleitung als Aufgabe der Politik und nicht der Universität. Insbesondere bei Haltungen, welche die Gesamtuniversität betreffen, ist die Universitätsleitung vorsichtig und hält sich zurück, um diesen Raum den Expert*innen innerhalb der Universität zu lassen. Die Haltung der Hochschulen zu einer Positionierung in diesem Rahmen wurde auch bereits im Rahmen von Swiss Universities besprochen und die Universität Bern schloss sich dort der Mehrheitsmeinung an, welche aktuell keinen Raum für eine Positionierung sieht.

Zu Forderungen 2 und 3:

Weiter wird gefordert, dass die Benennung oder Verurteilung von Völkerrechtsverbrechen nicht als a priori «unausgewogen» delegitimiert werden dürfen. Zudem fordert die Motion in der drauffolgenden Forderung, dass der Begriff der «Ausgewogenheit» in einer Weise zu definieren sei, welche, der Gefahr der falschen Ausgewogenheit angemessen begegnet. Diese beiden Forderungen wurden mit der Universitätsleitung besprochen, gerade auch im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Nachdenken über den Nahost. Fünf Abende zu Israel und Palästina» wurde besonders darauf geachtet, ein ganzheitliches Bild abzugeben und ein möglichst diverses Gesamtbild aus wissenschaftlicher Perspektive abzubilden. Die Bewahrung der Wissenschaftsfreiheit steht dabei im Vordergrund und soll ebenfalls in der neu gegründeten «Expert*innengruppe Israel und Palästina» thematisiert werden.

Zu Forderung 4:

Zudem fordert die Motion, dass sämtliche Forschungsk Kooperationen der Universität auf mögliche Beteiligung oder Beihilfe zu Verstössen gegen das Völkerrecht überprüft werden. Das Vizerektorat Innovation und Forschung hat in diesem Zusammenhang sämtliche Forschungsk Kooperationen, welche bei der Universität erfasst wurden, geprüft. Es war jedoch nicht möglich, alle Kooperationen zu überprüfen, da einige dezentral direkt über die Fakultäten laufen und somit nicht bei der Universitätsleitung zentral erfasst wurden. Bei den überprüften Forschungsk Kooperationen sah die Universitätsleitung keinen Handlungsbedarf und es wurden keine Verstösse bei der Überprüfung festgestellt. Für zukünftige Forschungsk Kooperationen wurde daraufhin in der Kommission für Internationale Beziehungen eine Checkliste erarbeitet, um Zusammenarbeiten bereits im Vorfeld grob überprüfen zu können. Diese Checkliste befindet sich aktuell noch in der Vernehmlassung innerhalb der Kommission.

Zu Forderung 5:

Als letztes fordert die Motion, dass ein diskriminierungsfreier Diskurs sichergestellt wird und bei der Veranstaltungsreihe «Nachdenken über den Nahost. Fünf Abende zu Israel und Palästina» für eine Nulltoleranz gegenüber Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und antipalästinensischen Rassismus zu sorgen ist. Zudem fordert die Motion, dass auf die Völkerrechtskonformität zu achten ist und der Gefahr einer falschen Ausgewogenheit entgegengewirkt werden soll. Bei der Veranstaltungsreihe wurden Redner*innen aus diversen unterschiedlichen Gebieten eingeladen, um ein breites und differenziertes Gesamtbild abzudecken. Bei der Universitätsleitung sind keine negativen Rückmeldungen bezüglich Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und antipalästinensischen Rassismus eingegangen und die Veranstaltungsreihe wurde als erfolgreich angesehen. Aktuell sind seitens Universitätsleitung keine weiteren vergleichbare Formate geplant und mögliche Veranstaltungen werden zukünftig wieder durch die Institute geplant.

Der Vorstand sieht die Motion als teilweise erfüllt an. Die Forderungen der öffentlichen Stellungnahmen konnten in mehreren Gesprächen nicht umgesetzt werden, da dies nicht der Grundhaltung der Universitätsleitung entspricht und diese sich ausserhalb der Politik, welche die Universität Bern direkt betrifft, nicht äussern wird. Die weiteren Anliegen der Motion konnten ebenfalls eingebracht werden und es wurden neue Gefässe etabliert. Aufgrund der mittlerweile fortgeschrittenen Zeit und dem Geschäftsstopp im FS26 erachtet der Vorstand es als wenig realistisch und taktisch sinnvoll, erneut auf diese Diskussionen zurückzugehen und noch eine öffentliche Positionierung zu fordern.

Für den Vorstand,
Lena Vögeli

Motion 25.2023: «Wegweiser Semester: Vorbereitungsprogramm auf das Kompassjahr» vom 11.12.2025

Motionsantwort

Der SUB-Vorstand wurde mit der Motion 25.2023 «Wegweiser Semester: Vorbereitungsprogramm auf das Kompassjahr», eingereicht vom Sozialdemokratischen Forum am 11.12.2025, beauftragt, ein Konzept für ein Vorbereitungssemester («Wegweiser-Semester») des Kompass-Programms der Universität Bern auszuarbeiten, dessen Finanzierung zu klären und dieses spätestens im Jahr 2027 einzuführen.

Kompass UniBE ist ein zweisemestriges Hochschulvorbereitungsprogramm für geflüchtete Personen, die ein Studium an der Universität Bern anstreben. Nach der erfolgreichen Pilotphase (2023–2025) wird das Programm vorerst bis Juli 2031 weitergeführt. Pro Jahr stehen rund 20 Plätze zur Verfügung, Voraussetzungen für die Zulassung sind unter anderem Deutschkenntnisse auf Niveau B1. Die Abschlussquote des Programms ist ausgesprochen hoch: In den Jahren 2023/24 und 2024/25 haben jeweils 15 Teilnehmende das Kompassjahr erfolgreich abgeschlossen. 27 der insgesamt 30 Absolvent*innen haben sich direkt im Anschluss für ein Studium angemeldet, davon 24 an der Universität Bern. Das Programm erfüllt seine Aufgabe somit bereits heute.

Der Vorstand hat das Anliegen der Motion eingehend geprüft. Die Motion geht davon aus, dass das Kompass-Programm durch mangelnde Vorbereitung der Teilnehmenden in seiner Wirksamkeit eingeschränkt sei und ein vorgelagertes Semester die Erfolgsquote verbessern würde. Ein Blick auf die tatsächlichen Zahlen zeigt jedoch, dass die Abschlussquote des Kompass-Programms bereits heute sehr hoch ist, da in beiden abgeschlossenen Jahrgängen über 75 Prozent der Teilnehmenden das Programm erfolgreich abgeschlossen haben und 90 Prozent direkt im Anschluss ein Studium aufgenommen haben. Das Programm bereitet die Teilnehmenden somit bereits jetzt sehr gut auf ein Hochschulstudium

vor und der in der Motion beschriebene Handlungsbedarf lässt sich aus diesen Zahlen nicht ableiten.

Hinzu kommt, dass für Personen, die sich zunächst orientieren möchten, ob ein Hochschulstudium für sie überhaupt in Frage kommt, bereits ein niederschwelliges Angebot existiert. Auch ohne Immatrikulation kann mensch Vorlesungen an der Universität Bern besuchen. Dieses Angebot übernimmt einen Teil der Funktion der Studienorientierung und -erprobung, die ein Wegweiser-Semester gemäss der Motion erfüllen sollte.

Der Vorstand hat zudem das Gespräch mit der Leiterin des Kompass-Programms gesucht. Dabei wurde deutlich, dass ein Ausbau des bestehenden Programms zielführender wäre als die Schaffung eines neuen vorgelagerten Angebots. Die Ressourcen und Kompetenzen könnten wirkungsvoller eingesetzt werden, wenn das Kompass-Programm selbst gestärkt wird, etwa durch intensivere Sprachförderung innerhalb des Programms oder durch ein Mentoring-Angebot für Absolvent*innen beim Einstieg ins Regelstudium. Der Vorstand unterstützt diese Stossrichtung und setzt sich dafür ein, gemeinsam mit der Universität entsprechende Massnahmen zu prüfen.

Der Vorstand sieht die Motion nicht als erfüllt an. Das Kompass-Programm der Universität Bern weist jedoch bereits heute eine hohe Abschluss- und Übergangsquote ins Regelstudium auf. Angesichts dieser Zahlen besteht der in der Motion beschriebene Bedarf nach einem vorgelagerten Vorbereitungssemester in der angenommenen Form derzeit nicht, weshalb der Vorstand von einer Weiterführung des Projekts zum jetzigen Zeitpunkt absieht. Bestehende Angebote wie das Hörer*innenwesen decken einen Teil des Orientierungsbedarf ab, und ein Ausbau des Kompass-Programms selbst ist der zielführendere Weg, um die Integration geflüchteter Studierender langfristig zu stärken. Der Vorstand wird sich weiterhin für die Stärkung des Kompass-Programms einsetzen.

Für den Vorstand

Jason Steinmann

Bern, 03.09.2026

Postulat 25.3005: «Sicherheit in den Universitätsbibliotheken»

Postulatsantwort

Das Postulat 25.3005 mit dem Titel «Sicherheit in den Universitätsbibliotheken» wurde für die SR-Sitzung vom 06.11.2025 von den Jungfreisinnigen Uni Bern eingereicht. An der SR-Sitzung vom 06.11.2025 wurde der Abänderungsantrag zu 25.3005 des Sozialdemokratischen Forums und den Jungen Grünen UniBe vom SR angenommen.

Das Postulat verlangt folgendes:

Der SUB-Vorstand prüft in Zusammenarbeit mit den relevanten Stellen:

- a. Die aktuelle Sicherheitslage in den bernischen Universitätsbibliotheken, namentlich in Bezug auf verschiedene Formen der Belästigung und Diebstähle,
- b. Grob die Sicherheitslage in anderen Schweizer Universitätsbibliotheken unter Berücksichtigung der jeweiligen Sicherheitsinfrastruktur, um aus den bernischen Daten Vergleiche zu ziehen,
- c. Mögliche Ergänzungen der Sicherheitsinfrastruktur oder anderer Massnahmen, die die Sicherheitslage sofern nötig verbessern, die breite Zugänglichkeit und Niederschwelligkeit der Universitätsbibliotheken dabei jedoch möglichst beibehalten.

Aktuelle Sicherheitslage an den verschiedenen Standorten der Universitätsbibliothek Bern

Die Universitätsbibliothek Bern (UB) betreibt 21 Teilbibliotheken: die Bibliothek Münsterergasse, die Fachbereichs- und Fakultätsbibliotheken und die Institutsbibliotheken der Universität Bern.

Auf Anfrage der SUB wurde im Januar 2026 von der UB eine Übersicht über die Anzahl bekannter Diebstähle und Belästigungsfälle in den verschiedenen Standorten der UB für das Jahr 2025 erstellt. Im Sommer 2026 wurde auf Anfrage seitens SUB die Anzahl bekannter Diebstähle und Belästigungsfälle in den grösseren Standorten der UB für das erste Halbjahr 2026 mitgeteilt. Weiter unten im Dokument befindet sich eine tabellarische Zusammenfassung der Anzahl bekannter Diebstähle und Belästigungsfälle der Standorte, in welchen Diebstähle und Belästigungsfälle gemeldet wurden.

In der Juristischen Bibliothek (JBB) wurden im Jahr 2025 drei bis vier Diebstähle und ein Fall von Belästigung gemeldet. Laut den Verantwortlichen der JBB blieben aber viele Diebstähle unbekannt, da die Bestohlenen bei der Polizei Anzeige erstatteten, ohne dies der JBB mitzuteilen. Für das erste Halbjahr 2026 wurden der JBB keine Diebstähle gemeldet, gemäss der Verantwortlichen der JBB würden sich jedoch regelmässig Diebstähle ereignen. Im ersten Halbjahr 2026 wurde ein Fall von Belästigung gemeldet. Andere sicherheitsrelevante Zwischenfälle im Jahr 2025 sind unerlaubtes Übernachten, aggressives Verhalten, Nichtbeachten der Hausordnung sowie Vorkommnisse während der Palästinabesetzung des H4.

In der Bibliothek Medizin wurde im Jahr 2025 ein Diebstahl und eine Belästigung gemeldet. Für das erste Halbjahr 2026 wurden keine Diebstähle oder Belästigungsfälle gemeldet. Andere sicherheitsrelevante Zwischenfälle sind Übernachtungsversuche im Aufenthaltsraum oder draussen hinter dem Gebäude.

In der Bibliothek Münsterergasse wurden im Jahr 2025 zwei bis drei Diebstähle und drei Belästigungsfälle gemeldet. Für das erste Halbjahr 2026 wurden keine Diebstähle und drei Belästigungsfälle gemeldet. Andere sicherheitsrelevante Zwischenfälle im Jahr 2025 sind Vandalismus, Beleidigung, Bedrohung, Sachbeschädigung und unerlaubter Aufenthalt in Räumlichkeiten.

In der Bibliothek vonRoll wurde im Jahr 2025 ein Diebstahl und ein Belästigungsfall gemeldet. Für das erste Halbjahr 2026 wurden weder Diebstahl noch Belästigung gemeldet.

In der Bibliothek Unitobler wurden im Jahr 2025 drei Diebstähle und zwei Belästigungsfälle gemeldet. Für das erste Halbjahr 2026 wurden ein Diebstahl und kein Belästigungsfall gemeldet. Andere sicherheitsrelevante Zwischenfälle im Jahre 2025 sind unerlaubtes Übernachten und die Missachtung von Hausverboten (2x).

In der Bibliothek Exakte Wissenschaften wurden im Jahr 2025 ein Diebstahl und ein Belästigungsfall gemeldet. Im ersten Halbjahr 2026 kam es zu einem Diebstahl. Dank Zivilcourage konnte die tatverdächtige Person jedoch gestellt werden und der entwendete Gegenstand konnte der bestohlenen Person zurückgegeben werden. Für das erste Halbjahr 2026 wurde kein Belästigungsfall gemeldet.

In der Bibliothek Mittelstrasse, der Bibliothek Muesmatt, der Schweizerischen Osteuropa Bibliothek, und der Bibliothek Sportwissenschaft wurden im Jahr 2025 und im ersten Halbjahr 2026 weder Diebstähle noch Belästigungsfälle gemeldet.

In der Bibliothek Wirtschaftswissenschaften, der Bibliothek Geographie, der Bibliothek Vetsuisse, der Bibliothek Zahnmedizin, der Bibliothek Pflanzenwissenschaften, der Bibliothek Medizingeschichte, der Bibliothek PHC, der Juristischen Forschungsbibliothek, der Bibliothek World Trade Institute und

am Lernort Engehalde wurden im Jahr 2025 keine Diebstähle oder Belästigungsfälle gemeldet.

Die Bibliothek Eugen Huber sowie die Bibliothek des Instituts für medizinische Lehre sind nicht öffentlich zugänglich. Aufgrund dessen wurden keine Angaben zu Diebstählen oder Belästigungsfällen gemacht. Die Bibliothek Zahnmedizin ist nur mittels Badge für Studierende und Mitarbeitende der ZMK (oder auf Anfrage für externes Publikum) zugänglich. Die Bibliothek Medizingeschichte ist nur mittels Klingel, wenn der*die Bibliothekar*in anwesend ist, zugänglich.

Insgesamt kann gemäss der Rückmeldung der Verantwortlichen der UB festgehalten werden, dass in der JBB und in der Bibliothek Münsterergasse die meisten Diebstähle und Belästigungsfälle passieren.

Laut der Leiterin der Bibliothek Münsterergasse und Gleichstellungsbeauftragten, sei allerdings trotzdem davon auszugehen, dass trotz des bestehenden Awarenesskonzepts und der aktiven Sensibilisierung für das Thema nicht alle Vorfälle der Bibliothek gemeldet werden. Dies auch, obwohl die Mitarbeitenden bei Belästigungen, Diebstählen und anderen sicherheitsrelevanten Vorfällen ausdrücklich als Ansprechpersonen zur Verfügung stehen und entsprechend geschult seien. Die tatsächlich gemeldeten Vorfälle bilden daher vermutlich nur einen Teil des tatsächlichen Geschehens ab.

Standort	Anzahl bekannte Diebstähle 2025	Anzahl bekannte Belästigungs- fälle 2025	Anzahl bekannte Diebstähle Q1-Q2 2026	Anzahl bekannte Belästigungs- fälle Q1-Q2 2026
Juristische Bibliothek	3-4	1	Keine Vorfälle bekannt, gemäss Verantwortli	1

			chen ereignen sich jedoch regelmässig Diebstähle in der JBB	
Bibliothek Medizin	1	1	0	0
Bibliothek Münstergasse	2-3	3	0	3
Bibliothek vonRoll	1	1	0	0
Bibliothek Unitobler	3	2	1	0
Bibliothek Exakte Wissenschaften	1	1	1	0

Bestehende Sicherheitsinfrastrukturen und Massnahmen

Folgende Einheiten und Personen sind Teil der Sicherheitsorganisation der Universität Bern:

- Fachstelle Sicherheit: Beratung / Unterstützung aller universitären Einheiten zu Personen- und Umweltsicherheit
- Abteilung für Chancengleichheit: Beratung / Unterstützung im Bereich sexuelle Belästigung / Diskriminierung
- Sicherheitsbeauftragte (SIBE) / Kontaktperson Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (KOPAS): Anlaufstelle für Fragen Sicherheit / Gesundheitsschutz im Organisationsbereich / Standort

Es gibt folgende standortübergreifende Initiativen und Massnahmen bei Belästigungen und Diebstahl:

UniBE

- KOPAS-Austauschformat (FS Sicherheit)

- Kurse im Umgang mit Belästigungen / Bedrohungen (FS Sicherheit)
- Prozesse und Unterstützung bei Belästigungen (AfC)

UB

- Kurse /Instruktionen im Umgang mit Belästigungen / Bedrohungen für MA
- Präventive Massnahmen wie Aushänge / Flyer
- Awareness-Konzepte für Standorte
- Prozesse und Unterstützung bei sexueller Belästigung, auch mit Fokus auf Publikumsbereiche
- Regelmässiger Austausch bei Vorfällen in AG Kundenservice

In der JBB werden aktuell folgende Massnahmen bezüglich der Sicherheitsstruktur umgesetzt: Schulung des Teams bezüglich des Umganges bei aggressivem Verhalten, Führen eines Notfallplans und regelmässige Besprechungen. Nach Vorfällen wird das Sicherheitskonzept überprüft und es werden Kampagnen zur Sensibilisierung bei Diebstählen durchgeführt.

In der Bibliothek Münsterergasse werden aktuell folgende Massnahmen bezüglich der Sicherheitsstruktur umgesetzt: Instrumente für Mitarbeitende (Workflows, Logbuch), Awareness-Konzept, Infoscreen-Mitteilungen und Schulungen sowie Sensibilisierung für Mitarbeitende. Nach Vorfällen werden zusätzliche Infokampagnen durchgeführt und die Security wird verstärkt.

Prüfung von möglichen Ergänzungen der Sicherheitsinfrastruktur oder anderer Massnahmen

Es wird von der UB neu ein jährliches Monitoring über die Anzahl Diebstähle und Belästigungsfälle, die der Bibliothek gemeldet werden, geführt. Zudem erklärte sich die Leiterin der Bibliothek Münsterergasse und Gleichstellungsbeauftragte bereit, in Zusammenarbeit mit der SUB, der Fachstelle Sicherheit und den Hauptverantwortlichen der JBB, eine Massnahmenüberprüfung durchzuführen. Dies für die Standorte der Münsterergasse und JBB, da es dort laut

Einschätzungen der Verantwortlichen der UB, und auch anhand der Statistik, zu den meisten Diebstählen und Belästigungsfällen kommt. Der Studierendenrat wird über die Ergebnisse der Massnahmenüberprüfung informiert.

Sicherheitslage in anderen Schweizer Universitätsbibliotheken

Es wurde eine Recherche zu der Sicherheitslage in anderen Schweizer Universitätsbibliotheken durchgeführt. Die Universitätsbibliotheken der Uni Basel, Uni Fribourg, Uni Genf, Uni Lausanne, Uni Luzern, Uni Neuchâtel, Uni St. Gallen, der EPFL, der Uni Zürich und der ETHZ wurden kontaktiert. Von der Uni Basel, der Uni Genf und der Uni Luzern kam keine Antwort. Von den restlichen Universitätsbibliotheken kamen folgende Antworten zur Sicherheitslage:

Die Bibliothek der Uni Fribourg ist öffentlich. Es gebe nur sporadische Fälle, in denen die Sicherheit beeinträchtigt werde, bspw. wenn Obdachlose in den Gebäuden Unterschlupf suchen. Es gebe auch einzelne Fälle von sexuellen Belästigungen, wo einzelfallspezifisch vorgegangen wird. Bei Fällen von sexueller Belästigung werde ein Hausverbot erlassen und eine Meldung an die betreffende Dienststelle gemacht. Ab Herbst würden die Räumlichkeiten im Stadtzentrum wieder eröffnet, was die Sicherheitslage wieder akuter machen würde. Es werden jedoch Massnahmen ergriffen wie der Einsatz von uniformiertem Sicherheitspersonal und Überwachungskameras in den Gebäuden.

Die Bibliothek der Uni Lausanne ist öffentlich. Da die Bibliothek ein öffentlicher Ort ist, sei Sicherheit stets ein Thema, so gebe es Einbruchsfälle. Die Uni Lausanne und der Kanton Waadt seien verantwortlich für gewisse Sicherheitsvorkehrungen. Aufgrund der Einbrüche seien bei einigen Gebäuden die Zahl der Sicherheitsbeamt*innen erhöht und Überwachungskameras installiert worden. Zudem gebe es Informationstafeln für Besucher*innen mit Notfallnummern der Campus Security.

Die Bibliothek der Uni Neuchâtel ist öffentlich, es ist aber keine Kantonsbibliothek. Es habe in den letzten sechs Jahren keine Diebstähle gegeben. Die Sicherheitsvorkehrungen würden sich auf die Hilfsassistentierenden fokussieren, welche die Bibliothek abends und samstags betreuen.

Die Bibliothek der Uni St. Gallen ist öffentlich, es ist aber keine Kantonsbibliothek. Es gebe Wellen in der Sicherheitsthematik und in der Häufigkeit der Diebstähle. Sehr selten gäbe es schlimme Fälle von Diebstahl. Während Diebstahl-Wellen gebe es Infoschilder und Durchsagen, um auf vermehrten Diebstahl hinzuweisen. Zudem habe es auch Schlösser an den Tischen gegeben, um den Laptop zu sichern. Die Bibliothek sei nicht im Stadtzentrum und sei daher auch sicherer. Der Wissensstand begrenze sich jedoch auf die Vorfälle, die auch gemeldet würden. Die Awareness habe sich in den letzten Jahren geändert, es gebe nun mehr Ansprechpersonen in der Bibliothek und spezifische Anlaufstellen der Uni. Zudem gebe es Workshops für Studierende und Mitarbeitende für Verhalten, wenn mensch etwas beobachtet, wie mensch aufmerksam sein und frühzeitig eingreifen kann.

Die Bibliothek der Universität Zürich sei nur zu beschränkten Zeiten für die Öffentlichkeit zugänglich, das Raumangebot sei nur für die Angehörigen. Es gebe keine Sicherheitsprobleme. Bei einem Sicherheitsrisiko gebe es eine temporäre Erhöhung der Securitas-Gänge. Langfristig sei geplant, die Dezentralität zu reduzieren, damit mehr Standorte mit Personalpräsenz geführt werden können.

Die Bibliothek der EPFL ist öffentlich zugänglich. Sicherheit sei wegen der langen Öffnungszeiten und aufgrund der hohen Besucher*innenfrequenz ein aktuelles Thema. Es gebe Information und Prävention für Besuchende mit regelmässigen Hinweisen auf persönliche Massnahmen gegen Diebstahl, Verhalten in problematischen Situationen und Meldekanälen. Es gebe interne Präventionsarbeit für Mitarbeitende zum Erkennen, Melden und Navigieren von schwierigen Situationen. Zudem gebe es eine enge Zusammenarbeit mit dem

Sicherheitsdienst, welcher regelmässige Präsenz markiere und schnell vor Ort eingreifen könne.

Die Bibliothek der ETHZ ist öffentlich. Sicherheit sei immer ein Thema, aber kein akutes aufgrund der geschützten Lage der Bibliothek. Diebstahl sei äusserst selten. In den letzten zwei Jahren habe es drei Belästigungsfälle gegeben, davon ein Diskriminierungsfall. Im Ernstfall werde das Betriebsmanagement gerufen, in akuten Fällen der Sicherheitsdienst. In ernsten Fällen gebe es ein Hausverbot von zwei Jahren. Der Ablauf, um Diebstähle zu melden wurde den Studierenden bekannt gemacht. Es gebe alle zwei Jahre Workshops für das Personal mit direktem Kund*innenkontakt zum Umgang mit schwierigen Kund*innen.

Für den Vorstand

Hannah Ammann

Bern, den 03.09.2026

Postulat 25.3006: «Risiken in Fachschaftsfinanzen» vom 26.06.2024

Postulatsantwort

Der SUB-Vorstand wurde mit dem Postulat «Risiken in Fachschaftsfinanzen», eingereicht von Benjamin Seewer (FV) am 26.06.2024, beauftragt, abzuklären, was für ein Vorgehen eingeleitet wird, wenn sich eine Fachschaft finanziell nicht mehr halten kann oder in ein grosses Negativ-Budget fällt. Als Begründung werden Fachschaftsevents genannt, die oftmals nicht gut besucht seien. So können diese ein grosses finanzielles Risiko für Fachschaften bedeuten. Es sei unklar, was im Extremfall passieren würde und es wäre vorteilhaft, für solche Fälle bereits einen Aktionsplan zu haben.

Um die rechtliche Situation und allfällige Haftungsfragen zu klären, hat der Vorstand Kontakt mit dem Rechtsberatungsdienst der SUB (RBD) aufgenommen. Aus dieser Abklärung geht klar hervor, dass Fachschaften keine von der SUB unabhängigen juristischen Personen sind, sondern organisatorische Gliederungen der SUB. Die Rechtspersönlichkeit kommt gemäss Art. 31 Abs. 2 UniG der SUB zu. Werden durch eine Fachschaft innerhalb ihrer Zuständigkeiten wirksam Verpflichtungen gegenüber Dritten begründet, spricht laut dem RBD grundsätzlich viel dafür, dass diese rechtlich der SUB zuzurechnen sind und die SUB im Aussenverhältnis für die entsprechenden Schulden einzustehen hat. Eine Ausnahme bestünde lediglich bei Kompetenzüberschreitungen oder Handlungen ohne Vertretungsmacht, wofür die jeweiligen Vertreter*innen der Fachschaft unter Umständen selbstständig haftbar gemacht werden könnten.

Da das finanzielle Restrisiko bei der SUB liegt, empfiehlt der RBD nicht nur einen reinen «Aktionsplan», sondern sieht die Notwendigkeit von präventiven Massnahmen. Konkret wäre dies neben einem Massnahmenplan die Überprüfung und vor allem eine Anpassung des Fachschaftsreglements. Konkret erachtet der RBD eine Einführung von verbindlichen Budget- und Risikogrenzen sowie von Genehmigungspflichten für Veranstaltungen ab einer bestimmten finanziellen Exposition als sinnvoll. Zudem schlägt der RBD eine Regelung vor, gemäss welcher Fachschaften keine Verpflichtungen eingehen dürfen, die ihr verfügbares Vermögen oder ein definiertes Risikobudget überschreiten. Der Vorstand nimmt die Einschätzung des RBD zur Kenntnis und unterstützt eine Anpassung des Fachschaftsreglementes in diesem Rahmen.

Bezüglich der Frage, wie der Vorstand finanzielle Risiken der Fachschaften bereits heute berücksichtigt, ist auf die Möglichkeit der Beantragung von Zusatzbeiträgen (ZB) hinzuweisen. Diese sind explizit dafür vorgesehen, Fachschaften bei Events mit grösserer finanzieller Belastung zu entlasten. Da diese Option noch nicht allen Fachschaften ausreichend präsent ist oder zu wenig genutzt wird, wird im kommenden Fachschaftsnewsletter aktiv darauf aufmerksam gemacht. Zudem pflegt der Vorstand bei der Bearbeitung der Grundbeiträge (GB) bewusst eine kulant und unterstützende Praxis. So wurden auch im laufenden Jahr die Einreichfrist mehrfach verlängert und bei formellen Unvollständigkeiten Lösungen gefunden. Oberste Priorität hat dabei stets, dass alle Fachschaften ihre zustehenden Mittel erhalten und nicht unverschuldet in Engpässe geraten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das finanzielle Restrisiko rechtlich bei der SUB und nicht bei den einzelnen Fachschaften liegt. Während der Vorstand mit einer kulantem Vergabepaxis und einer künftig grösseren Bewerbung von Zusatzbeiträgen bereits etwas übernimmt, erachtet er in Übereinstimmung mit dem RBD eine Anpassung des Fachschaftsreglements als essenzielle Hauptmassnahme für eine nachhaltige finanzielle Absicherung der Fachschaften.

Für den Vorstand

Sidonia Christ

Motion 26.2007: «Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern» vom 23.04.2026

Motionsantwort

Der SUB-Vorstand wurde mit der Motion 26.2007 «Vergünstigtes PubliBike-Abo für alle Studierenden der Universität Bern», eingereicht von Rubin Deva (Jungfreisinnige Uni Bern) am 23.04.2026, damit beauftragt, mit PubliBike AG eine Vereinbarung auszuhandeln, die allen immatrikulierten Studierenden der Universität Bern, Zugang zu einem vergünstigten PubliBike-Abo (BusinessBike-Modell) ermöglicht. Das Abo soll einen substanziell reduzierten Jahresabopreis (Zielpreis: max. CHF 50.–/Jahr), kostenlose Fahrten von mindestens 30 Minuten pro Fahrt im Netz Bern sowie Zugang über die @students.unibe.ch-E-Mail-Adresse umfassen.

Zur Vorbereitung auf das Gespräche mit der UL und VD hatte der Vorstand am 02.06.2026 ein Gespräch mit der zuständigen Person für Mobility and Logistics an der ETH Zürich. Die ETH bietet ihren Studierenden und Mitarbeitenden bereits ein PubliBike-BusinessBike-Abo zu CHF 59.– pro Jahr an, mit 60 Freiminuten pro Fahrt beim Velo und 15 Freiminuten beim E-Bike. Die Konditionierung des E-Bike-Freiminuten-Kontingents auf 15 Minuten geht dabei auf eine interne Umfrage zurück, die ergab, dass Studierende und Mitarbeitende im Schnitt 15 Minuten pro Fahrt benötigen. Da Bern noch zentraler und kompakter als Zürich ist – von Ittigen, Ostermundigen und Köniz aus benötigt Mensch mit dem E-Bike durchschnittlich 15 Minuten in die Innenstadt – sind vergleichbare Konditionen für Bern mindestens gleichwertig realistisch.

Der Vorstand hat im Anschluss an diese Abklärungen den Verwaltungsdirektor kontaktiert und darum ersucht, die Verhandlungen mit PubliBike AG aufzunehmen, um analoge Konditionen wie an der ETH Zürich für Berner Studierende zu schaffen. Als Referenzmodell dienen dabei die bereits bestehenden Vereinbarungen anderer Schweizer Hochschulen: EPFL und UNIL bieten ein Campus-Jahresabo zu CHF 50.– mit 60 Freiminuten an, die Universität

Freiburg ermöglicht über die institutionelle E-Mail-Adresse vergünstigte Fahrten, und die ETH Zürich hat ein eigenes Modell über @student.ethz.ch etabliert.

PubliBike bietet den Studierenden der Universität Bern seit Kurzem ein BusinessBike-Abo zu CHF 59.– pro Jahr an. Das Abo ist zugänglich über die @students.unibe.ch-E-Mail-Adresse und den Promocode «suberbeypubli». Die Konditionen sehen 60 Freiminuten pro Fahrt beim Velo (danach CHF 0.10/Min.) und 15 Freiminuten beim E-Bike (danach CHF 0.20/Min.) vor; die maximale Ausleihdauer beträgt 24 Stunden. Das Abo verlängert sich nicht automatisch und gilt im Netz der Region Bern zu den BusinessBike-Tarifen. Im Auftrag der AKM wurde dies dann noch im Campusmail kommuniziert.

Der am selben SR-Datum eingereichte Abänderungsantrag (26.2007-2) des Sozialdemokratischen Forums und der Jungen Grünen Uni Bern, der forderte, neben PubliBike AG auch Alumni UniBE und/oder die Universität Bern als Vertragspartner einzubeziehen, wurde im Sinne einer breiten Trägerschaft zur Kenntnis genommen. Die nun erzielte Lösung basiert auf dem BusinessBike-Modell von PubliBike AG direkt und ermöglicht es den Studierenden, das Abo eigenständig über ihre institutionelle E-Mail-Adresse zu aktivieren.

Die zentralen Forderungen der Motion, also ein substanziell reduzierter Abopreis, relevante Freiminuten sowie der Zugang über die institutionelle E-Mail-Adresse sind bereits umgesetzt. Der Vorstand sieht die Motion somit als erfüllt an. Allen immatrikulierten Studierenden der Universität Bern steht nun über die @students.unibe.ch-E-Mail-Adresse ein vergünstigtes PubliBike-BusinessBike-Abo zu CHF 59.–/Jahr zur Verfügung mit 60 Freiminuten beim Velo und 15 Freiminuten beim E-Bike pro Fahrt. Damit werden die zentralen Forderungen der Motion, substanziell reduzierter Abopreis, relevante Freiminuten und Zugang über die institutionelle E-Mail-Adresse, erfüllt. Das Angebot ist vergleichbar mit jenem der ETH Zürich und entspricht den Bedürfnissen der Berner Studierendenschaft.

Für den Vorstand

Jason Steinmann

Titel: Verlängerungsantrag Motion «Förderung der Gleichstellung via Fachschaftsei

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 25.2005

Eingereicht für die Sitzung vom 17/09/2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu

Autor*in:

Vorstand

Name(n) und Gruppierung(en):

Sidonia Marija Christ (VS)

Antrag:

Die Bearbeitungsfrist der Motion 25.2005 «Förderung der Gleichstellung via Fachschaftseinsitze» sowie deren Abänderungsantrag 25.2005-1 werden auf die letzte ordentliche SR-Sitzung vom HS26 verlängert.

Begründung:

Das Anliegen wird vom Vorstand aktiv verfolgt und befindet sich aktuell in der Planungsphase, konnte jedoch noch nicht umgesetzt werden.

Für eine zielgerichtete Umsetzung ist eine Bedarfsabklärung bei den Fachschaften essenziell. Da die Erreichbarkeit der Fachschaften während der vorlesungsfreien Zeit im Sommer eingeschränkt war, konnte dieser wichtige erste Schritt noch nicht durchgeführt werden.

Der Vorstand ist momentan dabei, ein konkretes Konzept beziehungsweise einen Projektplan zu erarbeiten, um die Kernanliegen der Motion sinnvoll zu integrieren. In diesem Zusammenhang stehen auch noch Kontaktaufnahmen mit potenziellen Involvierten und Fachstellen aus.

Um diese organisatorischen Schritte im Herbst angehen zu können, bittet der Vorstand um eine entsprechende Verlängerung der Bearbeitungsfrist.

Beilage(n):

Titel: Verlängerungsantrag 25.2006 «Defibrillator»

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 25.2006

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

- ☐ SR-Mitglied | ☒ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Yara Redling (VS)

Antrag:

Die Bearbeitungsfrist der Motion 25.2006 «Defibrillator» wird auf den letzten ordentlichen SR des Herbstsemester 2026 verlängert.

Begründung:

Zur Klärung der Anliegen dieser Motion hat sich der Vorstand mit der Fachstelle für Sicherheit der Universität Bern in Verbindung gesetzt. Diese teilte mit, dass eine Anbringung von Defibrillatoren im Aussenbereich nicht möglich sei, da die Universität nur die Innenbereiche der Gebäude miete, während die Aussenbereiche in der Verantwortung des Kantons Bern liegen. Weiter wurde mitgeteilt, dass sämtliche Defibrillatoren bereits in den Brandschutzplänen verzeichnet seien und deshalb aus Sicht der Fachstelle kein Bedarf für zusätzliche Beschilderung bestehe. Erste-Hilfe-Kurse stehen aus Kostengründen weiterhin nur Mitarbeitenden offen. Ausserdem wird ein QR-Code mit Verweis auf ein Online-Lernmodul von der Fachstelle für Sicherheit als ungeeigneter Ersatz für eine praktische Schulung erachtet.

Um die Motion zufriedenstellend beantworten zu können sind noch weitere Abklärungen notwendig, sowohl mit den zuständigen Stellen beim Kanton Bern als auch bei der Universität selbst. Aus diesen Gründen wird eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist beantragt.

Beilage(n):

- Motion 25.2006 “Defibrillator”

Titel: Verlängerungsantrag 25.2008 «Positionierung für rein pflanzliches universitäres Verpflegungsangebot»

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 25.2008

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- Parl. Initiative | Motion | Postulat | Interpellation | Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

- ☐ SR-Mitglied | ☒ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Yara Redling (VS)

Antrag:

Die Bearbeitungsfrist der Motion 25.2008 «Positionierung für rein pflanzliches universitäres Verpflegungsangebot» wird auf den letzten ordentlichen SR des Herbstsemester 2026 verlängert.

Begründung:

Der SUB-Vorstand wurde mit der Motion «Positionierung für rein pflanzliches universitäres Verpflegungsangebot», eingereicht von den Jungen Grünen und dem Sozialdemokratischen Forum am 03.04.2025, damit beauftragt, sich mit Unterstützung der Nachhaltigkeitskommission für eine rein pflanzliche Verpflegung an den Universitätsmensen einzusetzen.

Die Forderung nach rein pflanzlichen Apéros und Eventverpflegung der SUB ist bereits für den Zentralbereich der SUB umgesetzt. Der Vorstand hat zudem die Verwaltungsdirektion der Universität Bern über die Motion und die Position der SUB informiert. Die Position der SUB wird jedoch von der Verwaltungsdirektion nicht geteilt.

Damit die nächsten Schritte koordiniert und fachlich fundiert erfolgen, ist ein Austausch zwischen den SUB-Delegierten, Plant-based Universities (pbu) Bern und der NaHaKo geplant. Aufgrund der anstehenden Urabstimmung über das Positionspapier Nachhaltigkeit besteht jedoch aktuell wenig Handlungsspielraum. Aus diesen Gründen beantragt der Vorstand eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist dieser Motion.

Beilage(n):

- Motion 25.2008 «Positionierung für rein pflanzliches universitäres Verpflegungsangebot»

Titel: Verlängerungsantrag zu Motion 25.2016 «Überprüfung Gruppierungen»

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt):

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☒ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Hannah Ammann (VS)

Antrag:

Die Bearbeitungsfrist der Motion 25.2016 «Überprüfung Gruppierungen» wird auf die letzte ordentliche SR-Sitzung vom HS26 verlängert.

Begründung:

Der SUB-Vorstand forderte die Unileitung dazu auf, alle als universitäre Gruppierung anerkannte Gruppierungen auf die Einhaltung des Gleichbehandlungsgebots zu überprüfen und bei Verstoss den Status als universitäre Gruppierung abzuerkennen. Die Unileitung lehnte dies in ihrem Schreiben vom 29.04.2026 ab. Das Generalsekretariat und der Rechtsdienst haben im Vorfeld die akkreditierten Studierendenverbindungen gebeten, ihre Statuten einzureichen. Diese wurden ausgewertet und eine rechtliche Beurteilung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung wurde vorgenommen. Die rechtliche Würdigung seitens der Uni habe ergeben, dass es auch gemäss der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichts im Ermessen bzw. Entscheidungsspielraum der Institutionen liegt, über die Akkreditierung der Studierendenverbindungen zu entscheiden. In den Bundesgerichtsurteilen zugrunde liegenden Fällen seien die Universität Lausanne bzw. die EPFL im Rahmen ihrer Autonomie berechtigt gewesen, die Zofingia Sektion auszuschliessen. Zwischen den Zofingia Sektionen Lausanne und Bern seien zudem gewisse Unterschiede zu erkennen. Vor diesem Hintergrund und gestützt darauf, dass aus den Bundesgerichtsurteilen keine generelle Pflicht zu Antidiskriminierungs-Normierung abgeleitet werden könne, scheine es laut der Universität im jetzigen Zeitpunkt weder sachgerecht noch verhältnismässig, sämtliche an der

Universität Bern registrierten Gruppierungen zu überprüfen, weshalb der Antrag der SUB abgelehnt wurde.

Seitens der SUB konnte im Rahmen der Motion 25.2016 «Überprüfung Gruppierungen» die Überprüfung der politischen, religiösen und einen Teil der kulturellen Gruppierungen abgeschlossen werden. Die Überprüfung der restlichen Gruppierungen steht noch aus und ist sehr zeitaufwendig. Deshalb plant der Vorstand die Arbeitsgruppe zu gründen, um die Überprüfung der Gruppierungen fortzuführen, und das VS-Mitglied, verantwortlich für das Ressort Rechtliche, zu entlasten. Viele Gruppierungen haben zudem, trotz mehrmaliger Erinnerung und Aufforderung, ihre Statuten nicht eingereicht, weshalb die vollständige Überprüfung dieser Gruppierungen zurzeit nicht möglich ist.

Aus oben genannten Gründen beantragt der Vorstand die Verlängerung der Bearbeitungsfrist der Motion, um die Überprüfung der verbleibenden Gruppierungen sorgfältig abschliessen zu können.

Beilage(n):

- Motion 25.2016 «Überprüfung Gruppierungen»

Titel: Gleichbehandlungsgebot: Überprüfung Gruppierungen

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 25.2016

Eingereicht für die Sitzung vom 22.05.2025

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☒ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Fraktionen jglp, sf und jg sowie Svenja Wullschleger (jmub), Alexandra Leibenguth (jmub)

Antrag:

1. Der Vorstand fordert die Uni-Leitung auf, unverzüglich alle als universitäre Gruppierung anerkannten Gruppierungen auf die Einhaltung des Gleichbehandlungsgebots zu überprüfen und bei Verstoß den Status als universitäre Gruppierung abzuerkennen.
2. Der Vorstand überprüft anschliessend alle SUB-Gruppierungen auf die Einhaltung des Gleichbehandlungsgebot zwischen den Geschlechtern (Art. 2 Abs. 5 der SUB-Statuten) und erkennt gestützt auf Art. 4 GrupR sämtlichen Gruppierungen, die dagegen verstossen, den Status als SUB-Gruppierung ab.

Begründung:

Das Bundesgericht hat am 5. Mai 2025 bekannt gegeben (Urteile 2C_72/2024, 2C_441/2024 vom 25. März 2025), dass die Uni Lausanne und ETH Lausanne der Studentenverbindung Zofingia den Status als universitäre Vereinigung aberkennen dürfen, ja sogar müssen, weil die rein männlichen Studentenverbindungen im Bildungskontext nicht mit dem Gebot der Gleichbehandlung der Geschlechter in Einklang gebracht werden können, so das Bundesgericht. Das Gleichbehandlungsgebot gehe insofern der Vereinigungsfreiheit vor.

Die Situation ist an der Universität Bern nicht anders. Es gibt keinen Grund, dass Gruppierungen mit einem der Bundesverfassung und den SUB-Statuten zuwiderlaufenden Zweck gefördert werden sollten (z.B. Bewerbung von Anlässen über Social-Media-Kanäle, Gratis-Kopien, Benutzung von Räumlichkeiten, Verlinkung auf der Website usw.). Die Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundes zielt auf die tatsächliche Gleichstellung im Alltag. Durch den Ausschluss von

Frauen in Studentenverbindungen werden diskriminiert: Es mildert die Chancen auf eine akademische und berufliche Laufbahn namentlich dadurch, dass ihnen der Zugang zu Netzwerken verwehrt bleibt. Es existieren keine objektiven Gründe, weshalb nur Männer von solchen Vorteilen profitieren und durch die Anerkennung als Gruppierung sogar in den Genuss von zusätzlichen Vorteilen kommen sollen.

Nicht relevant ist in diesem Kontext ihr generelles Existenzrecht. Es geht einzig und allein um die Anerkennung als universitäre bzw. SUB-Gruppierung. Ebenfalls nicht relevant sind reine Frauenverbindungen, da sich diese durch die ausdrückliche Frauenförderung nicht diskriminierend verhalten bzw. zur Gleichstellung beitragen und sie auch gar (noch) nicht über ein solches Netzwerk verfügen, weil sie in den entsprechenden Positionen (noch) signifikant untervertreten sind.

Der Vorstand soll sich deshalb an die Uni-Leitung und danach sämtliche anerkannte SUB-Gruppierungen, die den Anschein erwecken, nicht mit Art. 4 GrupR vereinbar zu sein, näher überprüfen und allenfalls den Status als SUB-Gruppierung aberkennen.

Beilage(n):

-

Titel: Verlängerungsantrag 25.2020 «Nachhaltiger Ausbau des Outdoor-Fussballangebots im Unisport»

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 25.2020
Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage ☐ Bericht |
☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☒ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):
Yara Redling (VS)

Antrag:

Die Bearbeitungsfrist der Motion 25.2020 «Nachhaltiger Ausbau des Outdoor-Fussballangebots im Unisport» wird auf den letzten ordentlichen SR des Herbstsemester 2026 verlängert.

Begründung:

Der Vorstand hat sich bei der Universitätssportleitung um die aktuelle Auslastung des Fussballangebotes erkundigt und die Forderungen aus der Motion eingebracht. Die Universitätssportleitung würde jährlich das Unisportangebot überprüfen und sei bestrebt, der Nachfrage der Studierenden bestmöglich im Rahmen ihrer Möglichkeiten nachzukommen. Momentan würden jeweils von Montag bis Samstag täglich mindestens ein Fussballtraining stattfinden, eine Ausnahme sei hierbei einzig der Mittwoch. Die Anzahl an Teilnehmenden sei absichtlich pro Training auf 30-35 Teilnehmende beschränkt, damit der Spielfluss gesichert bleibe. Der Leiter des Sportbereichs habe im vergangenen Studienjahr keine Hinweise oder Rückmeldungen bekommen, dass die angebotenen Trainings nicht ausreichen würden. Die Trainings seien sehr gut ausgelastet, was sich aber je nach Woche unterscheiden würde. Aus Mangel an Teilnehmenden wurden in den vergangenen Jahren einzelne Trainings eingestellt. In der Vergangenheit gab es bereits einen Versuch, Fussballtrainings nur für Frauen anzubieten. Aus Mangel an Interesse und Anmeldungen wurden diese Angebote jedoch wieder eingestellt.

Aus diesem Grund werden Trainings derzeit nur in unterschiedliche sportliche Niveaus eingeteilt mit dem Bestreben, dass alle Interessierten mit ähnlichem Können in den entsprechenden Gruppen zusammen trainieren können.

Der Vorstand sieht ein neues Pilotprojekt mit einem Fussballtrainingsangebot ausschliesslich für FINTA*-Personen als erstrebenswert an. Die Erreichung Ziel bedarf jedoch an mehr Zeit und weiteren Abklärungen, weshalb der Vorstand diesen Verlängerungsantrag stellt.

Beilage(n):

- Motion 25.2020 «Nachhaltiger Ausbau des Outdoor-Fussballangebots im Unisport»

Titel: Verlängerungsantrag Motion 26.2001 «Digitale Souveränität der Universität Bern»

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2001

Eingereicht für die Sitzung vom 17.09.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☒ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag

Autor*in:

☐ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☒ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Senatsdelegation SUB

Antrag:

Die Motion 26.2001 «Digitale Souveränität der Universität Bern» wird auf die letzte ordentliche SR-Sitzung im HS26 verlängert.

Begründung:

Die Senatsdelegation hat für die Senatssitzung vom 28.04.2026 den Antrag «Berichterstellungsauftrag betreffend die digitale Souveränität an der Universität» gestellt. Der Antrag wurde seitens Dekan*innen und Universitätsleitung grundsätzlich positiv aufgenommen und die Universitätsleitung hat sich bereit erklärt, sich diesem Thema anzunehmen.

Im HS26 wollten die Universitätsleitung sowie der Leiter der Informatikdienste Auskunft über die Überlegungen und Entwicklungen geben.

Aus diesem Grund beantragt die Senatsdelegation die Verlängerung des Geschäfts, um die Erkenntnisse und Entwicklungen der Abklärungen der Universitätsleitung miteinfließen zu lassen und falls nötig weitere Schritte vorzunehmen.

Beilage(n):

- Motion 26.2001 «Digitale Souveränität der Universität Bern»
- Senatsantrag «Berichterstattung betreffen die digitale Souveränität der Universität Bern»

Titel: Digitale Souveränität der Universität Bern

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt):

Eingereicht für die Sitzung vom 19.02.2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☒ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu)

Autor*in:

☒ SR-Mitglied | ☐ Vorstand | ☐ Kommission | ☐ Fachschaft | ☐ Fachschaftskonferenz

Name(n) und Gruppierung(en):

Sandro Arnet (jg), Ruben Garbade (jglp), Joshua Bürge (jg), Anke Breihan (jg), Michael Ogi (jg),
Mechtild Mus (jg)

Antrag:

1. Die Senatsdelegation SUB wird beauftragt, gestützt auf Art. 21 Abs. 3 UniSt¹, einen Antrag an den Senat zu stellen, mit welchem die Universitätsleitung aufgefordert wird, dem Senat Bericht über den aktuellen Stand der digitalen Souveränität an der Universität Bern zu erstatten.
2. Der Berichterstellungsauftrag an die Universitätsleitung soll insbesondere folgende Punkte umfassen:
 - a. eine Übersicht über die an der Universität Bern eingesetzten digitalen Infrastrukturen und Dienste sowie eine Einschätzung des Potenzials zur

¹ [Statut der Universität Bern](#) (Universitätsstatut; UniSt) vom 07.06.2011

- Einflussnahme ausländischer staatlicher Behörden auf diese Dienste, z.B. unter Anwendung des US CLOUD Acts²³;
- b. Angaben dazu, welche Arten von Daten spezifisch auf welchen digitalen Diensten gespeichert und verarbeitet werden;
 - c. eine Prüfung der Weisungen und Beschlüsse der Universitätsleitung⁴ im Bereich Informatik hinsichtlich eines möglichen Anpassungsbedarfs in Bezug auf das Potenzial zur Einflussnahme ausländischer staatlicher Behörden auf diese Infrastrukturen und Dienste;
 - d. eine Erläuterung der strategischen und operativen Gründe für den flächendeckenden Einsatz digitaler Infrastrukturen und Dienste des US-amerikanischen Technologiekonzerns Microsoft;
 - e. eine Übersicht über die jährlichen Kosten der Lizenzierung digitaler Infrastruktur und Dienste, einschliesslich einer Auflistung der zehn grössten Kostenpositionen;
 - f. eine Prüfung der Möglichkeit, an der Universität Bern flächendeckend digitale Infrastrukturen und Dienste einzusetzen, die auf dem Open-Source-Prinzip basieren und von Anbieter*innen aus der Schweiz oder der Europäischen Union stammen;
 - g. sowie eine Darstellung der mit der weiteren Nutzung der aktuell eingesetzten digitalen Infrastrukturen und Dienste verbundenen Risiken für die digitale Souveränität aller Universitätsangehörigen, die Wissenschaftsfreiheit und die längerfristige Einhaltung der Datenschutzgesetzgebung.
3. Die Senatsdelegation stellt sicher, dass die Berichterstattung der Universitätsleitung dem Studierendenrat sowie dem Vorstand in geeigneter Form zugänglich gemacht wird.
4. Die Senatsdelegation prüft geeignete Kommunikationsmassnahmen in Bezug auf die Thematik.

Begründung:

² [Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act](#), S.2383 – 115th Congress, 02.06.2018

³ [Definition nach Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich](#): «Abkürzung für Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act. Der CLOUD Act verpflichtet US-Clouddiensteanbieter, den zuständigen US-Strafverfolgungsbehörden Zugang zu den Daten ihrer Kundinnen und Kunden zu geben, auch wenn diese Daten ausserhalb der USA gespeichert sind. Dadurch werden die Bestimmungen der internationalen Rechtshilfe umgangen, die Teil des Völkerrechts ausmachen. Der Rechtshilfeweg ist zudem ein wesentlicher Eckpfeiler des Schweizer Rechtsstaats.»

⁴ [Weisungen und Beschlüsse der Universitätsleitung im Bereich Informatik](#)

Die Digitalisierung ist ein zentraler Bestandteil des universitären Alltags. Tätigkeiten wie das Abrufen von Veranstaltungsunterlagen auf ILIAS, das Verfassen von Arbeiten in Word, das Speichern und Teilen von Dokumenten auf OneDrive, das Überarbeiten von Texten mit Large Language Modellen oder der Zugang zu universitären Dienstleistungen über Microsoft-Logins gehören für die meisten Studierenden zur Routine.

Die Verwendung dieser digitalen Werkzeuge wirft jedoch Fragen zu Sicherheit, Datenschutz und digitaler Souveränität auf. Die Universität Bern thematisiert dies in ihrer Digitalisierungsstrategie 2030⁵, insbesondere im Handlungsfeld 3.14 «Datenschutz sicherstellen»⁶, wo die Verantwortung der Universität in diesem Bereich betont wird. Es stellt sich die Frage, ob die Universität Bern dieser Verantwortung unter den aktuellen infrastrukturellen Gegebenheiten vollständig nachkommen kann.

«Die Schweiz hängt am Tropf von Microsoft»⁷, so formulierte es Adrienne Fichter, Techreporterin unlängst in der Republik. Der öffentliche Sektor in der Schweiz kaufe schätzungsweise bis zu 98 Prozent seiner IT-Infrastruktur beim US-amerikanischen Technologiekonzern Microsoft ein. Auch die Universität Bern setzt flächendeckend IT-Infrastruktur von Microsoft ein.

Die flächendeckende Einführung von IT-Infrastruktur des US-amerikanischen Technologiekonzerns Microsoft im öffentlichen Sektor wird aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik kritisch betrachtet⁸. Prof. Dr. Markus Schefer und Dr. Philip Glass von der Universität Basel kommen in ihrem Gutachten^{9,10} aus dem Jahr 2023 zum Schluss, dass die Speicherung bestimmter Daten in der Microsoft-Cloud durch öffentliche Organe einen schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Prof. Dr. Mathias

⁵ [Digitalisierungsstrategie 2030 der Universität Bern vom 26.04.2022](#)

⁶ Handlungsfeld 3.14 der Digitalisierungsstrategie 2030 der Universität Bern; Datenschutz sicherstellen: «Im Zentrum dieses Handlungsfelds steht das mit der digitalen Transformation verbundene Problem einer zunehmend gefährdeten informationellen Selbstbestimmung des Individuums und mithin die Verantwortung der Universität, in allen Bereichen der Digitalisierung einen hinreichenden Datenschutz zu garantieren. Diese Verantwortung betrifft nicht nur den Schutz Personenbezogener Daten von Universitätsangehörigen, sondern insbesondere auch den Schutz vertraulicher Forschungsdaten. Bei Neuentwicklungen wie dem Aufbau eines hybriden Arbeitsmodus müssen vor diesem Hintergrund datenschutzbezogene Herausforderungen zwingend mitbedacht werden.»

⁷ «Es knallt in den Kantonen», Adrienne Fichter, Republik vom 16.06.2025

⁸ «Wie Big Tech in Bundesbern polarisiert», Adrienne Fichter, Republik vom 01.05.2025

⁹ «Der grundrechtskonforme Einsatz von M365 durch öffentliche Organe in der Schweiz», Markus Schefer und Philip Glass, Jusletter IT vom 20.12.2023

¹⁰ «Gutachten zum grundrechtskonformen Einsatz von M365 durch die Gemeinden im Kanton Zürich», Markus Schefer und Philip Glass, egovpartner, 06.07.2023

Stürmer von der Berner Fachhochschule äussert regelmässig Kritik^{11 12} an der wachsenden Abhängigkeit des öffentlichen Sektors von Microsoft. Auch der ehemalige Armeechef Thomas Süssli¹³ hat die flächendeckende Einführung von Microsoft-IT-Infrastruktur in der Bundesverwaltung kritisiert.

Spätestens seit der zweiten Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident wurde deutlich, wie gefährdet die Wissenschaftsfreiheit in den USA ist und welche globalen Auswirkungen dies bis hin zur Universität Bern¹⁴ haben kann. Es zeigte sich auch, wie schnell US-amerikanische Technologiekonzerne eine Politik unterstützen, die freiheitliche und demokratische Werte untergräbt. Der Einsatz von IT-Infrastrukturen US-amerikanischer Technologiekonzerne birgt für den öffentlichen Sektor, insbesondere für Universitäten, Risiken, deren Tragweite einer kritischen Prüfung bedarf.

¹¹ [«Kritische Abhängigkeit von Microsoft»](#), BFH News vom 21.01.2025

¹² [«Die Schweiz ringt um digitale Unabhängigkeit»](#), Adrienne Fichter, Republik vom 26.09.2025

¹³ [«Der Armeechef stemmt sich gegen Microsoft»](#), Adrienne Fichter, Republik vom 31.10.2025

¹⁴ [«Zum Stand der Forschungszusammenarbeit mit den USA»](#), Veranstaltung UniBE talks vom 01.05.2025

Universität Bern, Rektorat
z.H. Prof. Dr. Virginia Richter
Hochschulstrasse 6
3012 Bern

Bern, den 07. April 2026

Antrag an den Senat der Universität Bern

Berichterstellungsauftrag betreffend die digitale Souveränität der Universität Bern

Antrag:

1. Gestützt auf Art. 21 Abs. 3 UniSt¹ wird die Universitätsleitung beauftragt über den Stand der digitalen Souveränität der Universität Bern Bericht zu erstatten.
2. Die Berichterstattung umfasst insbesondere folgende Punkte:
 - a. eine Übersicht über die an der Universität Bern eingesetzten digitalen Infrastrukturen und Dienste sowie eine Einschätzung des Potenzials zur Einflussnahme ausländischer staatlicher Behörden auf diese Dienste, z.B. unter Anwendung des US CLOUD Acts^{2 3};
 - b. Angaben dazu, welche Arten von Daten spezifisch auf welchen digitalen Diensten gespeichert und verarbeitet werden;
 - c. eine Prüfung der Weisungen und Beschlüsse der Universitätsleitung⁴ im Bereich Informatik hinsichtlich eines möglichen Anpassungsbedarfs in Bezug auf das Potenzial zur Einflussnahme ausländischer staatlicher Behörden auf diese Infrastrukturen und Dienste;
 - d. eine Erläuterung der strategischen und operativen Gründe für den flächendeckenden Einsatz digitaler Infrastrukturen und Dienste des US-amerikanischen Technologiekonzerns Microsoft;

¹ [Statut der Universität Bern](#) (Universitätsstatut; UniSt) vom 07.06.2011

² [Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act](#), S.2383 – 115th Congress, 02.06.2018

³ [Definition nach Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich](#): «Abkürzung für Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act. Der CLOUD Act verpflichtet US-Cloudanbieter, den zuständigen US-Strafverfolgungsbehörden Zugang zu den Daten ihrer Kundinnen und Kunden zu geben, auch wenn diese Daten ausserhalb der USA gespeichert sind. Dadurch werden die Bestimmungen der internationalen Rechtshilfe umgangen, die Teil des Völkerrechts ausmachen. Der Rechtshilfeweg ist zudem ein wesentlicher Eckpfeiler des Schweizer Rechtsstaats.»

⁴ [Weisungen und Beschlüsse der Universitätsleitung im Bereich Informatik](#)

- e. eine Übersicht über die jährlichen Kosten der Lizenzierung digitaler Infrastruktur und Dienste, einschliesslich einer Auflistung der zehn grössten Kostenpositionen;
 - f. eine Prüfung der Möglichkeit, an der Universität Bern flächendeckend digitale Infrastrukturen und Dienste einzusetzen, die auf dem Open-Source-Prinzip basieren und von Anbieter*innen aus der Schweiz oder der Europäischen Union stammen;
 - g. sowie eine Darstellung der mit der weiteren Nutzung der aktuell eingesetzten digitalen Infrastrukturen und Dienste verbundenen Risiken für die digitale Souveränität aller Universitätsangehörigen, die Wissenschaftsfreiheit und die längerfristige Einhaltung der Datenschutzgesetzgebung.
3. Die Berichterstattung wird dem Senat sowie weiteren relevanten universitären Stellen schriftlich zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Senatsdelegation der SUB stellt vorliegenden Antrag in Erfüllung der Motion 26.2001 «Digitale Souveränität der Universität Bern»⁵, welche durch den Studierendenrat an der SR-Sitzung vom 19.02.2026 einstimmig angenommen wurde.

Die Digitalisierung ist ein zentraler Bestandteil des universitären Alltags. Tätigkeiten wie das Abrufen von Veranstaltungsunterlagen auf ILIAS, das Verfassen von Arbeiten in Word, das Speichern und Teilen von Dokumenten auf OneDrive, das Überarbeiten von Texten mit Large Language Modellen oder der Zugang zu universitären Dienstleistungen über Microsoft-Logins gehören für die meisten Studierenden zur Routine.

Die Verwendung dieser digitalen Werkzeuge wirft jedoch Fragen zu Sicherheit, Datenschutz und digitaler Souveränität auf. Die Universität Bern thematisiert dies in ihrer Digitalisierungsstrategie 2030⁶, insbesondere im Handlungsfeld 3.14 «Datenschutz sicherstellen»⁷, wo die Verantwortung der Universität in diesem Bereich betont wird. Es stellt sich

⁵ [Motion 26.2001 «Digitale Souveränität der Universität Bern»](#), Studierendenratssitzung vom 19.02.2026

⁶ [Digitalisierungsstrategie 2030 der Universität Bern vom 26.04.2022](#)

⁷ Handlungsfeld 3.14 der Digitalisierungsstrategie 2030 der Universität Bern; Datenschutz sicherstellen: «Im Zentrum dieses Handlungsfelds steht das mit der digitalen Transformation verbundene Problem einer zunehmend gefährdeten informationellen Selbstbestimmung des Individuums und mithin die Verantwortung der Universität, in allen Bereichen der Digitalisierung einen hinreichenden Datenschutz zu garantieren. Diese Verantwortung betrifft nicht nur den Schutz

die Frage, ob die Universität Bern dieser Verantwortung unter den aktuellen infrastrukturellen Gegebenheiten vollständig nachkommen kann.

«Die Schweiz hängt am Tropf von Microsoft»⁸, so formulierte es Adrienne Fichter, Techreporterin unlängst in der Republik. Der öffentliche Sektor in der Schweiz kaufe schätzungsweise bis zu 98 Prozent seiner IT-Infrastruktur beim US-amerikanischen Technologiekonzern Microsoft ein. Auch die Universität Bern setzt flächendeckend IT-Infrastruktur von Microsoft ein.

Die flächendeckende Einführung von IT-Infrastruktur des US-amerikanischen Technologiekonzerns Microsoft im öffentlichen Sektor wird aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik kritisch betrachtet⁹. Prof. Dr. Markus Schefer und Dr. Philip Glass von der Universität Basel kommen in ihrem Gutachten^{10 11} aus dem Jahr 2023 zum Schluss, dass die Speicherung bestimmter Daten in der Microsoft-Cloud durch öffentliche Organe einen schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Prof. Dr. Mathias Stürmer von der Berner Fachhochschule äussert regelmässig Kritik^{12 13} an der wachsenden Abhängigkeit des öffentlichen Sektors von Microsoft. Auch der ehemalige Armeechef Thomas Süssli¹⁴ hat die flächendeckende Einführung von Microsoft-IT-Infrastruktur in der Bundesverwaltung kritisiert.

Im Januar 2026 hat zudem das Sekretariat der Wettbewerbskommission (WEKO) erste Ermittlungen betreffend die Lizenzpreise von Microsoft in der Schweiz eröffnet¹⁵. Dies aufgrund von Anzeigen wonach erhebliche Erhöhungen der Lizenzpreise für Microsoft-Produkte zu verzeichnen seien.

Zudem werden immer mehr Akteur*innen aus der öffentlichen Verwaltung sowie Organisationen mit öffentlicher Trägerschaft bekannt, welche sich dem Netzwerk für eine souveräne digitale

Personenbezogener Daten von Universitätsangehörigen, sondern insbesondere auch den Schutz vertraulicher Forschungsdaten. Bei Neuentwicklungen wie dem Aufbau eines hybriden Arbeitsmodus müssen vor diesem Hintergrund datenschutzbezogene Herausforderungen zwingend mitbedacht werden.»

⁸ [«Es knallt in den Kantonen»](#), Adrienne Fichter, Republik vom 16.06.2025

⁹ [«Wie Big Tech in Bundesbern polarisiert»](#), Adrienne Fichter, Republik vom 01.05.2025

¹⁰ [«Der grundrechtskonforme Einsatz von M365 durch öffentliche Organe in der Schweiz»](#), Markus Schefer und Philip Glass, Jusletter IT vom 20.12.2023

¹¹ [«Gutachten zum grundrechtskonformen Einsatz von M365 durch die Gemeinden im Kanton Zürich»](#), Markus Schefer und Philip Glass, egovpartner, 06.07.2023

¹² [«Kritische Abhängigkeit von Microsoft»](#), BFH News vom 21.01.2025

¹³ [«Die Schweiz ringt um digitale Unabhängigkeit»](#), Adrienne Fichter, Republik vom 26.09.2025

¹⁴ [«Der Armeechef stemmt sich gegen Microsoft»](#), Adrienne Fichter, Republik vom 31.10.2025

¹⁵ [«Das Sekretariat der WEKO ermittelt gegen Microsoft»](#), Wettbewerbskommission WEKO, Medienmitteilung vom 15.01.2026

Schweiz (Netzwerk SDS)¹⁶ anschliessen. Darunter befinden sich die Justiz des Kantons Bern sowie die Fachhochschule Nordwestschweiz, aber auch die Betreiberin von Swisscovery SLSP oder die Stiftung Switch. Getragen wird das Netzwerk vom Institut für Public Sector Transformation der Berner Fachhochschule. Das Netzwerk SDS fördert unter anderem den fachlichen Austausch öffentlich-rechtlicher Akteur*innen zum Thema digital-souveräner IT-Infrastruktur.

Spätestens seit der zweiten Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident wurde deutlich, wie gefährdet die Wissenschaftsfreiheit in den USA ist und welche globalen Auswirkungen dies bis hin zur Universität Bern¹⁷ haben kann. Es zeigte sich auch, wie schnell US-amerikanische Technologiekonzerne eine Politik unterstützen, die freiheitliche und demokratische Werte untergräbt. Der Einsatz von IT-Infrastrukturen US-amerikanischer Technologiekonzerne birgt für den öffentlichen Sektor, insbesondere für Universitäten, Risiken, deren Tragweite einer kritischen Prüfung bedarf.

Kontakt:

Lena Vögeli (sie / ihr)
Vorstand SUB
lena.voegeli@unibe.ch

Sandro Arnet (er / ihm)
Senatsdelegation SUB
sandro.arnet@students.unibe.ch

¹⁶ [Netzwerk für eine souveräne digitale Schweiz – SDS](#)

¹⁷ [«Zum Stand der Forschungszusammenarbeit mit den USA»](#), Veranstaltung UniBE talks vom 01.05.2025

Titel: Verlängerungsantrag Anpassung der VS Entlohnung

Geschäftsnummer (wird durch SR-Präsidium ausgefüllt): 26.2003

Eingereicht für die Sitzung vom 17/09/2026

Art der Vorlage (zutreffendes mit X markieren):

- ☐ Parl. Initiative | ☐ Motion | ☐ Postulat | ☐ Interpellation | ☐ Anfrage
☐ Bericht | ☐ Abberufungsantrag | ☐ Auflösungsantrag | ☐ Vorstandsantrag
☐ Abänderungsantrag (zu

Autor*in:

Kommission

Name(n) und Gruppierung(en):

FiKo

Antrag:

Die Bearbeitungsfrist der Motion 26.2003 "Anpassung Entschädigung VS" wird auf den 10. Dezember 2026 verlängert.

Begründung:

Die FiKo hat bereits im Frühling einen neuen Reglementsentwurf erarbeitet und verschiedene Kostenszenarien berechnet. Hängig sind noch Abklärungen der SumSum hinsichtlich BVG. Da die Reglementsanpassung an das Budget geknüpft ist, beantragt die FiKo die Verlängerung der Antragsfrist auf die zweite Lesung des Budgets.

Beilage(n):